

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen,
Netzwerk Tolerantes Sachsen und Kulturbüro Sachsen (Hg.)

POLITISCH HANDELN IM AUTORITÄREN SOG

Erweiterter Tagungsband

HESSAMM

IMPRESSUM

Herausgeber:innen: Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen,
Netzwerk Tolerantes Sachsen, Kulturbüro Sachsen



tolerantes sachsen

V.i.s.d.P.: Kathrin Bastet

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V.

Kraftwerk Mitte 32 | 01067 Dresden

info@weiterdenken.de | www.weiterdenken.de

Redaktion: Hannah Eitel, Annegret Ode, Michael Nattke, Frank Schubert

Layout/Satz: ultramarinrot.de

Umschlaggrafik: Stefanie Busch

Dresden, Dezember 2020

ISBN print: 978-3-946541-38-7

ISBN digital: 978-3-946541-39-4

Copyright:

Das Dokument steht unter einer Creative Commons Lizenz (CC BY-NC-ND)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>. Es darf verbreitet,
vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- ▶ Namensnennung – Sie müssen den Namen der Rechteinhaberin (Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- ▶ Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- ▶ Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung der Rechteinhaberin:
info@weiterdenken.de

Kooperationspartner und Fördermittelgeber

Das Projekt wurde gefördert durch den Solidaritätsfonds der Hans-Böckler-Stiftung.



Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Gefördert durch

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT



Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen,
Netzwerk Tolerantes Sachsen, Kulturbüro Sachsen (Hg.)

POLITISCH HANDELN IM AUTORITÄREN SOG

Ungehorsam

Tagungsband zu den Demokratie-Tagungen 2019 und 2021

INHALT

Vorwort

Hannah Eitel, Michael Nattke, Annegret Ode, Frank Schubert 7

TEIL I: POLITISCH HANDELN IM AUTORITÄREN SOG 14

Antifaschismus – ein unbequemes Konzept

Solveig Höppner 15

Wer Menschen verwurzelt, entmündigt sie. Warum Heimat eine autoritäre Versuchung ist und wir uns ihr entziehen müssen.

Thorsten Mense 31

Autoritäre Prävention. Abgründe vorhersagender Polizeiarbeit

Robert Feustel 43

»Ich wünsche mir, dass uns die Zivilgesellschaft nicht als Integrationsprojekt versteht, sondern erkennt, dass wir selbst Teil dieser Gesellschaft sind«

Johannes Richter im Gespräch mit Hamida Taamiri 55

Radikale Offenheit: Die Stadt für alle, die da sind

Hannah Eitel 61

»Es ist der Versuch der Verbindung von Kämpfen«

Mara Knauthe im Gespräch mit Rebecca Rahe 74

Berichterstattung über Protest: Aktivismus in der medialen Aufmerksamkeitsökonomie

Tobias Prüwer 82

TEIL II: UNGEHORSAM 93

Bestens informiert immer so weiter machen. Das ist das Problem!

Kathrin Krahl und Stefanie Busch 95

Ziviler Ungehorsam: Demokratien als riskante Ordnungen

Julia Schulze Wessel 102

»Wenn es um Macht geht, braucht es Ungehorsam für Veränderungen«

Hannah Eitel im Gespräch mit Julika Mücke 117

Gegen die Vereinnahmung zivilen Ungehorsams von rechts – eine ideengeschichtliche Verteidigung

Huyen Vu und Michael Nattke 126

Autor:innenverzeichnis 139

VORWORT

Wie viele andere Engagierte (nicht nur in Sachsen) sehen wir uns seit einigen Jahren in einem Dilemma: Wir machen Bildungsarbeit, vernetzen Engagement, beraten zum Umgang mit extremen Rechten und klären über Ideologien der Ungleichwertigkeit auf. Wegschauen ist für uns keine Option. Rechte verschwinden nicht, wenn man sie ignoriert. Die rechten Angriffe – ob rassistisch, antisemitisch, muslimfeindlich oder homofeindlich motiviert oder als Angriffe auf politische Gegner:innen – sind alltäglich. Sie betreffen uns politisch, privat und in unserer Arbeit, sie gehen uns nahe und verlangen Auseinandersetzung und Widerspruch.

Man kann Rassismus als Einstellung nicht
»wegbilden«, solange er gesellschaftliche
Institutionen strukturiert.

Doch wir gehen auch davon aus, und hier beginnt das Dilemma, dass Kritik, Aufklärung und antifaschistische Politik nicht ausreichen, um die gesellschaftliche Situation zu überwinden, die umgangssprachlich derzeit meist als »Rechtsruck« verhandelt wird. Denn Ideologien und Politiken der Ungleichwertigkeit fußen auf gesamtgesellschaftlichen Strukturen der Ungleichheit. Man kann Rassismus als Einstellung nicht »wegbilden«, solange er gesellschaftliche Institutionen strukturiert. Diese Erkenntnis haben wir auf unserer Demokratie-Tagung »Alles im weißen Bereich? Institutioneller Rassismus in Sachsen« im Jahr 2014 ausführlich diskutiert.¹

In der Tradition dieser Tagungsreihe steht auch der vorliegende Band. Die Herausgeber:innen dieser Publikation finden sich seit 2010 zu Diskussionen rund um aktuelle Fragen der Demokratie in Sachsen zusammen. Wir sind uns darin einig, dass die kritische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der demokratischen Gesellschaft eine dauerhafte Aufgabe ist. Gerade die Veränderbarkeit einer freiheitlichen Lebensform, in der alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Aussehen oder ihrem Bildungsabschluss mitbestimmen können, ist die große Chance,

1 Die Dokumentationen zur Tagung »Alles im weißen Bereich? Institutioneller Rassismus in Sachsen« und weitere Publikation in der Reihe der Demokratie-Tagungen finden sich auf der Seite des Bildungswerkes Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen zum kostenfreien Download, vgl. Weiterdenken et al. (2015).

Daher braucht es neben der Kritik an autoritären Bewegungen und Politik auch Visionen für eine demokratische Zukunft in einer Gesellschaft der Vielen – Visionen, für die es sich zu streiten lohnt und die Lust auf Gestalten und politisches Handeln machen.

die einer Demokratie innewohnt. Auf unseren Demokratie-Tagungen streiten wir konstruktiv über Wege und Formen, um in einer emanzipatorischen Weiterentwicklung unserer Gesellschaft handlungsfähig zu bleiben. Daher braucht es neben der Kritik an autoritären Bewegungen und Politik auch Visionen für eine demokratische Zukunft in einer Gesellschaft der Vielen – Visionen, für die es sich zu streiten lohnt und die Lust auf Gestalten und politisches Handeln machen. Solche Ideen sind da, aber sie bekommen oft zu wenig Raum in der öffentlichen und medialen Debatte, aber auch in unseren eigenen Diskussionen. Viel Aufmerksamkeit, Zeit und Kraft gehen an die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und sie fehlen andernorts.

8

Diese Überlegungen bildeten den Hintergrund für die Idee zu unserer gemeinsamen Tagung Anfang 2019 »Politisch Handeln im autoritären Sog«.² Ziel war es, progressive und demokratische Perspektiven zu stärken. Das Bundesland Sachsen stand zu diesem Zeitpunkt vor einem Superwahljahr. Neben den Wahlen zum Europäischen Parlament standen auch die Landtags- sowie Kommunalwahlen vor uns. Bereits zu Beginn des Jahres war uns klar, dass rechtspopulistische Parteien und Gruppen mindestens ein Fünftel der Wählerstimmen auf sich vereinen würden. Darüber hinaus gab es die begründete Sorge, dass sich die Mehrheitsverhältnisse in Sachsen grundlegend zugunsten eines rechtspopulistischen und rechtskonservativen Bündnisses verschieben würden. Anstatt diesem Zustand ohnmächtig gegenüberzustehen, wollten wir progressive Ideen sichtbar machen. Dazu haben wir uns zivilgesellschaftlichen Visionen und Ansatzpunkten für das gesellschaftliche Zusammenleben und für politisches Handeln gewidmet. Der autoritäre Sog wurde dabei nicht ignoriert, aber er bestimmte auch nicht die Diskussionen. Er war als Ausgangslage präsent, trat dann aber hinter den Ideen und Perspektiven der Teilnehmenden und Referent:innen zurück. In einigen Workshops waren Reaktionen auf rechte Angriffe Thema, aber wir versuchten, über die Reaktion hinaus zu einer selbstbewussten Äußerung der jeweils eigenen Politik oder Arbeit zu kommen.

2 Die multimediale Dokumentation der Tagung »Politisch Handeln im autoritären Sog« am 18. Januar 2019 im Deutschen Hygiene-Museum Dresden findet sich auf der Tagungswebsite, vgl. Weiterdenken et al. (2019).

WAS MEINEN WIR MIT »POLITISCH HANDELN« UND »AUTORITÄREM SOG«?

Hannah Arendt versteht unter »politischem Handeln« ein kollektives Handeln mit dem Sinn von Freiheit, das etwas Neues schaffen kann.³ Daran haben wir uns orientiert. Politisches Handeln in diesem Sinne kann niemals nur Reaktion oder nur ein Verwalten des Bestehenden sein, sondern erfordert eine Initiative für das gemeinsame Gestalten der Gesellschaft.

Schwieriger fiel es, einen Begriff zu finden, der die umrissene Situation angemessen beschreibt. Rechtsruck drückt einen plötzlichen Ruck aus und ist stark verkürzt. Rechtspopulismus ist an vielen Stellen verharmlosend und wird nur mit bestimmten Akteur:innen assoziiert. Faschismus trifft nicht auf alle zu. Die meisten Begriffe sind zu komplex oder zu verkürzt. Auch der Begriff autoritärer Sog kann als verkürzt kritisiert werden, weil er nahelegt, es würden alle davon einfach mitgerissen. Dabei sind es doch immer Menschen, die autoritär handeln. Wir meinen mit autoritärem Sog eine Verschiebung ins Autoritäre, die die gesamte Gesellschaft und die politischen Institutionen betrifft, nicht nur einzelne Parteien. Autoritäre Tendenzen in der Demokratie – über extrem rechte Akteur:innen hinaus – sind zum Beispiel:

- ▶ »wenn Politik den Bereich staatlicher Eingriffe und Staatsgewalt selbstzweckhaft ausdehnt
- ▶ wenn Politik Grundrechte einschränkt, aushöhlt oder abschafft
- ▶ wenn Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung unterlaufen werden
- ▶ wenn Gesetze Bürger/innen entmündigen oder pauschal als gefährlich betrachten.«⁴

Autoritär ist Politik also dann, wenn sie Freiheiten einschränkt oder unterläuft und ihr Handeln nicht begründet, es nicht transparent und demokratisch legitimiert ist. Außerdem werden politische Forderungen und Entscheidungen oft rechtspopulistisch oder autoritär begründet:

- ▶ mit immer größer werdenden Gefahren
- ▶ mit vermeintlichen Sachzwängen (>alternativlos<)
- ▶ mit Law&Order-Ansätzen, also indem alle möglichen Themen als Probleme von Ordnung und Verwaltung gerahmt werden.«⁵

3 Arendt (2007).

4 Eitel (2018): 7.

5 Ebd.

Selbstverständlich gibt es Unterschiede zwischen den extrem rechten Parteien und Bewegungen – untereinander und erst recht zu demokratischen Parteien oder Verwaltungshandeln. Doch ein autoritärer Gedanke von Kontrolle, Beherrschung, Verbot und Zwang zieht sich vielfach durch die Politik. Wir haben das vor allem an drei Bereichen diskutiert: Wird Gemeinschaft eindeutig und abgeschlossen verstanden oder als verhandelbare Zugehörigkeit? Wie wird politischer Streit geführt – mit Einschüchterung und Verboten oder als offene Debatte mit menschenrechtlichen Grundsätzen? Wie wird das Verhältnis von Staat und Bürger:innen bestimmt – muss sich staatliches Handeln rechtfertigen oder wird Kritik an staatlichem Handeln pauschal delegitimiert?

Darüber hinaus soll der Begriff Sog auf den Prozess verweisen, auf etwas, das in Bewegung ist, und auf die anziehende Wirkung, die extrem rechte Politiken offenbar haben. Die extreme Rechte setzt Impulse; weitere politische Spektren entscheiden sich gewissermaßen fürs »Mitziehen«. Denn was gestern bei Pegida gefordert wurde, ist heute oft schon bei anderen Parteien angekommen. Im Jahr 2014 forderte Pegida, eine Integrationspflicht ins Grundgesetz aufzunehmen und an das Asylrecht zu koppeln. Heute ist es geltendes Recht, dass Asylsuchenden die Unterstützungsleistungen gekürzt werden können, wenn sie bestimmte Integrationskurse nicht besuchen. Oder Stichwort Migrationsabwehr: Deutschland ist so abgeschottet, dass um jede einzelne Aufnahme von Flüchtenden gekämpft werden muss. Anstelle eines solidarischen Asylrechts und eines offenen Einwanderungsrechts steht eine verschließende Politik, die Menschen ertrinken lässt oder in Lagern zurücklässt – von autoritärer Politik geschaffene Orte par excellence.

Ein Sog lässt jedoch auch immer Verwirbelungen zu. Gesellschaft ist nicht alternativlos, sondern kann durch Handeln verändert werden.

Ein Sog lässt jedoch auch immer
Verwirbelungen zu. Gesellschaft ist
nicht alternativlos, sondern kann
durch Handeln verändert werden.

UNGEHORSAMES HANDELN

Im Jahr 2020 sollte die Fortführung dieser Überlegungen bei einer weiteren Tagung unter dem Titel »Politisch Handeln im autoritären Sog – Ungehorsam« stattfinden. Wegen der Pandemie musste sie vorerst vertagt werden. Auch hier bildeten Angriffe auf zivilgesellschaftliches Engagement die Hintergrundfolie, nicht nur vonseiten der extremen Rechten, sondern zunehmend von konservativen Kräften und auch von Verwaltung und Politik. Antifaschistische Vereine und Initiativen werden als linksextremistisch delegitimiert, Bildung wird Neutralität abverlangt. Selbst das Retten von Menschenleben im Mittelmeer wird kriminalisiert. Damit weiterzumachen, heißt immer öfter, ungehorsam zu sein oder sich zumindest dem Verdacht des Ungehorsams auszuliefern. Doch es gilt gerade im autoritären Sog: Demokratie lebt vom Ungehorsam.

Ungehorsam macht ungerechte
und ungleiche Zustände
und den Protest dagegen sichtbar.

Ungehorsam macht ungerechte und ungleiche Zustände und den Protest dagegen sichtbar. Mit Mitteln des Ungehorsams haben sich viele Gruppen in unserer Gesellschaft erst Gleichberechtigung erkämpft. Ungehorsam hat darüber hinaus ein emanzipatorisches Potential, er birgt die Möglichkeit für neue Ideen und politische Veränderungen. Wir verstehen Ungehorsam breit: einerseits als zivilen Ungehorsam, als kollektiven Regelübertritt, wie der Begriff meistens verwendet wird. Andererseits schließen wir auch die Verweigerung von Gehorsam, die Verweigerung des Mitmachens und Weitermachens mit ein. Wir wollen die Fragen diskutieren, wie viel Ungehorsam die Demokratie braucht, welches utopische Potential sich in Formen des Ungehorsams verbirgt und was Ungehorsam im autoritären Sog bedeutet. Bevor wir auf einer Tagung zusammenkommen können, machen die Beiträge in diesem Band dafür einen Aufschlag.

ZUM INHALT DIESES BANDES

Der Band gliedert sich in zwei Teile, analog zu den beiden Tagungen. Im ersten Teil werfen Solveig Höppner, Thorsten Mense und Robert Feustel einen Blick auf das Autoritäre: Solveig Höppner widmet sich in ihrem Beitrag der Delegitimierung von Antifaschismus. Mit langer Tradition wird in Sachsen Antifaschismus als Extremismus und damit als ungehorsam kriminalisiert. Antifaschismus ist jedoch Teil von Demokratie, was ihn nicht weniger selbstbewusst und provokant machen soll. Thorsten Mense beschreibt Heimat als eine autoritäre Versuchung, die gefährliche Ausschlüsse, aber keine Antworten auf gesellschaftliche Probleme bietet. Robert Feustel zeigt am Beispiel künstlicher Intelligenz, wie polizeiliches Handeln immer weiter auf uns zugreifen kann.

Die anderen Beiträge im ersten Teil setzen den Fokus auf das politische Handeln für eine Gesellschaft der Vielen. Johannes Richter befragt Hamida Taamiri zu ihrem Engagement in Bautzen, Mara Knauth befragt Rebecca Rahe zum Gedanken der Vernetzung und gegenseitigen Unterstützung im Bündnis #unteilbar. Hannah Eitel plädiert dafür, solidarischeres Handeln bei radikaler Offenheit als politischen Entwurf zu denken und erklärt das an Kämpfen für das Recht auf Stadt. Tobias Prüwer geht der Frage nach, warum rechte Proteste so viel mediale Aufmerksamkeit erhalten und wirbt für mehr Verständnis zwischen emanzipatorischen Bewegungen und Journalist:innen. Er gibt Hinweise, die dabei weiterhelfen sollen.

Eine Bilderstrecke von Stefanie Busch und Kathrin Krahl zum Thema »Unterlassen und Verweigern« leitet den zweiten Teil zum Ungehorsam ein. Zum Verhältnis von Ungehorsam und Demokratie gibt der Beitrag »Demokratien als riskante Ordnungen« von Julia Schulze Wessel eine Einführung und vertiefende Gedanken. Julika Mücke beantwortet Hannah Eitel Fragen zur Legitimität von zivilem Ungehorsam am Beispiel von Black Lives Matter. Zuletzt stellt sich die Frage, ob nicht auch die Proteste von rechten Bewegungen als ziviler Ungehorsam verstanden werden müssen, was Hyuen Vu und Michael Nattke in ihrem Beitrag klar verneinen.

Dresden im Oktober 2020

Hannah Eitel, Michael Nattke, Annegret Ode und Frank Schubert

LITERATUR

- Arendt, Hannah (2007):** Vita activa oder Vom tätigen Leben. München/Zürich.
- Eitel, Hannah (2018):** Was heißt autoritärer Sog? In: Politik im autoritären Sog. Dossier zu Grundrechten in Zeiten des Rechtsrucks, hg. v. Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Dresden, S. 7–10.
- Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kulturbüro Sachsen, Antidiskriminierungsbüro Sachsen (Hg.) (2015):** Alles im weißen Bereich? Institutioneller Rassismus in Sachsen. Erweiterter Tagungsband. Dresden.
- Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kulturbüro Sachsen, Netzwerk Tolerantes Sachsen (Hg.) (2019):** Dokumentation zur Tagung »Politisch Handeln im autoritären Sog« am 18. Januar 2019 im Deutschen Hygiene-Museum Dresden, 10.02.2019, www.weiterdenken.de/politisch-handeln, 17.10.2020.

**TEIL I:
POLITISCH HANDELN
IM AUTORITÄREN SOG**

ANTIFASCHISMUS – EIN UNBEQUEMES KONZEPT

»Auch wenn jeder überzeugte Demokrat auch überzeugter Gegner des Faschismus sein muss: Antifaschismus ist keine per se demokratische Position.«¹

Armin Pfahl-Traughber (Politikwissenschaftler, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung)

»Umso wichtiger ist es, dass wir den Begriff ›Antifaschismus‹ wieder bürgerlich machen. Er macht die Dimension deutlich, um die es geht: nämlich nicht um ein paar Neonazis am äußersten rechten Rand, sondern um unsere Demokratie.«²

Ferda Ataman (Journalistin, Ko-Sprecherin des Vereins Neue Deutsche Organisationen)

»Wir brauchen ein inklusives Narrativ. [...] Und in Deutschland nach 1945 haben wir natürlich ein sehr starkes, vereinendes Narrativ. Und das heißt Antifaschismus. Und ich finde das sehr interessant, dass Menschen dieses Narrativ verleugnen. Und ich frage mich, was das für eine Funktion hat? [...] Und es wird also verleugnet, auf welcher Basis dieses Land aufgebaut wurde, gerade mit dem Grundgesetz auch.«³

Max Czollek (Lyriker, Publizist, Mitglied des Herausgeberkollektivs »Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart«)

»Die Linke erinnert dabei an ›den antifaschistischen Konsens nach 1945‹, der in Gefahr stehe. Dabei war dieser Konsens in der alten Bundesrepublik ein antinationalsozialistischer und antikommunistischer. Der ›Antifaschismus‹ der DDR hingegen war weitgehend ein Mythos.«⁴

Markus Wehner (Journalist, Freier Mitarbeiter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung)

1 Pfahl-Traughber (2008).

2 Ataman (2020).

3 Czollek, zitiert nach Goethe-Institut Brüssel (2020), 40:03–41:01 min (deutsche Simultanübersetzung).

4 Wehner (2020).

»Antifaschismus ist nicht die richtige Antwort, sondern Demokratie.«⁵
*Markus Ulbig (CDU-Politiker, Sächsischer Staatsminister
des Innern 2009–2017)*

»Unser Selbstverständnis umfasst eine antifaschistische Haltung. Diese orientiert sich an universellen Werten wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität im Sinne eines aufklärerischen und kosmopolitischen Ideals. In unserer Satzung wird zudem ein gewaltfreies Miteinander konstatiert. Das unterscheidet sich von der hier zugrunde liegenden kleingeistigen Auffassung von ›der Antifa‹. Antifaschismus als politische Haltung sollte Konsens und kein Randphänomen sein.«⁶
Judith Schilling (Geschäftsführerin des Vereins Treibhaus e. V. in Döbeln)

Soweit eine kleine Auswahl an Zitaten, die auf das Konzept Antifaschismus Bezug nehmen. Für die einen ist es eine Selbstverständlichkeit, dass es gerade in Deutschland aus der historischen Erfahrung und den politischen Entwicklungen der Gegenwart einen antifaschistischen Grundkonsens geben müsse. Für Andere verbindet sich mit Antifaschismus zumindest potentiell die Ablehnung von Demokratie.

16

Nicht zuletzt wird Antifaschismus mit »(Links-)Extremismus«⁷ in Verbindung gebracht: Das Feuilleton der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlichte am 23. Juli 2020 einen Artikel unter der Überschrift: »Antifa oder der schöne Glanz des Extremismus.«⁸ Gibt man in der Suchmaske auf der Startseite der Bundeszentrale für politische Bildung den Begriff Antifaschismus ein, wird als zweiter Treffer der Artikel »Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie« angezeigt.⁹ Auch eine Suche auf der Homepage der Konrad-Adenauer-Stiftung führt vor allem zu Beiträgen, die Antifaschismus im Themenspektrum des »Linksextremismus« verorten.

Es entsteht der Eindruck, Antifaschismus sei ein linkes, wenn nicht »linksextremes« und unter demokratischen Gesichtspunkten eher fragwürdiges Konzept. Eine solche vereinfachende Gleichung – nur »Linksextremisten« würden sich auf Anti-

5 Ulbig, zitiert nach Kraske (2012).

6 Treibhaus e.V. (2019).

7 Zur Diskussion um und Kritik an dem Extremismusbegriff und dem Hufeisenmodell vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (o. J.), Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (2011), Uhlig et al. (2019).

8 Scherrer (2020).

9 Pfahl-Traughber (2008).

Es entsteht der Eindruck, Antifaschismus sei ein linkes, wenn nicht »linksextremes« und unter demokratischen Gesichtspunkten eher fragwürdiges Konzept. Eine solche vereinfachende Gleichung – nur »Linksextremisten« würden sich auf Antifaschismus berufen – birgt in der politischen Praxis Sprengstoff: pauschale Diffamierung von Personen, Vereinen und Initiativen, die ein antifaschistisches Grundverständnis leben.

faschismus berufen – birgt in der politischen Praxis Sprengstoff: pauschale Diffamierung von Personen, Vereinen und Initiativen, die ein antifaschistisches Grundverständnis leben. Das bedeutet, dass öffentliche Hetzkampagnen gegen diese losgetreten werden, ihnen Fördermittel streitig gemacht werden bis hin zu Attacken auf Einrichtungen und das persönliche Umfeld. Betroffen sind

- ▶ die letzten Überlebenden der Verbrechen des deutschen Faschismus, deren Kinder und Enkel
- ▶ Menschen, die sich mit der NS-Geschichte in Deutschland intensiv auseinandersetzen
- ▶ Menschen, die in einer völkisch-rassistischen Perspektive – einem zentralen Moment faschistischer Ideologie – als »nicht zugehörig« oder »nicht deutsch« gelabelt sind
- ▶ Menschen, die sich mit dem Wirken faschistischer Ideologie und deren Versatzstücken in der Gegenwart auseinandersetzen

17

Um nur ein Beispiel zu nennen, sei auf den Treibhaus e. V. in Döbeln verwiesen. Der Verein war im Jahr 2019 heftigen Attacken seitens der AfD ausgesetzt. Unter anderem hieß es, der Verein würde offen mit »linksextremistischen« Gruppierungen, beispielsweise »der Antifa« sympathisieren, diesen eine Plattform geben, den Terror nach Döbeln holen. Daraufhin stand die Vergabe von Fördermitteln zur Disposition, was die Fortführung der soziokulturellen Angebote im Jahr 2020 ernsthaft gefährdete. Es wurde ein Bild gezeichnet, das Antifaschismus – zu dem sich der Verein ausdrücklich bekennt – mit »Linksextremismus« und Terror in Verbindung bringt.¹⁰

Es handelt sich bei Antifaschismus – wie bei vielen anderen Begriffen – um ein umkämpftes Terrain: politisches Konzept einerseits; politischer Kampfbegriff andererseits.

Es handelt sich bei Antifaschismus – wie bei vielen anderen Begriffen – um ein umkämpftes Terrain: politisches Konzept einerseits; politischer Kampfbegriff andererseits.

Was hat es also mit Antifaschismus auf sich? Welche Interessen verbinden sich mit der Ablehnung oder eben mit der Einforderung eines antifaschistischen Konsenses als »inklusivem Narrativ« (Czollek)? In welchem Verhältnis stehen Demokratie und Antifaschismus?

HISTORISCHE BLITZLICHTER

18

Zunächst lohnen kurze, punktuelle Blicke in die Geschichte. Antifaschismus als Konzept und politische Praxis entwickelte sich in Auseinandersetzung mit dem sich in den 1920er Jahren neu herausbildenden Phänomen Faschismus. Und korrespondierend mit der Entwicklung und Veränderung der Analyse des Faschismus veränderten sich die antifaschistischen Konzepte.¹¹

Von Beginn an spielten neben dem Kampf gegen den Faschismus gesellschaftliche Zielvorstellungen und mögliche Bündnispartner:innen eine wesentliche Rolle. Unter dem Einfluss des Stalinismus setzte sich auch in der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bis in die erste Hälfte der 1930er Jahre die Auffassung durch, Antifaschismus mit dem Sieg des Sozialismus/Kommunismus zu verknüpfen. Die gleichzeitige Ablehnung der bürgerlichen Demokratie der Weimarer Republik seitens der KPD führte in der Konsequenz zur »Sozialfaschismusthese«, die die Sozialdemokratie als linken Flügel des Faschismus verunglimpfte. Zudem beanspruchte die KPD den uneingeschränkten Führungsanspruch in Sachen Antifaschismus. All dies verhinderte in Deutschland ein breites antifaschistisches Bündnis.

11 Prägnante Zusammenfassungen mit europäischen Bezügen finden sich bei Coppi (1994), Späth (2019). Ausführlichere Darstellungen und Analysen für die Zeit ab 1945 in den vier Besatzungszonen, dann der DDR und alten Bundesrepublik sowie dem vereinigten Deutschland ab 1990 bei Haug (1993a), Erlinghagen (1997). Sehr interessant ist auch die Diskussion »Brauchen wir einen neuen Antifaschismus?« in Haug/Haug (1993).

Diese theoretische und praktische Fehlleistung lastet dem Konzept Antifaschismus bis in die Gegenwart an. Sie dient der Legitimation, Antifaschismus als rein »linkes« oder eben »linksextremistisches« Projekt¹² von vor allem konservativer Seite zu denunzieren und zu verwerfen. Allerdings negiert diese Perspektive, dass es in der kommunistischen Bewegung jederzeit auch andere Einschätzungen, Konzepte und politische Praxen gab. Auch in Deutschland arbeiteten unter den Bedingungen der NS-Diktatur und spätestens mit dem Überfall auf die Sowjetunion die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen mit sehr unterschiedlichen politischen Anschauungen und Zielen im Widerstand zusammen. Zudem gerät die antifaschistische Praxis nach dem Sturz der NS-Diktatur aus dem Blick: Zahlreiche antifaschistische Ausschüsse und Komitees – die Antifas, wie sie sich nannten – waren unter anderem aus Widerstandszirkeln in ganz Deutschland entstanden und hatten eines gemeinsam: »[...] die politische Perspektive der Einheit auf der Basis eines antifaschistischen Konsenses.«¹³ Dieser war allerdings nicht als politisches Programm ausformuliert (und konnte es zu diesem Zeitpunkt auch noch nicht sein). Die politischen Vorstellungen sowohl der Besatzungsmächte als auch der aus dem Exil zurückgekehrten Führungskräfte von KPD und SPD beendeten deren Existenz jedoch bereits nach kurzer Zeit.

Die Entwicklungen und Perspektiven (nicht nur) in Bezug auf das Thema Antifaschismus waren in hohem Maße wechselseitig bedingt, also Reaktionen auf die Politik der jeweils anderen Seite.

Nach der Gründung der beiden deutschen Staaten kam es vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs zum einen zur Instrumentalisierung der antifaschistischen Idee als Staatsdoktrin in der DDR. Zum anderen ersetzten Antikommunismus und Totalitarismus als politische Paradigmen in der alten Bundesrepublik sehr schnell den Antifaschismus. Der Faschismus galt als besiegt und ganz im Sinne der Systemkonkurrenz bildeten die Sowjetunion respektive Bolschewismus und Kommunismus die rehabilitierten Feindbilder. Die Entwicklungen und Perspektiven (nicht nur) in

12 Auch die Begriffe links und rechts werden im politischen Kontext häufig als Kampfbegriffe schwammig oder denunzierend verwendet. Die Konturen zwischen links, -radikal oder -extremistisch sind dabei oftmals nicht auszumachen, wenn die Begriffe nicht sogar synonym gebraucht werden.

13 Vgl. Kleßmann (1986): 121ff., Zitat 125.

Bezug auf das Thema Antifaschismus waren in hohem Maße wechselseitig bedingt, also Reaktionen auf die Politik der jeweils anderen Seite. Trotzdem ist die Leugnung eines antifaschistischen Konsenses in der Gründungsphase der Bundesrepublik schlicht falsch. Der Parlamentarische Rat wählte den 8. Mai 1949 nicht zufällig, um das Grundgesetz zu verabschieden und den Länderparlamenten zur Beschlussfassung vorzulegen. Zudem sind wesentliche Elemente des Grundgesetzes Reaktionen auf die faschistische und zukünftig zu verhindernde Vergangenheit Deutschlands. Das gilt insbesondere für Artikel 1 (Menschenwürde, unveräußerliche Menschenrechte und Bekenntnis zum Frieden) und 14 (Möglichkeit der Überführung von Grund und Boden, Bodenschätzen oder Produktionsmitteln in Gemeineigentum), Artikel 20 (die eindeutige Beschreibung der Bundesrepublik als *demokratischer und sozialer* Staat) oder Artikel 139 (Rechtsvorschriften der Alliierten zur Entnazifizierung bleiben in Kraft).

Jenseits der jeweiligen staatsoffiziellen Politik und dominanten Diskurse gab es jedoch in beiden Staaten widerstrebende Aktivitäten, die den Umgang mit den Themen Faschismus und Antifaschismus kritisierten und eigenständige Perspektiven entwickelten.

20

Die 68er-Bewegung forderte in der Bundesrepublik einen kritischen Umgang mit der faschistischen Vergangenheit ein und knüpfte an antifaschistische Konzepte an. Zweifellos kam es in diesem Zusammenhang auch zu problematischen Einschätzungen und der Denunziation der Bundesrepublik als faschistisch. Im Ergebnis dieses geschichtspolitischen Aufbruchs steht jedoch eine Reihe wissenschaftlicher Analysen und bürgerschaftlich engagierter Initiativen zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit.

Auch in der DDR lebten jenseits offizieller Rituale Antifaschismusideen fort, die auf zwischenmenschliche Solidarität und demokratische Rechte setzten. In den 1980er Jahren spielte dieses Thema auch in den Bürgerrechtsgruppen eine Rolle: als Protest gegen die Monopolisierung des Erinnerns durch die SED und in Auseinandersetzung mit den verstärkt öffentlich auftretenden, jedoch offiziell negierten Neonazis.

Es sollte deutlich geworden sein, dass die Ablehnung und Vermeidung von antifaschistischen Narrativen auf einer einseitigen Perspektive und durchaus gezielten Auslassung von wichtigen Momenten in antifaschistischen Bewegungen und Diskursen beruht. Zudem spielten in beiden deutschen Staaten machtpolitische Erwägungen in der (Nicht-)Verwendung von antifaschistischen Narrativen eine Rolle.

Es sollte deutlich geworden sein, dass die Ablehnung und Vermeidung von antifaschistischen Narrativen auf einer einseitigen Perspektive und durchaus gezielten Auslassung von wichtigen Momenten in antifaschistischen Bewegungen und Diskursen beruht.

FASCHISMUS ODER »NATIONALSOZIALISMUS«?

Das Pro und Contra zum Konzept Antifaschismus findet seine Entsprechung in der Diskussion um die Begriffe NS und deutscher Faschismus.

In der Geschichtsschreibung wie in der politischen Diskussion hat sich der Begriff »Nationalsozialismus« eingebürgert. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Kurz zusammengefasst geht es zum einen darum, die Besonderheit des deutschen Faschismus nicht nur hervorzuheben, sondern gleichzeitig den NS als etwas grundsätzlich anderes als die Faschismen der Zwischenkriegszeit zu markieren. Die Untersuchung von Besonderheiten, insbesondere mit Bezug auf die monströsen Verbrechen – wie die Shoa – steht außer Frage. Allerdings bedeutet die Nichtverwendung des Begriffes Faschismus für die deutsche Geschichte auch, dass der NS gleichsam aus der europäischen Entwicklung der 1920er und 1930er Jahre herausfällt, wie ein einmaliger Betriebsunfall. Er verliert seine historische Kontextualisierung. Die Forschungen der letzten fünf bis zehn Jahre kommen denn auch zu dem Ergebnis, dass der NS die spezifische deutsche Variante des Faschismus als Bewegung und an der Macht war.¹⁴

Zum anderen geht es um die politische Bedeutung der Verwendung des Begriffes Sozialismus in der Eigenbezeichnung des deutschen Faschismus. Die Idee einer sozialistischen Gesellschaft kann nicht unter nationalistischen, rassistischen, antisemitischen Vorzeichen gedacht werden. Im Gegenteil, die Idee bezeichnet eigentlich einen solidarischen, emanzipatorischen Gesellschaftsentwurf, der Ausschlüsse

14 Schlemmer und Woller schätzen ein, dass »es heute nur noch wenige Fachleute gibt, die einen generischen Faschismusbegriff kategorisch ablehnen. Die Bemühungen, ihn aus dem Verkehr zu ziehen, sind ebenso gescheitert, wie der Versuch, den Nationalsozialismus aus dem Faschismus hinauszudefinieren und den Faschismus damit gleichsam zu entkernen« (Schlemmer/Woller (2014): 12f.).

zu überwinden sucht. Die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse soll und muss die Einbeziehung aller ermöglichen. Freilich wurde diese Idee nicht nur durch den deutschen Faschismus, sondern ebenso durch den Stalinismus und den »real existierenden Sozialismus« pervertiert. Mit der Übernahme der Eigenbezeichnung in die wissenschaftliche und insbesondere auch politische Diskussion wird der militante Antisozialismus oder Antikommunismus des – auch deutschen – Faschismus verschleiert und die Brücke zum Totalitarismuskonzept geschlagen, was eine

Mit der Übernahme der Eigenbezeichnung in die wissenschaftliche und insbesondere auch politische Diskussion wird der militante Antisozialismus oder Antikommunismus des – auch deutschen – Faschismus verschleiert und die Brücke zum Totalitarismuskonzept geschlagen, was eine scheinbare Begründung für die Extremismusdebatten der Gegenwart liefert.

22

scheinbare Begründung für die Extremismusdebatten der Gegenwart liefert: In dem Wort »Nationalsozialismus« fallen der »linke« Sozialismus und der »rechte« Nationalismus zusammen, also die sich angeblich gleichenden Ränder nach den Vorstellungen der Extremismusidee.¹⁵

Hinzu kommt ein weiteres Moment: Die sogenannte Neue Rechte¹⁶ verfolgt ein politisches Konzept, das sich ideologisch auf den Faschismus, insbesondere in seiner italienischen Variante bezieht und vom historischen NS deutlich distanziert. In Verbindung mit einem neuen, pseudointellektuellen Sprachgebrauch gelingt es wesentlich besser, den Diskursraum für rassistische, völkische, antisemitische und autoritäre Ideen zu öffnen. Eine einseitige Perspektive auf die Auseinandersetzung mit dem NS bei gleichzeitiger Negation von dessen faschistischer Einbettung erschwert die Auseinandersetzung mit faschistischer Ideologie und Potentialen in der Gegenwart, wenn sie diese nicht gar verhindert.

Vor diesem Hintergrund erscheint es mehr als angebracht, nicht nur die vergleichende Faschismustheorie zur Analyse aktueller Erscheinungen heranzuziehen, sondern ebenso darüber nachzudenken, warum es sinnvoll und vielleicht notwendig sein könnte, von und über Antifaschismus zu sprechen.

15 Aus diesem Grund ist die kritiklose Übernahme der Eigenbezeichnung des deutschen Faschismus hochproblematisch. Um dies deutlich zu machen, wird hier im Text in der Regel die Abkürzung NS verwendet.

16 Vgl. zur Neuen Rechten zum Beispiel Weiß (2017).

Vor diesem Hintergrund erscheint es mehr als angebracht, nicht nur die vergleichende Faschismustheorie zur Analyse aktueller Erscheinungen heranzuziehen, sondern ebenso darüber nachzudenken, warum es sinnvoll und vielleicht notwendig sein könnte, von und über Antifaschismus zu sprechen.

»BRAUCHEN WIR EINEN NEUEN ANTIFASCHISMUS?«

So betitelte »Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften« seine 200. Ausgabe im Sommer 1993. Im Editorial heißt es:

»Die Titelfrage ist nicht rhetorisch. Wir wissen keine eindeutige Antwort. Wir wissen nur, daß das gestern Richtige, wenn es sich nicht ins heute zu übersetzen vermag, nicht mehr ›richtig‹, sondern ›historisch‹ im Sinne von ›vergangen‹ ist. So die Abwehrbereitschaft, die als ›antifaschistisch‹ auftritt.«¹⁷

In seinem Beitrag »Der alte Antifaschismus ist tot. Für ein qualitativ neues Verständnis« entwickelt Axel Hauff fünf Thesen, was Antifaschismus in der Gegenwart bedeuten könnte:

1. Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen, die auch im »alten Antifaschismus« nicht überwunden waren
2. Auseinandersetzung mit Rassismus, dem virulentesten Element faschistischer Ideologie
3. Überwindung des Denkens und Handelns in nationalstaatlichen Kategorien
4. Entwicklung von Utopien einer humanistischen, sozial gerechten Gesellschaft
5. Ausgangspunkt für einen neuen Antifaschismus sind gegenwärtige Konflikte¹⁸

Als sechstes möchte ich hinzufügen: Engagement für eine demokratische Ausgestaltung der Gesellschaft. Denn ohne demokratische gesellschaftliche Verhältnisse ist eine humanistische und sozial gerechte Gesellschaft nicht denkbar. Insofern

17 Haug (1993b): 499. Wolfgang Fritz Haug und die Zeitschrift Das Argument, deren Mitherausgeber er ist, setzen sich seit den 1960er Jahren kontinuierlich mit dem Thema Faschismus auseinander.

18 Hauff (1993): 591ff.

Demokratische Verhältnisse als Lebensform erfordern,
dass *jeder* Mensch *jederzeit* und *überall* das Recht
und die Möglichkeit hat, über sich selbst zu bestimmen
und die Gesellschaft aktiv mitzugestalten.

korrespondiert diese sechste These mit der vierten. Demokratie bedeutet hierbei nicht nur, dass es möglichst stabile, aus freien Wahlen hervorgegangene Institutionen wie Parlament und Regierung – und damit die Legitimation von Herrschaft – gibt. Demokratische Verhältnisse als Lebensform erfordern, dass *jeder* Mensch *jederzeit* und *überall* das Recht und die Möglichkeit hat, über sich selbst zu bestimmen und die Gesellschaft aktiv mitzugestalten.

Die Überlegungen von Axel Hauff sind interessant: Seit 2001 habe ich in meiner Tätigkeit als Mobile Beraterin¹⁹ vielfach Kontakt mit Initiativen und Vereinen, in deren politischer Praxis sich die Themen dieser sechs Thesen widerspiegeln. Ich skizziere dies kurz an einem Beispiel: In einer Kleinstadt hatten sich Jugendliche mit ähnlichen Erlebnissen und Erfahrungen zusammengefunden. Das betraf zum einen Auseinandersetzungen mit Menschen, die sie als Nazis wahrnahmen und zum anderen die Reaktionen von vor allem Erwachsenen auf ihre Wahrnehmungen und Erfahrungen. Interviews und Gespräche waren Grundlage für eine Analyse: Das Interesse richtete sich unter anderem darauf herauszufinden, was die Jugendlichen bewegt, wenn sie über Rassismus, Antirassismus oder Antifaschismus sprechen. Was bedeutet es, wenn sie sagen, sie seien gegen Nazis? Drei Punkte ließen sich herauskristallisieren:

1. Erfahrungen und Konflikte mit organisierten Nazis aus der Gegenwart und dem Schweigen der Erwachsenen führten Jugendliche zu der Frage nach der konkreten Geschichte in der Zeit des Faschismus in ihrem Ort.
2. Es entstanden Fragen an die Gegenwart: Wo verlaufen diese Konfliktlinien heute? Welche Formen von Ausgrenzung finden statt?
3. Wie möchten wir eigentlich zusammenleben? Und was ist uns für die Zukunft wichtig?

19 Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus ist ein seit 20 Jahren (weiter-)entwickeltes Konzept zur Stärkung demokratischer Alltagskultur in Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Informationen hierzu auf der Homepage des Bundesverbandes Mobile Beratung (2020).

Interessant ist, dass junge, zum Teil erst 16-jährige Menschen begannen, Fragen und Vorstellungen zu formulieren, die auf Austausch in der Öffentlichkeit und damit letztlich auf eine Demokratisierung von Gesellschaft gerichtet sind. Damit deckten sie jedoch gleichzeitig die Mechanismen auf, die Menschen kategorisieren und unterdrücken.²⁰

Mit Bezug auf die eingangs zitierten Äußerungen von Armin Pfahl-Traughber oder Markus Ulbig stellt sich die Frage, wie tragfähig die Einschätzung ist, dass Demokrat:innen immer auch entschiedene Gegner:innen des Faschismus seien: Danach gab es in dieser Kleinstadt kaum Demokrat:innen, auch nicht im Stadtrat.

Die Jugendlichen trafen in der breiten Stadtgesellschaft, einschließlich des fast gesamten Stadtrates, auf massive Abwehr. Mit Bezug auf die eingangs zitierten Äußerungen von Armin Pfahl-Traughber oder Markus Ulbig stellt sich die Frage, wie tragfähig die Einschätzung ist, dass Demokrat:innen immer auch entschiedene Gegner:innen des Faschismus seien: Danach gab es in dieser Kleinstadt kaum Demokrat:innen, auch nicht im Stadtrat. Und diejenigen, die sich antifaschistisch verstanden und engagierten, erprobten demokratische Formen im Zusammenleben im Verein und im Hausprojekt, die alles andere als konfliktfrei und einfach waren, jedoch selbstbestimmt und bereit zu schwierigen und auch schmerzhaften Auseinandersetzungsprozessen.

Ähnliche Beispiele lassen sich in Sachsen dutzendfach finden: Menschen – in den 1990er Jahre eher Jugendliche, in den letzten Jahren zunehmend auch Menschen aus anderen Altersgruppen – nehmen in ihren Zusammenhängen das Erstarken von faschistischen oder völkisch-autoritären²¹ Gruppen wahr, nicht zuletzt deshalb, weil sie psychischen und physischen Übergriffen ausgesetzt sind. Sie finden sich zusam-

20 Dieses Beispiel und die Schlussfolgerungen stammen aus einem Gespräch (unveröffentlichtes Transkript) von meinen Freunden und Kollegen Friedemann Affolderbach und Uwe Hirschfeld zum Thema »Was kann Antifaschismus in der Gegenwart bedeuten?«. Ich danke beiden herzlich, dass sie mir ihre Gedanken zur Verfügung gestellt haben.

21 In der Regel werden die Begriffe »rechts«, »rechtsextrem« oder »rechtspopulistisch« benutzt. Es ist hier nicht der Raum, um über die verschiedenen Begriffe ausführlich zu reflektieren.

men, teilen ihre Erfahrungen, überlegen, was sie tun können und beginnen, sich mit Themen auseinanderzusetzen, die für sie im Zusammenhang mit dem selbstbewussten Auftreten dieser Gruppen und Personen stehen: Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Faschismus, Geschichte, Demokratie etc. Das schließt immer die Frage ein: Wie wollen wir eigentlich zusammenleben? Und es führt zu einer Praxis: Sie organisieren sich, erproben neue Formen eines gleichberechtigten, transparenten Miteinanders, entwickeln Angebote politischer Bildung und thematisieren Rassismus, Antisemitismus, faschistische und/oder völkisch-autoritäre Strukturen und deren konkretes Wirken im Lokalen. Schaut man sich das Selbstverständnis und die Angebote von den aus solchen Initiativen entstandenen Vereinen an, scheint es, als hätten sie den von Axel Hauff entwickelten Katalog aufgegriffen. Stellvertretend für viele sei hier auf die Selbstdarstellungen des Treibhaus e.V. in Döbeln und des Netzwerkes für demokratische Kultur e.V. in Wurzen verwiesen.²²

TREIBHAUS E. V., DÖBELN, AUSZUG AUS DEM SELBSTVERSTÄNDNIS

Unsere Grundsätze

[...] Dieser Anspruch leitet sich aus einem antifaschistischen und rassistisch-kritischen Grundverständnis ab. Unsere Vorstellung von Antifaschismus orientiert sich an universellen Werten wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität im Sinne eines aufklärerischen und kosmopolitischen Ideals. Alle Mitwirkenden verbindet die Idee, im Hier und Jetzt Vorstellungen einer gerechteren Welt zu entwickeln und durch das eigene Zutun deren praktische Verwirklichung zu erproben. Hierfür werden alternative Strukturen, nicht kommerzielle Partizipationsangebote und Ressourcen zur Verfügung gestellt. Der Treibhaus e.V. dient somit als Frei- und Schutzraum zur individuellen Entfaltung unabhängig von Alter, geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung oder Herkunft. [...] Der Verein versteht sich als gesellschaftlich aktiv und wendet sich gegen alle Formen menschenverachtender Einstellungen und Diskriminierungen. Das schließt die kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus ebenso ein wie die lokalgeschichtliche Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus.²³

²² Siehe Info-Kästen

²³ Treibhaus e. V. (o. J.).

NETZWERK FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR E. V., WURZEN, AUSZUG AUS DER ENTSTEHUNGSGESCHICHTE UND DEM LEITBILD

Entstehungsgeschichte des Netzwerk für Demokratische Kultur e. V.

Im Dezember 1999 war es eine Handvoll Jugendlicher vom Punker bis zum Mitglied der jungen Gemeinde, die sich in einer unbeheizten Wurzener Hinterhof-Wohnung trafen und das Netzwerk für Demokratische Kultur e. V. (NDK) gründeten.

Sie wollten nicht länger hinnehmen, dass die sächsische Kleinstadt von Neonazistrukturen dominiert wurde, während die Stadtspitze und die Mehrheit der Bürger_innen wegschaute. Einen geschützten Raum zu schaffen, in dem demokratische Ideen gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden konnten, war von Anfang an die Grundlage des NDK.²⁴

Leitbild

Das NDK steht für eine gelebte demokratische Kultur, für das Einüben demokratischer Praktiken, für das gewaltfreie Aushandeln von Konflikten, für eine kritische und aktive Zivilgesellschaft. Das NDK setzt sich ein für eine respektvolle und wertschätzende Kommunikation, politische Mitbestimmung und Beteiligung auch jenseits von Parlamenten, den Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte, sozialen Zusammenhalt, lebendige Erinnerungskultur und vielseitige Bildung. [...] Das NDK steht allen Menschen offen, die sich den Menschenrechten verpflichtet fühlen und sich im Sinne einer demokratischen Kultur engagieren wollen. Wer die Gleichwertigkeit jedes Menschen nicht anerkennen will, wer rassistische und sexistische Positionen oder nationalistisches und faschistoides Gedankengut verbreitet, ist bei uns fehl am Platz.²⁵

Vereine wie die genannten waren und sind immer wieder mit An- und Übergriffen konfrontiert und dies, das sei deutlich gesagt, nicht nur von Gegner:innen demokratischer Verhältnisse. In den kommunalen Gesellschaften führt das Wirken von sol-

24 Netzwerk für Demokratische Kultur (o. J. a).

25 Netzwerk für Demokratische Kultur (o. J. b).

chen Vereinen sehr häufig zu Abwehrhaltungen und -handlungen – auch und gerade aus der Verwaltung und den Stadt- und Gemeinderäten, von Menschen, die sich selbst als demokratisch beschreiben. Dieser Abwehrreflex ist häufig damit verbunden, peinlichst alles, was irgendwie »links« erscheint, abzuwehren. Vielmehr solle laut diesen Akteur:innen aus einer »demokratischen Mitte« heraus agiert werden. Das eigentliche Problem hieran ist, dass das, was eine »demokratische Mitte« sein soll, von ihnen nicht beschrieben wird. Zudem belegen empirische Studien seit etwa 20 Jahren,²⁶ dass es diese »reine demokratische Mitte« nicht gibt, sondern insbesondere rassistische, aber auch viele andere Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Wilhelm Heitmeyer) in weiten Teilen der Bevölkerung geteilt werden.

In der Praxis verbindet sich antifaschistisches Engagement also häufig, gewiss nicht ausschließlich, mit einem entschiedenen Eintreten für eine demokratische, soziale und gerechte Gesellschaft und der Abwehr dessen, was dies grundsätzlich infrage stellt. Insofern findet eine Übersetzung von Antifaschismus in die Gegenwart statt. In der öffentlichen Diskussion wird jedoch häufig im antikommunistischen Geist ein Umkehrschluss hergestellt: Antifaschismus sei »totalitär« oder »extremistisch« und daher auszuschließen. Das betrifft dann ebenso die antifaschistischen Akteur:innen.

28

Vor dem Hintergrund unserer deutschen Geschichte, dem von seinen Motiven her breiten antifaschistischen Widerstand vor allem während der NS-Zeit und dem antifaschistischen Grundkonsens in der unmittelbaren Nachkriegszeit, der sich vor

In der Praxis verbindet sich antifaschistisches Engagement also häufig, gewiss nicht ausschließlich, mit einem entschiedenen Eintreten für eine demokratische, soziale und gerechte Gesellschaft und der Abwehr dessen, was dies grundsätzlich infrage stellt. Insofern findet eine Übersetzung von Antifaschismus in die Gegenwart statt.

26 Die Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht seit 2002 alle zwei Jahre eine Studie zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland, zunächst in Zusammenarbeit mit Elmar Brähler und Oliver Decker von der Universität Leipzig, seit 2014 mit dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Zuletzt erschien Zick et al. (2019). Seit 2016 veröffentlichen Brähler/Decker ihre Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der Otto-Brenner-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung, seit 2018 unter dem Titel »Leipziger Autoritarismus-Studie«. Zuletzt erschien Decker/Brähler (2020).

allem mit Demokratisierung und sozialer Gerechtigkeit verband, steht es uns heute gut an, antifaschistisches Engagement als das zu würdigen, was es sehr häufig für die Akteur:innen bedeutet: interessiert an einer Demokratisierung der Gesellschaft, aktiv in der Auseinandersetzung mit Erscheinungen und Strukturen, die die Gleichwertigkeit von Menschen infrage stellen, engagiert und unbequem.

LITERATURVERZEICHNIS

- Ataman, Ferda (2020):** Antifaschismus als Minimalkonsens. Rede in der Paulskirche am 4. Februar 2020, <https://neuedeutsche.org/de/artikel/rede-in-paulskirche-antifaschismus-als-minimalkonsens>, 12.10.2020.
- Bundesverband Mobile Beratung (2020):** Grundlagen, <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/ueber-uns/grundlagen>, 15.10.2020.
- Bundeszentrale für politische Bildung (o. J.):** Debatte Extremismustheorie, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200097/debatte-extremismustheorie>, 12.10.2020.
- Coppi, Hans (1994):** Antifaschismus. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 1, hg. v. Wolfgang Fritz Haug, Hamburg, S. 325–338.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2020):** Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen.
- Erlinghagen, Robert (1997):** Die Diskussion um den Begriff des Antifaschismus seit 1989/90. Berlin/Hamburg.
- Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.) (2011):** Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden.
- Goethe-Institut Brüssel (2020):** Diskussion »Eure Heimat ist unser Albtraum« mit Fatma Aydemir, Max Czollek und Mithu Sanyal, 27.05.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=TXVuRQk1TZE>, 12.10.2020.
- Hauff, Axel (1993):** Der alte Antifaschismus ist tot. Für ein qualitativ neues Verständnis. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, 200, S. 589–594.
- Haug, Frigga/Haug, Wolfgang Fritz (Hg.) (1993):** Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, 200.
- Haug, Wolfgang Fritz (1993a):** Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt. Hamburg/Berlin.
- Haug, Wolfgang Fritz (1993b):** Brauchen wir einen neuen Antifaschismus? Editorial. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, 200, S. 499–506
- Kraske, Michael (2012):** Was vom Terror übrig blieb, 12.01.2012, <http://www.mediendienst-ost.de/was-vom-terror-uebrig-blieb>, 12.10.2020.

- Kleßmann, Christoph (1986):** Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. Bonn.
- Kulturbüro Sachsen e. V. (2020):** Ein Präzedenzfall in Sachsen. In: Sachsen rechts unten, hg. v. Kulturbüro Sachsen e. V., Dresden, S. 23–30.
- Netzwerk für Demokratische Kultur (o. J. a):** Entstehungsgeschichte des Netzwerk für Demokratische Kultur e. V., <https://www.ndk-wurzen.de/ueber-uns/entstehung>, 15.10.2020.
- Netzwerk für Demokratische Kultur (o. J. b):** Leitbild, <https://www.ndk-wurzen.de/ueber-uns/leitbild>, 15.10.2020.
- Pfahl-Traughber, Armin (2008):** Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie. In: Bundeszentrale für Politische Bildung, Dossier Linksextremismus, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33612/antifaschismus>, 12.10.2020.
- Scherrer, Lucien (2020):** Antifa oder der schöne Glanz des Extremismus, 03.07.2020, <https://www.nzz.ch/feuilleton/antifa-oder-der-schoene-glanz-des-extremismus-ld.1563938>, 12.10.2020.
- Schlemmer, Thomas/Woller, Jens (2014):** Politischer Deutungskampf und wissenschaftliche Deutungsmacht. Konjunkturen der Faschismusforschung. In: Faschismus in Europa, hg. v. Thomas Schlemmer/Jens Woller, München, S. 7–15.
- Späth, Jens (2019):** Antifaschismus. Begriff, Geschichte und Forschungsfeld in westeuropäischer Perspektive, Version: 1.0. In: Docupedia-Zeitgeschichte, https://docupedia.de/zg/Spaeth_antifaschismus_v1_de_2019, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok-1323>, 04.02.2019.
- Treibhaus e. V. (o. J.):** Über uns, <https://treibhaus-doebeln.de/selbstverstaendnis>, 15.10.2020.
- Treibhaus e. V. (2019):** Antifaschismus sollte Konsens sein – Stellungnahme des Treibhaus e. V., 22.05.2019, <https://treibhaus-doebeln.de/antifaschismus-sollte-konsens-sein-stellungnahme-des-treibhaus-e-v>, 12.10.2020.
- Uhlig, Tom David/Berendsen, Eva/Rhein, Katharina (Hg.) (2019):** Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts. Berlin.
- Wehner, Markus (2020):** Die neuen Antifaschisten. Ein Kommentar, 18.02.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/debatte-nach-dem-thueringen-debakel-die-neuen-antifaschisten-16638834.html>, 12.10.2020.
- Weiß, Volker (2017):** Faschisten von heute? »Neue Rechte« und ideologische Traditionen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, (Anti)Faschismus, 42–43, hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung, S. 64–69.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019):** Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter, Bonn.

WER MENSCHEN VERWURZELT, ENTMÜNDIGT SIE.

WARUM HEIMAT EINE AUTORITÄRE VERSUCHUNG IST UND WIR UNS IHR ENTZIEHEN MÜSSEN

Heimat ist »der Duft der Bratwurst«, wie man in einem Feature des Deutschlandfunk hören kann, aber auch »der Mond, der den Wanderer in der Nacht begleitet«, so Gustav Seibt in der Süddeutschen Zeitung. Vor allem aber ist es »ein gutes Gefühl«. »Heimat braucht Klimaschutz«, erklärt uns Greenpeace, »Umweltschutz ist Heimatschutz« die NPD, und Kaufland möchte, dass wir im Supermarkt »Heimat neu entdecken«. In unzähligen Feuilletondebatten, Radiofeatures und Talkshows begeben sich die Deutschen schon seit ein paar Jahren auf die Suche nach Heimat. Seit 2018 gibt es auch ein Heimatministerium in Deutschland und es werden Millionen Steuergelder in die Förderung der Heimatverbundenheit investiert. Begleitet wird die politische wie publizistische Heimattümelei von einer popkulturellen Mobilmachung, von deren Ausmaß ein Blick in die Bestsellerlisten,¹ die Verkaufszahlen von Trachtenmode oder die ausverkauften Stadien bei Konzerten des »Volks-Rock'n'Rollers« Andreas Gabalier nur eine Ahnung vermitteln kann. Selbst die »Internationalen Wochen gegen Rassismus« in Stuttgart laufen seit 2016 unter dem Motto »Heimat«, und Politiker:innen aller Couleur überbieten sich darin, ihre Heimatliebe zu betonen. »Wir lieben dieses Land! Es ist unsere Heimat! Für diese Heimat werden wir kämpfen!« Dieser nationalistische Schlachtruf stammt nicht etwa von der Alternative für Deutschland (AfD), sondern aus einer Rede der Fraktionschefin der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, beim kleinen Bundesparteitag im Jahr 2017. In Umfragen bezeugen über 80 Prozent der deutschen Bevölkerung, dass sie mit »Heimat« etwas Positives verbinden. In Sachsen liegen diese Umfragewerte noch etwas höher. Auch hier trifft man überall auf sie: Beim Mitteldeutschen Rundfunk (MDR), der sich selbst »Heimatsender« nennt,² bei Dresdens Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025 unter dem Motto »Neue Heimat« und in der Landesverfassung, in der das »Recht auf Heimat« festgeschrieben ist – ohne näher zu definieren, was das eigentlich bedeutet. Woher kommt dieser Boom der Heimat, der seit ein paar Jahren die Politik, den Kulturbetrieb, die Medien und die Werbung erfasst hat? Was steckt dahinter? Und was ist das Gefährliche daran?

1 2018 wurden in Deutschland über 400 Bücher veröffentlicht, die »Heimat« im Titel tragen.

2 Verschiedene Formate des MDR widmen sich der »Heimat« und dem Aufbau einer »mitteldeutschen« Identität: »Unsere köstliche Heimat«, »Zeigt uns eure Heimat«, »Meine Heimat«, »Ein Platz namens Heimat« u. a.

IDENTITÄTSANKER GEGEN ENTFREMDUNG UND UNSICHERHEIT

Fragen der Zugehörigkeit und Identität haben in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewonnen. Es ist eine Reaktion auf die Erfahrung der Entfremdung und sozialen Desintegration, die moderne Konkurrenzgesellschaften prägt. Aber auch konkrete Ereignisse wie die globale Finanzkrise ab 2007/2008, der Abbau sozialer Sicherungssysteme im Rahmen der Hartz-IV-Gesetzgebung und die zunehmenden Migrationsbewegungen lassen das Bedürfnis wachsen nach identitätsstiftenden, natürlichen Solidargemeinschaften und autoritären Krisenlösungsstrategien. So schreibt der Soziologe Wilhelm Heitmeyer:

»Autoritäre Versuchungen sind vor diesem Hintergrund vor allem als Reaktionen auf individuellen oder gesellschaftlichen Kontrollverlust zu interpretieren. Sie erzeugen eine Nachfrage nach politischen Angeboten, die darauf abzielen, die Kontrolle wiederherzustellen, und zwar durch die Ausübung von Macht und Herrschaft sowie über Ausgrenzung und Diskriminierung bzw. gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.«³

Hierin liegt der globale Erfolg rechter Parteien, Bewegungen und Akteur:innen begründet: In einer Welt, in der nichts mehr sicher scheint, weder das Geld auf der Bank noch der Arbeitsplatz, vermitteln sie »das Bild einer sicheren Festung«⁴ durch

32

Wenn man schon nicht weiß,
wohin es geht, will man wenigstens wissen,
woher man kommt.

Nation, »Rasse« oder auch Geschlecht (genauer: Männlichkeit). Die Zugehörigkeit zu diesen als natürlich wahrgenommenen Kollektiven gilt als nicht verhandelbar, da sie – und die damit verbundenen Privilegien – den Mitgliedern qua Geburt zustehen. Die darauf aufbauende kollektive Identität dient als Schutzraum gegenüber der Unsicherheit und Unbeständigkeit der Moderne. Sie bindet die Menschen im Konkurrenzkampf aneinander und wird zugleich gegen die Konkurrenz in Stellung gebracht. Wilhelm Heitmeyer spricht von »Identitätsankern«⁵ die den Menschen in krisen-

3 Heitmeyer (2018): 84.

4 Adamczak (2019).

5 Vgl. Heitmeyer (2018).

haften Zeiten Halt geben. Anders ausgedrückt: Wenn man schon nicht weiß, wohin es geht, will man wenigstens wissen, woher man kommt.

Der Nation als vermeintlichem Naturkollektiv kommt dabei eine besondere Rolle zu. Denn das Nationale ist auch im 21. Jahrhundert das grundlegende Struktur- und Ordnungsprinzip unserer Gesellschaften und zugleich die machtvollste Quelle kollektiver Identität. Die Vorstellung einer Welt, die aus Völkern und Nationen besteht, prägt die Wahrnehmung der Menschen ebenso wie die Institutionen moderner Staatlichkeit. Das drückt sich aus in Nationalstaaten, in Grenzen, im Pass in unserer Hosentasche, in der Migrationspolitik und darin, wer wählen darf und wer Anspruch auf Leistungen des Sozialstaates hat. Diese nationale Ordnung spiegelt sich im Nationalismus als Bewusstseinsform, also als eine spezifische Art und Weise, die Welt zu sehen und sich und andere in ihr zu verorten. Wir alle kennen die Frage »Woher kommst du?«, sei es im Urlaub oder wenn man nicht dem vorherrschenden Bild des Deutschen entspricht. Damit verbunden ist die Vorstellung, dass die nationale Zugehörigkeit deine Essgewohnheiten, deine sportlichen Interessen und den größten Teil deiner Persönlichkeit bestimmt – eben deine *Identität* ist. Zugleich integrieren sich die Menschen durch die Identifikation mit der Nation in das vermeintlich naturgegebene Kollektiv, werden Teil von etwas Großem und Überzeitlichem und haben so eine Stimme in der Welt, die ihnen sonst versagt ist.

Die Nation ist aber kein Club, zu dem jede:r Zutritt hat. Nationale und allgemeiner kulturelle und ethnische Identität hat auch immer den Zweck, Zugehörigkeit zu einem Privileg zu machen. Wer dazugehört und dazugehören darf, ist keine freie Entscheidung des Individuums, sondern des Staates und der Dominanzgesellschaft – und damit eine Frage von Gewalt und Autorität.

Nationale Identität und Gemeinschaftsvorstellungen an sich bauen immer auf der Unterscheidung von »Wir« und »die Anderen« auf: Auf der Bestimmung und Markierung des Fremden, Nichtdazugehörigen. Je ethnischer diese Gemeinschaft definiert wird, desto strikter sind die Grenzziehungen und desto ausgrenzender ist die darauf aufbauende Praxis. Aber auch ein offenes Verständnis von Nation löst die Dynamik von Inklusion und Exklusion nicht auf. So ist das deutsche Nationalitätskonzept, zum Beispiel im Staatsbürgerschaftsrecht und in der Frage, wer offiziell »deutsch« ist oder sein darf, in den letzten Jahrzehnten zweifelsohne durchlässiger geworden. Das hat die Grenzen der Zugehörigkeit aber nur verschoben – und diejenigen, die weiterhin außen vor bleiben, trifft es umso härter.

HEIMAT IST DAS NEUE VATERLAND

Auch Heimat ist solch ein »Identitätsanker« und hat als Gemeinschaftsvorstellung auf vielen Ebenen Funktionen übernommen, die zuvor die Nation innehatte. Denn die Nation ist Gemeinschaftsvorstellung und rationale Form des Zusammenlebens (Staatsnation) zugleich. Das noch immer weit verbreitete Bild der deutschen Nation als weiße deutsche Abstammungsgemeinschaft ist aber in Bedrängnis geraten, sowohl durch die Realität der postmigrantischen Gesellschaft als auch durch die Reform des (seit 1913 geltenden) Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000, in dem das bis dato geltende Blutsrecht (*ius sanguinis*) erweitert wurde durch das Territorialprinzip (*ius soli*), also nun auch Menschen ohne deutschen »Stammbaum« als Deutsche geboren werden können. Zugehörigkeit und Identität werden nun nicht mehr primär als Fragen der Nationalität, sondern in der Heimatdebatte diskutiert.

Dabei wird mit großer Vehemenz ein weltoffener, pluralistischer Heimatbegriff von einer ausgrenzenden, traditionalistischen bis rassistischen Definition differenziert. So forderte Bundespräsident Frank Walter Steinmeier in seiner Ansprache zum Tag der Deutschen Einheit 2017: »Diese Sehnsucht nach Heimat dürfen wir nicht denen überlassen, die Heimat konstruieren als ein ›Wir gegen Die‹, als Blödsinn von Blut und Boden.«⁶ Jedoch handelt es sich bei der »Blut und Boden«-Konstruktion nicht um rechte Umdeutungen eines eigentlich neutralen, harmlosen Begriffs. Rechte Heimatkonzeptionen, wie sie zum Beispiel von der AfD oder der neofaschistischen »Identitären Bewegung« formuliert werden,⁷ können vielmehr als Beispiel der Kontinuität völkischen Denkens in der Bundesrepublik angesehen werden, das sich von Beginn an in der deutschen Heimatidee ausdrückte. Denn das Konzept Heimat entspringt der Zeit der Romantik, des Aufkommens völkischer Gemeinschaftsvorstellungen und war Bestandteil des reaktionären Aufstandes gegen die Moderne, der in der deutschnationalen Bewegung im 19. Jahrhundert seinen Ausdruck fand. Die deutsche Heimatvorstellung entstand parallel zum deutschen Nationalismus, und die dort entwickelten Grundlagen des völkischen Denkens finden sich auch in ihr: Die Verklärung der Natur als mythischer Ort; die Vorstellung, dass Menschen verwurzelt sind; dass die Landschaft, die Sitten, Tradition, Geschichte und Gemeinschaft sie unwiderruflich prägen und ihr Wesen bestimmen; und dass sie dadurch unsterblicher Teil eines naturgegebenen, überzeitlichen und vorpolitischen Kollektivs sind.⁸ Sachsen übernahm dabei eine Vorreiterrolle: Der erste Dachverband der Heimatschutzbewegung wurde 1904 unter dem Namen »Bund Heimatschutz« in

6 Steinmeier (2017).

7 Vgl. Salzborn (2018).

8 Ausführlich zur Entstehung der deutschen Heimatkonzeption siehe Blickle (2002) und Applegate (1990).

Dresden gegründet. Die von Beginn an in der Heimatbewegung vorhandenen antisemitischen, rassistischen und antimodernen Elemente⁹ wurden später in den Nationalsozialismus integriert und mit seinem Konzept der Volksgemeinschaft verbunden.

Der völkische Ursprung der deutschen Heimatidee stellt schon seit jeher den Bezugspunkt für rechte und neofaschistische Bewegungen dar: Die NPD nennt sich »Heimatpartei«, das rechtsterroristische Netzwerk NSU ging aus dem »Thüringer Heimatschutz« hervor und rassistische Proteste in Cottbus werden von der Gruppe »Zukunft Heimat« organisiert. Auch bei der im sächsischen Plauen aktiven neonazistischen Partei Der Dritte Weg gehört Heimatverbundenheit und -schutz zu den ideologischen Grundpfeilern. Lange Zeit waren diese Kräfte zusammen mit den Vertriebenenverbänden die einzigen, die Heimat als politisches Projekt begriffen. So wähnte sich noch vor wenigen Jahren die neofaschistische »Identitäre Bewegung« mit ihrem Leitspruch »Heimatliebe ist kein Verbrechen« in Opposition zum Mainstream. Heute trifft dieser Satz auf keinen Widerspruch mehr. Es war die »Autoritäre Revolte«,¹⁰ die Heimat als politischen Kampfbegriff zurück in den öffentlichen Diskurs gebracht hat. Dass die Heimatdebatte in Deutschland erst mit der jüngsten großen Fluchtbewegung nach Europa im Sommer 2015 so richtig an Fahrt aufnahm, ist dabei kein Zufall. Fragen von Zugehörigkeit und nationaler Identität bekamen durch sie eine neue Aktualität. Da Nation und Leitkultur mittlerweile zu »streitbelastet« seien, wie es Heimatminister Horst Seehofer ausdrückte, werden diese nun unter dem Schlagwort Heimat verhandelt. Aber ebenso wie bei den Diskursen über Nation, Leitkultur und Integration ging es auch in der Heimatdebatte von Beginn an nicht darum, wie »wir« zusammenleben wollen, sondern darum, wer hier leben darf und welchen Sitten und Ritualen er oder sie sich dafür unterwerfen muss. So lautete die Fragestellung der Fernseh-Talkshow »Hart aber Fair« im Februar 2019: »Aber für wen ist hier Heimat: für alle, die hier leben oder nur für die, die von hier stammen?«

»HEIMAT DER WELTOFFENHEIT«?

Zivilgesellschaftliche, linke und migrantische Akteur:innen haben versucht, als Antwort darauf eine pluralistische Definition von Heimat starkzumachen. So plädierte Ferda Ataman für »eine Heimat-Idee, die alle mitnimmt«, eine »Heimat der Welt-

9 Der Gründer des »Bundes Heimatschutz«, Ernst Rudorff, sah die Aufgabe u. a. darin, »deutsches Volkstum ungeschwächt und unverdorben zu erhalten«. Frauen und Juden durften keine Mitglieder werden, vgl. Staud (2015).

10 Vgl. Weiß (2017).

offenheit.«¹¹ Sergey Lagodinsky forderte, den Begriff »positiv, bunt, offen und nachhaltig« zu besetzen, denn »Heimat ist, was man aus Heimat macht.«¹² Jene Stimmen wollen im Grunde über die postmigrantische Gesellschaft diskutieren, verbleiben dabei aber im Diskurs der Rechten und bedienen sich mit »Heimat« einer ethnisch-kulturellen Gemeinschaftsvorstellung, deren historischer Kern in der völkischen Bewegung liegt. Das Konzept Heimat kann in seiner spezifisch deutschen Semantik¹³ die geforderte Weltoffenheit und Diversität gar nicht zulassen, weil es sonst seine Funktion als identitätsstiftendes Konzept der Vergemeinschaftung verlieren würde. Das Problem liegt also nicht zuallererst darin, dass auch Rechte und Neonazis sich auf Heimat beziehen, sondern im Konzept selbst. Heimat ist kein offener Begriff, den man beliebig füllen kann, sondern er hat eine Geschichte und eine Bedeutung. Es geht um die »Autorität von Tradition und Kultur«¹⁴ gegenüber gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und um die Bewahrung einer spezifischen sozialen Ordnung: Weil es schon immer so war. Ein Blick auf die personelle Zusammensetzung des Heimatministeriums, in dessen Führungsriege ausschließlich weiße, männliche Staatssekretäre und Abteilungsleiter sitzen, veranschaulicht diese soziale Ordnung, die gewahrt werden soll. Sie versinnbildlicht darüber hinaus Heimat als eine Kategorie des Patriarchats. Denn die Heimat ist weiblich: Die Mutter, die Zuhausegebliebene. Wie die Ehefrau, die auf den Mann wartet, der in die Ferne zieht und kämpft (oder arbeiten geht). Sie wird von Vater Staat beschützt – und zugleich beherrscht. Sie ist der männliche Blick auf Weiblichkeit, dem Zugriff der Männer unterworfen.¹⁵

Im Heimatdiskurs der Rechten verbindet sich dieser Antifeminismus mit Rassismus: Männer wollen nicht nur ihre Frauen *und* ihre Heimat vor (männlichen) Einwanderern beschützen, sondern auch ihre Frauen *als* ihre Heimat.¹⁶ Es geht darum, die vermeintlich natürliche Geschlechterordnung zu erhalten: »Heimat. Familie. Zukunft.«, so fasst die sächsische AfD ihre Bevölkerungspolitik zusammen.¹⁷ »Heimat bewahren«, wie es AfD und Dritter Weg als Antwort auf Einwanderung plakieren, beinhaltet zudem den Ruf nach kultureller und ethnischer Homogenität und trägt somit die Bereitschaft zum Totschlag bereits in sich. Aber auch über dieses

11 Ataman (2018).

12 Lagodinsky (2018).

13 Der Begriff Heimat gilt aufgrund seines Bedeutungsgehaltes – ebenso wie völkisch – als unübersetzbar. In anderen Regionen der Welt werden sogenannte Heimatgefühle ausgedrückt oder Diskussionen über Zugehörigkeit und Identität geführt, ohne dass dort ein vergleichbares Wort wie Heimat existiert noch benötigt wird.

14 Weiß (2017): 258.

15 Ausführlicher hierzu Bütfering (1990).

16 Veranschaulichen lässt sich dieser Zusammenhang u. a. bei aktuellen rassistischen Diskursen zu sexuellen Übergriffen von (vermeintlichen) Migrantinnen auf (vermeintlich) deutsche Frauen.

17 Vgl. AfD Sachsen (2020).

politische Milieu hinaus wird die Forderung nach »Bewahrung« der Heimat aufgestellt, und das bedeutet die Aufrechterhaltung oder Herstellung kultureller Hierarchie im Sinne von Leitkultur, mit all ihren notwendigen Ausschlüssen und Diskriminierungen. »Eure Heimat ist unser Alptraum« lautete dementsprechend eine Intervention aus postmigrantischer Perspektive in die Debatte.¹⁸

Für die Versuche, einen inklusiven Heimatbegriff zu entwerfen, gilt das, was Michael Wildt in Bezug auf den Volksbegriff formuliert hat:

»Der Rückzug auf ein staatsbürgerliches Verständnis von Volk und Demokratie ist ehrenwert, verdeckt jedoch, dass die ›völkische‹ Auffassung des Volkes möglich ist und, wenn sie vom Volk gebilligt wird, ›demokratisch‹ legitimiert verwirklicht werden kann.«¹⁹

Auch Heimat trägt diese Möglichkeit in sich. Ihr völkischer Kern besteht in der Annahme, dass es eine natürliche Verbindung von Menschengruppen zu einem bestimmten Ort gibt, der ihr Wesen prägt und auf den sie ein angeborenes Recht haben. Das »Recht auf Heimat« – abgesehen davon, dass die Vertriebenenverbände darunter bis heute den Anspruch auf die »deutschen Ostgebiete« verstehen – verweigert dabei zwangsläufig anderen jenes Recht. Vor allem denjenigen, denen aufgrund von Kriegen, Klimawandel und Kapitalismus nicht das Privileg vergönnt ist, an einem sicheren und ruhigen Ort zu leben. Gegen jene Verlierer:innen der Verhältnisse muss das Privileg verteidigt werden, während ihnen im Gegenzug nur Anspruch auf den Ort zugesprochen wird, aus dem sie geflohen sind. Heimat kann als Wert nur Bedeutung haben in einer Welt, in der zugleich Millionen Menschen auf der Flucht sind. Und jene sind eben nicht nur aus ihrer Heimat geflohen, sondern oft auch vor ihrer Heimat, nämlich einer spezifischen Vorstellung davon, in der sie und ihre Angehörigen keinen Platz hatten.

Der potentiell ausschließende Charakter von Heimat geht dabei noch über den der Nation hinaus, denn bei Heimat gibt es keinen juristischen Anspruch auf Zugehörigkeit. Wenn nur ein von der Mehrheit geteiltes *Gefühl* bestimmt, was Heimat ausmacht, gibt es keine Institution, keine höhere Instanz, auf die sich die Minderheit berufen könnte, die von jener Bestimmung ausgeschlossen wird. Dieser Ausschluss wirkt auch nach innen: In der durch Umfragen belegten mehrheitlichen Abneigung und Gewaltbereitschaft gegenüber Außenseiter:innen offenbart sich der autoritäre Charakter solcher vermeintlich harmonischen Gemeinschaftsvorstellun-

18 Vgl. Aydemir/Yaghoobifarah (2019).

19 Wildt (2017): 11.

gen.²⁰ Abweichende Lebensentwürfe, das Bedürfnis, »anders« zu sein, der Wunsch nach Emanzipation: All das hat hier keinen Platz, denn der Sehnsuchtsort lebt davon, dass es in ihm keinen Streit und keine Widersprüche gibt. Die Liebe zur Heimat, die so unschuldig und friedlich daherkommt, trägt also den Hass auf alles, was die vermeintliche Idylle stört – das Fremde, Störenfriede, Nestbeschmutzer:innen – bereits in sich. Entweder man unterwirft sich dieser Gemeinschaftsvorstellung – oder man schaut, dass man wekommt. Heimatliebe verträgt weder Kritik noch Differenz, sondern beinhaltet den Zwang zum Gehorsam. Die AfD in Sachsen fordert in diesem Sinne, »Heimatliebe« im Lehrplan zu verankern. Es müsse Ziel der schulischen Bildung sein, »ein positives Bild von Sachsen und Deutschland« zu vermitteln, um eine »positive Identifikation« herzustellen.²¹

Wer Menschen verwurzelt, entmündigt sie.

Aber nicht nur Störenfriede bedrohen diese Heimatvorstellung, sondern auch jene wurzellose, globale Elite oder »globalistische Klasse« (Alexander Gauland, AfD), die nur auf Profit aus sei, ohne Bindung zur Natur, dem Ort und den Menschen. In jener Schuldzuweisung lässt sich – und das keineswegs nur bei Rechten – das antisemitische Moment im Heimatdiskurs finden, das sich im Hass auf den Kosmopolitismus ausdrückt.²² Nicht zuletzt widerspricht die Heimatkonzeption dem Menschenbild der Aufklärung, also der Vorstellung eines rational denkenden Individuums, das vernunftgeleitet und selbstbestimmt handelt. Wer Menschen verwurzelt, entmündigt sie. Wenn die CDU in Sachsen Heimat als den Ort definiert, »an dem ein Mensch seine früheste Sozialisation erlebt und wo seine Identität, Mentalität und Weltauffassung grundlegend geprägt wird«,²³ gibt es aus dieser Prägung kein Entinnen. Wer als Sachse geboren wird, wird immer Sachse bleiben, so denken und fühlen. Jedem Wunsch nach Veränderung, nach Emanzipation, ja schon der Möglichkeit kritischer Reflexion, wird hiermit eine Absage erteilt.

20 Vgl. Decker/Brähler (2018): 121: »Unruhестifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.« Zustimmung (teils und voll): 85,6 Prozent.

21 AfD Sachsen (2019): 33. Mit dieser autoritären Forderung steht die AfD aber nicht alleine da: In der Landesverfassung des Freistaates Sachsen von 1992 wird unter »Grundsätze der Erziehung und Bildung« ebenfalls »Heimatliebe« aufgeführt.

22 Seit Beginn der Moderne galten »die Juden« in Europa als »die ‚verkörperte Fremdheit‘, die ewigen Wanderer, der Inbegriff der Nicht-Territorialität, das Wesen der Heimatlosigkeit und Wurzellosigkeit« (Bauman (1995): 112). Heimat als Gegenentwurf zum Kapitalismus und zum modernen städtischen Leben beinhaltete die Ablehnung des den Juden und Jüdinnen zugeschriebenen Materialismus.

23 CDU Sachsen (2018): 2.

ES GEHT UM GESELLSCHAFT, NICHT UM HEIMAT

Heimat als Konzept ethnischer Vergemeinschaftung, als natürlicher Ort der Sinngebung und Wesensprägung, ist eine modernisierte Form völkischer Gemeinschaftsvorstellung. Angesichts der sozialen und ökonomischen Verwerfungen, die moderne Gesellschaften im globalisierten, »autoritären Kapitalismus«²⁴ prägen, gewinnen solche Naturkollektive an Bedeutung. Ihre Attraktivität ergibt sich aus ihrem Charakter als unkündbare, naturgegebene Solidar- und Anspruchsgemeinschaften im Angesicht immer prekärer werdender Verhältnisse und zunehmender globaler Konkurrenz.²⁵ Hier muss eine gesellschaftskritische Perspektive ansetzen und die Ursachen für das in der Heimat vergrabene Bedürfnis nach natürlicher Zugehörigkeit, Geborgenheit und Authentizität herausarbeiten. Denn die Erfahrung der Entfremdung und des Kontrollverlustes, aus der sich dieses Bedürfnis speist, ist durchaus real. Das sprach der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow von der Linkspartei an, als er im März 2018 in einem Interview erklärte: »Wenn jemand seine Heimat als Schutzraum sieht, soll er diesen Schutzraum haben.«²⁶ Er knüpft an das nachvollziehbare und legitime Bedürfnis nach Sicherheit an, das sich hier jedoch reaktionär gewendet niederschlägt. Denn die realen, materiellen Ursachen der Entfremdung werden überdeckt und gesellschaftliche Probleme entpolitisiert. 2017 forderte der damalige Vizekanzler Sigmar Gabriel im Spiegel, dass die SPD sich statt mit Umverteilung mehr mit Identität und Heimat beschäftigen solle. Auch sonst ist mittlerweile alles Heimat: Der Ausbau des Breitbandnetzes, der Nahverkehr, bezahlbarer Wohnraum, ausreichende Rente, der Schutz der Natur und des Einzelhandels.²⁷ Als bloße soziale Forderungen nach Grundversorgung scheinen diese kaum noch Berechtigung zu besitzen, sondern nur, wenn sie im Namen der Heimat aufgestellt werden. Und wenn die Mieten weiter steigen und die Renten weiter sinken und der Bus immer noch nicht ins Dorf fährt, werden schnell die Leute dafür verantwortlich gemacht, die hier »fremd« sind und denen an unserer Heimat nichts liegt. Bis hinein in die Linkspartei wird ein sozialstaatlicher Konkurrenzkampf zwischen »Einheimischen« und Zugewanderten beschworen.

24 Vgl. Heitmeyer (2018). Der Begriff »autoritärer Kapitalismus« soll darauf verweisen, dass der Kapitalismus immer mehr Bereiche des Lebens in Besitz nimmt und der Kontrolle der Menschen entzieht.

25 Vgl. Adamczak (2019), Heitmeyer (2018).

26 Ramelow (2018).

27 Im Regierungsprogramm der CDU Sachsen sind all diese Politikfelder unter »Heimat in Stadt und Land« aufgeführt. Die sächsische SPD nennt ihr Programm für bessere Bildungs- und Ausbildungschancen »Heimat 4.o.«.

Heimat bietet ein Gefühl von Sicherheit, ist aber zugleich von stetiger Auflösung und Zersetzung durch das Fremde bedroht. Diese Verbindung ist mittlerweile empirisch belegt: »Heimatverbundenheit, Vorstellungen von einer exklusiven Gemeinschaft der Ansässigen und Ausgrenzung von ›Fremden‹ bilden also einen Zusammenhang«, lautet ein Fazit des Thüringen-Monitors, der im November 2018 von der Universität Jena veröffentlicht wurde.²⁸

Denn die Suche nach der verlorenen Heimat
beinhaltet stets auch die Suche nach den Schuldigen,
die einem den Eintritt ins Paradies verwehren.

Das Konzept Heimat kann keine Antworten auf gesellschaftliche Probleme bieten. Es soll die Entfremdung rückgängig machen und die Menschen mit den Verhältnissen versöhnen, jedoch ohne die materielle Basis anzutasten, die für die Entfremdung ursächlich ist. Da dieser Sehnsuchtsort, als Ort frei von Differenzen, Konflikten und Widersprüchen, notwendigerweise unerreichbar bleibt, schlummert unter der oberflächlichen Liebe zur Heimat bereits die Gewalt. Denn die Suche nach der verlorenen Heimat beinhaltet stets auch die Suche nach den Schuldigen, die einem den Eintritt ins Paradies verwehren.

Mit den wichtigen Fragen zu Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Teilhabe sowie gemeinsamen Werten und Formen des Zusammenlebens hat die Heimatdebatte wenig zu tun. Wie wir gesehen haben, geht es in ihr um die Suche nach kollektiver Identität, und diese geht immer einher mit der Bestimmung und Markierung derjenigen, die nicht dazugehören. Je tiefer dabei nach Wurzeln gegraben wird, desto größer fällt die darauf aufbauende Ausgrenzung des Anderen aus. Heimat ist, historisch wie inhaltlich, ein rechter Begriff. Die unzähligen Versuche, ihn umzudeuten, sind aufgrund seines Wesensgehaltes zum Scheitern verurteilt.

²⁸ Die Studie zeigt, dass die Zustimmung zu den verschiedenen Aspekten der »Ausländerfeindlichkeit« in Thüringen noch einmal fünf bis zehn Prozent größer ist als im ostdeutschen Durchschnitt. Zugleich gaben 96 Prozent der Befragten an, dass ihnen ihre Heimat »wichtig« oder »sehr wichtig« sei, womit die Thüringer:innen noch über dem Bundestrend liegen. Die Studie stellte einen Zusammenhang zwischen diesen Umfrageergebnissen fest, vgl. Reiser et al. (2018).

Mit den wichtigen Fragen zu Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Teilhabe sowie gemeinsamen Werten und Formen des Zusammenlebens hat die Heimatdebatte wenig zu tun

Ob Heimat oder Nation: Statt dafür zu streiten, dass die Gemeinschaftsvorstellung pluralistischer wird und Grenzen der Zugehörigkeit weiter gezogen werden, sollten wir die Konzepte an sich infrage stellen. Worüber wir reden müssen ist Gesellschaft, nicht Gemeinschaft. Wir müssen politische und soziale Probleme als solche benennen und dagegen arbeiten, dass sie als Teil der Heimatdebatte identitär aufgeladen werden. Wir müssen über Formen der Zugehörigkeit, Teilhabe und Gleichberechtigung diskutieren, die der Realität der postmigrantischen Gesellschaft entsprechen. Das bedeutet auch, über strukturellen Rassismus, soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu reden. Wir sollten Differenz und Unterschiede anerkennen und zulassen, anstatt zu versuchen, sie im nationalen oder heimatlichen *Wir* einzu-ebnen. Und nicht zuletzt sollten wir die Frage der Zugehörigkeit entkoppeln von Heimat, Nation und Identität und sie verbinden mit der Frage der Solidarität. »De-Heimatize Belonging« forderte in diesem Sinne die Politologin Bilgin Ayata, um »über Zugehörigkeit und Gesellschaft jenseits verkürzter Heimatrhetoriken neu nachzudenken«.²⁹

LITERATUR

- Adamczak, Bini (2019):** Zur Zukunft der Welt. Die Versprechen der Gegenwart, 24.01.2019, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zur-zukunft-der-welt-die-versprechen-der-gegenwart-16003603.html>, 22.11.2019.
- AfD Sachsen (2019):** Trau dich Sachsen. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl Sachsen 2019.
- AfD Sachsen (2020):** <https://www.afdsachsen.de>, 20.08.2020.
- Applegate, Cecilia (1990):** A nation of provincials. The German Idea of Heimat. Berkeley/Los Angeles/Oxford.
- Ataman, Ferda (2018):** Deutschland, Heimat der Weltoffenheit, 12.06.2018, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/deutschland-heimat-der-weltoffenheit-8409>, 23.02.2020.

29 Ayata (2019).

- Ayata, Bilgin (2019):** Der Siegeszug des Heimatbegriffs gefährdet die europäische Demokratie, 25.10.2019, <https://www.tagesspiegel.de/kultur/geht-es-um-grundwerte-oder-rassismus-der-siegeszug-des-heimatbegriffs-gefaehrdet-die-europaeische-demokratie/25152490.html>, 23.02.2020.
- Aydemir, Fatma/Yaghoobifarah, Hengameh (Hg.) (2019):** Eure Heimat ist unser Alptraum. Berlin.
- Bauman, Zygmunt (1995):** Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Frankfurt a. M.
- Blickle, Peter (2002):** A Critical Theory of the German Idea of Homeland. Rochester.
- Bütfering, Elisabeth (1990):** Frauenheimat Männerwelt. Die Heimatlosigkeit ist weiblich. In: Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven. Schriftenreihe 294/1, hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 416–436.
- CDU Sachsen (2018):** Einblick. Magazin der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages, Ausgabe 6, April 2018.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2018):** Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018):** Autoritäre Versuchungen. Berlin.
- Lagodinsky, Sergey (2018):** Unsere geistige Heimat: ein Kommentar, 20.02.2018, <https://heimatkunde.boell.de/de/2018/02/20/unsere-geistige-heimat-ein-kommentar>, 18.08.2020.
- Ramelow, Bodo (2018):** »Die lasse ich mir von keinem Nazi wegnehmen.«, 10.03.2018, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_83367050/bodo-ramelow-laesst-sich-die-heimat-von-keinem-nazi-wegnehmen-.html, 18.08.2020.
- Reiser, Marion/Best, Heinrich/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2018):** Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018, https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thuringenmonitor/thuringen-monitor_2018_zusammenfassung.pdf, 20.08.2020.
- Salzborn, Samuel (2018):** Heidegger für Halbgebildete. Identitäre Heimatideologie zwischen Fiktion und Propaganda. In: Wissen schafft Demokratie, 3, hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, S. 158–167.
- Staud, Toralf (2015):** Grüne Braune, 10.09.2015, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/211922/gruene-braune>, 17.08.2020.
- Steinmeier, Frank-Walter (2017):** Rede zum Festakt zum Tag der Deutschen Einheit, 03.10.2017, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/10/171003-TdDE-Rede-Mainz.html?nn=9042446>, 17.08.2020.
- Weiß, Volker (2017):** Die autoritäre Revolte. Stuttgart.
- Wildt, Michael (2017):** Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Bonn.

AUTORITÄRE PRÄVENTION. ABGRÜNDE VORHERSAGENDER POLIZEIARBEIT

In einer blockierten Gesellschaft, in der alle schuldig sind,
besteht das einzige Verbrechen darin, sich erwischen zu lassen.

Hunter S. Thompson (Fear and Loathing in Las Vegas)

Ein sorgenvoller Blick in die Zukunft ist weder neu noch pauschal falsch. Wer heute vorsorgt, ist morgen besser aufgestellt. Im Modus der Prävention hatte sich schon mit der Aufklärung ein Blick nach vorn etabliert, der unter anderem über Hygiene das Leben verbessern und verlängern wollte.¹ Länger schon werden Abgründe oder Untiefen präventiver Praxis diskutiert, vor allem wenn sie staatlich organisiert und vorgeschrieben sind. Im besten Fall jedoch ist Prävention eine gute Sache. Das gilt meist dann, wenn sie eine Praxis, eine Verhaltensweise nahelegt, statt unvermittelt Vorschriften zu machen.

Während also nicht jeder Versuch, die Zukunft vorherzusagen und sich möglicherweise auf Kommendes einzustellen, politisch problematisch sein oder gar scheitern muss, haben wir es dieser Tage mit einer etwas anderen, überdrehten und eskalierenden Idee von Prävention zu tun: Seit die Informationstheorie und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft, heute zumeist als Digitalisierung verschlagwortet, den Zeitgeist prägen, ist Prävention weniger eine vorausschauende Haltung, die Kommendes bedenken und in der Gegenwart agieren will. Wir haben es heute vielmehr mit einer vielfältigen Praxis der Berechnung zu tun. Maschinen sollen es also richten. Ihnen eilt der Ruf voraus, nicht nur zu erraten oder zu spekulieren, was kommen wird, sondern amtlich, sachlich und unbestechlich die Zukunft ziemlich exakt vorherzusagen.

Solche technisch modellierten Vorhersagen kommen im Krankheitsfall – also wenn es um Diagnosen, Heilungsperspektiven und folglich um Behandlungspläne geht – genauso zum Einsatz wie bei rechtlichen Fragen, etwa bei der vorzeitigen Haftent-

¹ Siehe zu diesem Thema vor allem Leanza (2017) und Sarasin (2001), wenn es um Biopolitik geht.

lassung und jeweiligen Rückfallrisiken.² Aktienkurse werden mit den entsprechenden Techniken modelliert oder Klimamodelle erstellt. Wann immer die Außenwelt Gegenstand ist, sind solche Praktiken eher nützlich und politisch tendenziell harmlos. Es spricht nicht viel dagegen, mit Big Data und der Hilfe von Maschinen die klimatischen Veränderungen einzuschätzen. Der Skandal in diesem Feld ist offenkundig, dass die Ergebnisse immerzu einer zur Religion umdefinierten Wirtschaft untergeordnet werden. Wenn allerdings das Verhalten von Menschen und sozialen Gruppen berechnet werden soll, ist Gefahr im Verzug. Ein Beispiel für die ausufernden, aber rechtlich und politisch abgründigen Praktiken der Berechnung liefert die vorhersagende Polizeiarbeit.

Predictive Policing, so der englische Name, versucht, auf der Grundlage von großen Datenmengen die Orte zu errechnen, an denen kriminelle Handlungen stattfinden werden. Mit diesem »Wissen« sollen Polizeieinheiten ausgestattet werden, die dann das anstehende Verbrechen unterbinden, bevor es stattfindet. Dafür werden häufig sogenannte Hotspots definiert, also vor allem urbane Räume, in denen die Wahrscheinlichkeit besonders hoch ist, dass etwas passiert. Das Ziel solcher Praktiken ist es selbstredend, mit Berechnungen Kriminalität restlos zu tilgen.

Wer Verbrechen immer schon verhindert haben will,
bevor sie passieren, muss flächendeckend operieren
und noch im letzten Winkel
seiner Autorität Ausdruck verleihen.

Zwei zentrale Einwände gegen die vorhersagende Polizeiarbeit werden in diesem Beitrag zur Debatte stehen. Erstens geht der vermeintlich exakten Berechnung von Hotspots und kriminellen Aktivitäten die falsche Annahme voraus, die Datensätze seien vollständig und wertfrei. Nur dann wäre es statthaft und plausibel, die Berechnungen zur Grundlage zu machen. Tatsächlich allerdings verfehlen polizeiliche Datensätze beide Eigenschaften um Längen. Zudem provozieren die Vorhersagen und die nachfolgenden polizeilichen Praktiken eine Art Bestätigungsfehler und generieren anschließend verzerrte Datensätze, die allerdings für objektiv gehalten werden und ihrerseits das System beeinflussen. Zweitens: Die Exekutive maßt sich

2 Das ist vor allem in den USA der Fall, vgl. Fry (2019).

an, potentielle Gefahren schon zu beseitigen, bevor sie zu irgendeiner Form von Kriminalität, bevor sie Tatsache werden können. Das unterläuft rechtsstaatliche Prinzipien und drängt systematisch, also jenseits politischer Absichten, ins Autoritäre: Wer Verbrechen immer schon verhindert haben will, bevor sie passieren, muss flächendeckend operieren und noch im letzten Winkel seiner Autorität Ausdruck verleihen. Das von Maschinen errechnete und polizeilich übersetzte Futur II (»eine Straftat wird verhindert worden sein«) führt unmittelbar ins Reich systemzeitlicher Loops und damit zu totaler Kontrolle. Es trocknet liberale wie rechtsstaatliche Prinzipien aus.

DIE MATHEMATIK DES VERBRECHENS

Wenn es möglich sein soll, Gesundheitsperspektiven oder Aktien- und Währungskurse zu berechnen, dann dürfte die Vorhersage von Verbrechen und deren Verhinderung ein Kinderspiel sein. Polizeibehörden weltweit versuchen sich daran, oft im Verbund mit IT-Firmen.³ Der Mechanismus ist simpel: Daten werden gesammelt, statistisch ausgewertet und auf die Zukunft als Wahrscheinlichkeit hochgerechnet. Allerdings ist der Gedanke, Kriminalität ganz allgemein und prinzipiell auszutrocknen, bereits deutlich älter. Schon im 19. Jahrhundert wurden Perspektiven entwickelt, die heute als Sozialphysik bezeichnet werden; etwa jene, dass Kriminalität physiologisch bedingt und markiert, also im Gesicht abzulesen sei (Cesare Lombroso). Die neuerlichen Versuche, Verbrechen vorherzusagen und damit perspektivisch auf null zu reduzieren, tragen ähnliche Züge: Sie ignorieren, dass handelnde Subjekte mit Eigensinn agieren, dass Kriminalität ein Konstrukt und damit politisch umkämpft und – zugespitzt formuliert – Definitionssache ist, und schließlich, dass daraus resultierend »kriminell eingeordnete Handlungen [...] als Mittel einer sozial selektiven Ordnung von Gesellschaft fungieren«.⁴ Anders formuliert: Was als kriminell gilt, ist nicht gegeben, sondern wird von der Gesellschaft geformt und ist ziemlich flexibel (man denke an Verkehrsminister Andreas Scheuer oder CumEx-Geschäfte). Was damals krachend fehlschlug, soll diesmal klappen, mithilfe von Big Data und der Unbestechlichkeit von Informationen. Die »vermeintlich neutrale Mathematik« soll es richten.⁵

3 Zur Situation in Deutschland Heitmüller (2017).

4 Belina (2016): 86.

5 Ebd.: 96.

Den Anwält:innen der vorhersagenden Polizeiarbeit, jedenfalls den seriösen, ist durchaus bewusst, dass die Popkultur das Thema unter anderem mit dem Film *Minority Report* (2002) bereits kritisch eingepreist hatte. Regisseur Steven Spielberg hatte damals die autoritären Anwendungen dieser Praxis und ihre systematische Unausweichlichkeit in futuristische Bilder gekleidet. Der Protagonist muss einiges in Bewegung setzen, um seine Handlungsfähigkeit, also seine Entscheidungsfreiheit, unter Beweis zu stellen, um zu zeigen, dass die Vorhersage nicht unbedingt und unter allen Umständen der kommenden Realität entsprechen muss. Der Film wecke allerdings falsche Befürchtungen. »This is not *Minority Report*«, heißt es vorsorglich in einem entsprechenden US-amerikanischen Bericht zum *Predictive Policing*.⁶ Es handle sich vielmehr um statistische Berechnungen, die Annäherungen erlauben, aber keine Sicherheit versprechen.⁷ Die Polizei schaue nicht in die »sprichwörtliche Glaskugel«, heißt es im Text.⁸

Allerdings, und genau deshalb ist der Vergleich zum Film letztlich nicht ganz absurd, tilgt diese Art der wahrscheinlichen Vorhersage die Kontingenz, also die Unbestimmtheit der Zukunft; sie versucht es jedenfalls. Gleichzeitig kassiert sie dem Prinzip nach die Handlungsfähigkeit des Subjekts. Das Problem liegt darin, dass im Moment polizeilicher Aktivität auf Grundlage einer Voraussage die Kalkulation, also die Wahrscheinlichkeit, in den Rang der Wirklichkeit gehoben wird. Wenn Polizeikräfte ausrücken, um einen »Hotspot« zu sichern, bevor ein Verbrechen begangen wurde, werden sie – und mit ihnen die Theorie dahinter – in jedem Fall bestätigt: Wird ein:e Übeltäter:in überführt, stimmte offenbar die Kalkulation. Wenn nichts passiert, hat die Präsenz der Polizei das Verbrechen verhindert, bevor es stattfinden konnte. Auch im Hinblick auf Kriminalität lassen sich nicht zwei Weltläufe betrachten, einer mit und einer ohne Verbrechen an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit. Praktisch wird also das Verhältnis von berechenbarem Risiko und unberechenbarer Unsicherheit in eine Richtung aufgelöst.⁹ Die exakte Taxierung des Risikos tilgt die Unsicherheit.

6 Perry et al. (2013): 8.

7 Zu Details und unterschiedlichen Varianten von *Predictive Policing* siehe Belina (2016).

8 Gluba (2014): 2.

9 Das macht auch die Evaluation solcher Maßnahmen schwierig. Hier ein bisweilen amüsanter Auszug aus einer solchen Auswertung: »Der wichtigste Schluss ist, dass kriminalitätsmindernde Effekte von *Predictive Policing* im Pilotprojekt P4 wahrscheinlich nur in einem moderaten Bereich liegen und allein durch dieses Instrument die Fallzahlen nicht deutlich reduziert werden können. Zwar nahm in manchen Teilen des Pilotgebiets (z. B. in Stuttgart) die Zahl der Wohnungseinbrüche ab, in anderen Gebieten gab es aber auch Zunahmen (z. B. in der Stadt Karlsruhe), und die Wirkungen überstiegen einen moderaten Bereich nicht. Aus Modellrechnungen ergibt sich beispielsweise, dass im Polizeipräsidium Karlsruhe die Anzahl der Near-Repeat-Folgedelikte durch die Steigerung der Polizeidichte tendenziell vermindert werden konnte, jedoch sind mit einer Steigerung der Polizeidichte um 100 gegenüber dem Basiswert im Alarmgebiet nur durchschnittlich 0,24 prognosebezogene Folgedelikte weniger zu erwarten« (Gerstner (2017): 2).

Es lässt sich nicht belegen, dass jemand etwas
getan haben wird, genauso wie man das
Fußballergebnis von gestern nicht mehr vorhersagen kann.

»Es wird betont, dass Predictive Policing nichts mit einem Blick in die Kristallkugel zu tun habe«, schreibt auch Alexander Gluba vom Landeskriminalamt Niedersachsen. Noch im selben Satz allerdings hebt er die sachliche Einschränkung unabsichtlich auf: »[V]ielmehr gehe es um Wahrscheinlichkeiten, mit denen Entwicklungen der Zukunft belegt werden können.«¹⁰ Perfektes Beispiel für etwas, das sich als zirkuläre Systemzeit beschreiben ließe: Mit Wahrscheinlichkeiten werden Entwicklungen in der Zukunft nachgewiesen. Schon begrifflich ist diese Angelegenheit absurd. Belegen oder nachweisen ist üblicherweise auf etwas Vergangenes ausgerichtet. Es lässt sich nicht belegen, dass jemand etwas getan haben wird, genauso wie man das Fußballergebnis von gestern nicht mehr vorhersagen kann.¹¹ Gegenwart und Zukunft sind in einem Spiel von Berechnungen verbunden. Die statistisch errechnete Zukunft als Überblendung von wahrscheinlich und wirklich – also von dem, was sein könnte und dem, was gewesen sein wird – leitet polizeiliches Handeln, das schließlich als Idealtyp einer selbsterfüllenden Prophezeiung das Wahrscheinliche immer bestätigen wird. Wenn die Annahme eines fiktionalen Verbrechens zu dessen Verhinderung führt, stimmen die Ergebnisse der Berechnung auf jeden Fall. Ein Zirkelschluss, den Gluba mit der Verbindung von Vorhersage und Beleg unabsichtlich auf den Punkt formuliert. Es hilft also nicht, die Distanz zwischen filmischer Fiktion und bürokratischer Realität zu betonen. Schon klar, dass die Dinge unterschiedlich laufen und dass Polizeibeamte nicht wie in Spielbergs Werk präzise wissen, was wann passieren wird. Die Zeitschleife und der im Film sauber vorgeführte Bestätigungsfehler rücken Filmfiktion und Wirklichkeit dennoch dicht zusammen.

Diese polizeiliche Aufhebung der Zukunft hat noch einen weiteren, eigentlich gut sichtbaren Haken. Die zu einem bestimmten Zeitpunkt verrechneten Daten müssten, wenn die Prognose tatsächlich sachlich sein soll, umfänglich und objektiv sein. Mit Big Data scheint die erste Forderung erfüllt, obwohl auch das ein Irrglaube ist. Am Begriff hängt das falsche »Versprechen der Allwissenheit«.¹² Die Objektivität der Daten ist zudem höchst Streitbar. Was passiert, wenn etwa auf Vorurteilen basie-

¹⁰ Gluba (2014): 7, H. d. A.

¹¹ Ähnlich wie Gluba argumentieren Brayne et al. (2015).

¹² Vgl. Geiselberger/Moorstedt (2013).

rende Daten in die Zukunft lenken? Oder andersherum: Wer glaubt wirklich, dass polizeiliche Statistiken und andere Daten vorurteilsfrei sind? Ein Beispiel: In den »25 größten Bezirken Kaliforniens werden Schwarze öfter wegen Marihuanakonsums inhaftiert als Weiße«, schreibt die American Civil Liberties Union. »Typischerweise doppelt, drei oder sogar vier Mal so häufig wie Weiße.« Studien der US-Regierung zeigen jedoch übereinstimmend, »dass schwarze Jugendliche seltener Marihuana

Was passiert, wenn etwa auf Vorurteilen basierende Daten in die Zukunft lenken? Oder andersherum: Wer glaubt wirklich, dass polizeiliche Statistiken und andere Daten vorurteilsfrei sind?

48 konsumieren als weiße Jugendliche«. ¹³ Das ist sicher kein Einzelfall, ¹⁴ und es geht nicht ausschließlich um rassistische Vorurteile. In sogenannten Problemvierteln ist die Polizei üblicherweise mehr unterwegs und erfasst daher mehr Straftaten als anderswo. »Durch ihre eigene [...] Kontroll- und Anzeigenaufnahmep Praxis produziert und reproduziert die Polizei also »Kriminalitätsschwerpunkte« und Hotspots.« ¹⁵ Das Problem liegt vielmehr in der Systematik selbst, wenn spekulative Berechnungen den Status von Wirklichkeit erhalten. Wenn also Polizeistatistiken zu »Fiktionen der wahrscheinlichen Realität« werden und Polizeiarbeit steuern, ¹⁶ verfängt sich der ganze Apparat in einer »Rückkopplungsschleife der Ungerechtigkeit«. ¹⁷ Eine »Diskriminierung durch Code« ist durchaus Praxis bei Behörden. ¹⁸ Und weil verschärfend hinzukommt, dass die Black Boxes eben black sind, schlussfolgert das sicher nicht technikfeindliche AI Now Institute, dass weder in Bildung noch bei Gesundheit oder Recht diese Apparaturen zum Einsatz kommen sollten, und schon gar nicht dürfen ihre Ergebnisse handlungsleitend sein. ¹⁹

Genauer besehen handelt es sich also um verschiedene Versionen von Kristallkugeln, die Vorhersagen treffen und Hotspots festlegen. Der entscheidende Punkt

13 Zitiert nach Biselli (2014).

14 Siehe u. a. Lum/William (2016).

15 Belina (2009): 199.

16 Esposito (2014).

17 American Civil Liberties Union, zitiert nach Biselli (2014).

18 Daum (2018): 70.

19 AI Now Institut (2017). Die Abkürzung AI steht für artificial intelligence, im Deutschen künstliche Intelligenz (KI).

ist, dass vermeintlich objektive Informationen verarbeitet werden, die von Menschen so nicht deutbar sind. Die Dinge funktionieren möglicherweise besser, weil Menschen »Bedeutungsstrukturen« (»meaningfull patterns«) überbetonen, heißt es in einer Studie zum Thema.²⁰ Will heißen: Massenhaft abstrakte, für Menschen so nicht lesbare Daten werden von Algorithmen ausgewertet, die sich zudem selbst verändern, also gewissermaßen lernen. Keine Kugel, kein Kristall, dafür ein Kasten, dessen wahrsagende Kräfte auch das Militär nutzt oder nutzen wird, etwa um »»potenzielle Krisen« bis zu 18 Monate im Voraus [zu] erkennen«.²¹

DIE BLACK BOX AUFSCHRAUBEN

Ein paar Bemerkungen zur Black Box seien hier noch eingestreut. Den Akteur:innen im Bereich der künstlichen Intelligenz sind zwei Dinge mitunter klar: Sie wissen, dass die Apparaturen nicht unbedingt denken, sondern Korrelationen errechnen und nach intensivem Training die eigenen Variablen anpassen. Die Differenz zwischen menschlicher Deutungskompetenz, die aus wenigen, aber aussagekräftigen Elementen Kontexte ableiten kann, und maschineller Berechnung, die – genau umgekehrt – in riesigen Datenmengen bisweilen Spannendes findet, ist ungeheuer groß. »Von der Erfassung des Kontextes [...] ist die derzeitige AI aber noch meilenweit entfernt«, schreibt Andreas Holzinger.²² Genauso wichtig sei es, die Abläufe in den Black Boxes in eine für Menschen verständliche »Wissensrepräsentation« zu überführen, also beinahe buchstäblich Licht ins Dunkel zu bringen. »Explainable Artificial Intelligence« (XAI) heißt diese viel diskutierte Praxis, die sicher auch den Polizeibehörden guttun würde. Holzinger beschreibt mehrere Wege, wie dies gelingen kann; von Transparenzherstellung, bevor die Berechnungen beginnen, zu Prozessen, die rückwärts gewissermaßen, die Parameter und Gewichtungen Schicht für Schicht sichtbar machen sollen. Auf diesem Feld ist viel in Bewegung.

Besonders interessant ist allerdings, warum eine für Menschen verständliche Darstellung der Arbeitsweise von Algorithmen wichtig ist. Holzinger nennt zwei Dinge. Zum einen geht es ihm um Vertrauen; also darum, dass Menschen, die beispielsweise einen maschinell erstellten Behandlungsplan erhalten, eine plausible und für sie nachvollziehbare Einsicht in die Gründe der Berechnung erlangen. Das ist logisch. Zum anderen jedoch geht es darum, dass die Expert:innen selbst, die mit entsprechenden Tools arbeiten, nicht nur die »Wahrscheinlichkeit« kennen, mit

20 Brayne et al. (2015): 4.

21 Monroy (2018). Kritisch dazu Morozov (2013): 181ff.

22 Holzinger (2018): 139.

der ein »Patient eine bestimmte genetische Erkrankung hat, sondern anhand welcher Merkmale die Entscheidung getroffen wurde.«²³ Das ist gleich doppelt interessant: Eine Erkrankung ist auch ohne Symptome Tatsache, nur aufgrund von statistischen Berechnungen; Kriminalität gibt es, auch wenn nichts Benennbares vorgefallen ist. Das verschiebt sowohl den Krankheits- wie den Kriminalitätsbegriff und macht sie zum Teil eines Spiels von Risikokalkulationen, also von mathematisch bestimmten Zukünften.²⁴ Zudem bedeutet es, dass auch die Expert:innen nicht oder nur bedingt wissen, was die Merkmale der Berechnung sind, wie also die Ergebnisse zustande kommen. Das ist in gewisser Weise zwangsläufig, weil die Masse und die Verknüpfung der Daten dem menschlichen Verstand nicht zugänglich sind. Wären sie es, bräuchte es die Maschinen nicht. Erstaunlich ist es dennoch, weil diesen Ergebnissen mitunter so viel Gewicht und Wahrheitsgehalt beigemessen wird, obwohl es ohne XAI keine menschlich nachvollziehbare Überprüfung geben kann.

Holzinger landet daher auch beim Argument, dass Sinn, Zweck und Potential selbstlernender Algorithmen erst dann wirklich erschlossen werden können, wenn die Kopplung von menschlicher Intelligenz und Maschinen via XAI möglich wird.²⁵ Streng formuliert dürften jedoch die Berechnungsergebnisse der Black Boxes nie mehr als ein vager Hinweis oder eine Art Anfangsverdacht sein. Die öffentliche Wahrnehmung und bisweilen auch die Praxis sieht anders aus. »Vom Gesundheits- bis zum Rechtssystem: Künstliche Intelligenz unterstützt zunehmend menschliche Entscheidungen von hoher Tragweite.«²⁶ Die Informatik ist also noch damit beschäftigt, »to overcome the opaqueness of black boxes«.²⁷ Die Dinge sind, diesem Bericht zufolge, noch nicht so weit wie gewünscht. Vor allem wenn die Adressat:innen keine Expertise haben, sei noch viel zu tun: »While providing explanations to non-expert users has been outlined as a necessity, only a few works addressed the issues of personalization and context-awareness.«²⁸ Die »Automaten brauchen Aufsicht«,²⁹ während ihre Ergebnisse schon die Wirklichkeit formen und – vor allem in den USA – die Gefängnisse füllen. In den Forschungsbeiträgen wird die Notwendigkeit von Erklärungen betont, die für normale Menschen verständlich sind. Viel weniger geht es aber darum, ob und wenn ja mit welchen Folgen eine menschliche Einschätzung die Arbeit der Black Boxes eventuell korrigieren oder zumindest kritisch prüfen müsste. Anders formuliert: Der Vertrauensaspekt steht im Vordergrund, während die Frage nach dem Status der Ergebnisse weniger Beachtung findet.³⁰

23 Ebd.: 40.

24 Vgl. O'Malley (1992).

25 Holzinger (2018): 143. Ähnlich argumentiert Voosen (2017).

26 Wang et al. (2019): 1 (Übersetzung Robert Feustel).

27 Anjomshoae et al. (2019): 1078.

28 Ebd.

29 Beuth (2017).

30 Vgl. Wang et al. (2019)

TENDENZ: AUTORITÄR

Die Konsequenzen eines solchen zirkulären Denkens, das Wahrscheinlichkeit und Wirklichkeit kaum mehr unterscheiden kann, sind so verheerend wie allgegenwärtig. Eine Boulevardzeitung titelte im Dezember 2017: »Die Linken beschließen: Terroristen dürfen bleiben!«³¹ Sachlich ging es um den Beschluss der Partei Die Linke, sogenannte »Gefährder:innen« nicht pauschal abzuschieben. Den Unterschied zwischen einer präventionslogischen und praktisch recht beliebig vergebenen Bezeichnung wie »Gefährder:innen« (es obliegt der Polizei allein, Menschen in diese Kategorie zu sortieren, eine Prüfung findet nicht statt) und tatsächlichen Terrorist:innen kassiert die Zeitung beiläufig. Es ist also unerheblich, ob jemand etwas getan hat oder etwas tun könnte. Der Titel ist von xenophoben Vorurteilen getragen, bestätigt aber zugleich die Logik präventiver Fiktionalisierung bzw. der Übersetzung einer Risikobewertung in einen vermeintlichen Tatbestand im Jetzt. Wer im Moment die Zukunft »belegen« kann, muss zwischen Gefahr und Tat nicht mehr unterscheiden.³²

Wer im Moment die Zukunft »belegen« kann,
muss zwischen Gefahr und Tat
nicht mehr unterscheiden.

»Der Kreis zwischen Vorhersage [...] und möglicher Kontrolle beginnt sich zu schließen.«³³ Was für sogenannte Gefährder:innen gilt, hat Konsequenzen für alle, auch wenn diese noch nicht überall und für alle sichtbar werden: Der »Mensch, der überwacht wird, wird zum Verbrecher auf Abruf«, weil er »grundsätzlich verdächtig ist.«³⁴ Was Pat O'Malley bereits 1992 kritisch diskutiert und als neokonservative Regierungstechnik mithilfe von Risikobewertungen umschrieben hat,³⁵ kommt mit leistungsfähigen Rechenmaschinen gewissermaßen zu sich selbst. Wenn Prävention nicht mehr antizipiert, sondern sicher zu wissen glaubt, kippt sie ins Autoritäre.

31 Tag24 (2017).

32 Auch das Justizwesen ist von Algorithmen beseelt und lässt verschiedene Dinge, vor allem das Strafmaß, berechnen. Die Abgründe sind derweil die gleichen, siehe dazu Daum (2018): 67ff. und Fry (2019).

33 Nowotny (1993): 66f.

34 Daum (2018): 79.

35 O'Malley (1992, 2000, 2004).

Gleichzeitig, so scheint es, steigen die Erwartungen. Wer sich solcher Techniken bedienen kann, muss doch, so die sicherlich unlautere Paraphrase eines Zeitgeists, in der Lage sein, Kriminalität endlich restlos zu verhindern. Aus der anderen Richtung beschaut und als Frage formuliert: Wie kann es sein, dass in einer Gesellschaft, die so sicher ist wie vor ihr noch keine, das Geschrei immer lauter wird? Kaum eine Woche vergeht, ohne dass ein Innenminister, eine Polizeipräsidentin, irgendwer von den Polizeigewerkschaften oder ein anderer reaktionärer Querkopf mit einem Superlativ glänzt. Die Ausschreitungen in Stuttgart im Sommer 2020 wurden zum »Zivilisationsbruch« oder zur »Bundeskristallnacht« umgedeutet; als es auf dem Frankfurter Opernplatz zu ähnlichen Szenen kam, war einmal mehr von einer »neuen Qualität« die Rede. Die Fälle sind beliebig, die Rhetorik des permanenten Superlativs bemächtigt sich fast aller Ereignisse. Für diesen irren Zauber der spektakulären Übertreibung gibt es sicher viele Gründe.³⁶ Einer davon könnte sein, dass die gefühlte Allmacht, die mit vermeintlich exakten Berechnungen einhergehen kann, jede Form von praktischer Kriminalität umso schlimmer aussehen lässt. Wer mithilfe der Black Boxes glaubt, das Verbrechen zumindest perspektivisch restlos unter Kontrolle zu bringen, provoziert verschobene Ansprüche. Gleichzeitig bereitet dieses Denken dem Autoritären den Weg, weil die totale Kontrolle zum sachlichen und legitimen Mittel mutiert. Vorhersagende Polizeiarbeit führt also geradewegs in eine »blockierte« Gesellschaft, in der alle potentiell schuldig sind. Dann »besteht das einzige Verbrechen darin, sich erwischen zu lassen.«

LITERATUR

AI Now Institute (2017): The 10 Top Recommendations for the AI Field in 2017, 18.10.2017, <https://medium.com/@AINowInstitute/the-10-top-recommendations-for-the-ai-field-in-2017-b3253624a7>, 06.08.2020.

Anjomshoae, Sule/Calvaresi, Davide/Najjar, Amro/Främling, Kary (2019): Explainable Agents and Robots: Results from a Systematic Literature Review. In: Proc. of the 18th International Conference on Autonomous Agents and Multiagent Systems (AAMAS 2019), hg. v. N. Agmon/M. E. Taylor/E. Elkind/M. Veloso, International Foundation for Autonomous Agents and Multiagent Systems, S. 1078–1088.

Belina, Bernd (2009): Kriminalitätskartierung – Produkt und Mittel neoliberalen Regierens. In: Geographische Zeitschrift, 97, S. 192–212.

Belina, Bernd (2016): Predictive Policing. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 99 (2), S. 85–100.

³⁶ Etwa die Superlativgesellschaft, vgl. Feustel (2020).

- Beuth, Patrick (2017):** Die Automaten brauchen Aufsicht, 25.10.2017, <https://www.zeit.de/digital/internet/2017-10/kuenstliche-intelligenz-deepmind-back-box-regulierung>, 06.08.2020.
- Biselli, Anna (2014):** How-To Analyze Everyone – Teil IX: Predictive Policing oder wenn Vorurteile Algorithmen füttern, 29.07.2014, <https://netzpolitik.org/2014/how-to-analyze-everyone-teil-ix-predictive-policing-oder-wenn-vorurteile-algorithmen-fuettern>, 06.08.2020.
- Brayne, Sarah/Rosenblat, Alex/Boyd, Danah (2015):** Predictive Policing. In: Data & Civil Rights conference: A New Era of Policing and Justice, datacivilrights.org/pubs/2015-1027/Predictive_Policing.pdf, 06.08.2020.
- Daum, Timo (2018):** Die künstliche Intelligenz des Kapitals. Hamburg.
- Esposito, Elena (2014):** Die Fiktion der wahrscheinlichen Realität. Berlin.
- Feustel, Robert (2020):** Zeitalter der Desinformation: Auf dem Boden der Realität, 03.07.2020, <https://taz.de/Zeitalter-der-Desinformation/!5693636>, 06.08.2020.
- Fry, Hanna (2019):** Hello World. Was Algorithmen können und wie sie unser Leben verändern. München.
- Geiselberger, Heinrich/Moorstedt, Tobias (Hg.) (2013):** Big Data: Das neue Versprechen der Allwissenheit. Berlin.
- Gerstner, Dominik (2017):** Predictive Policing als Instrument zur Prävention von Wohnungseinbruchdiebstahl. Evaluationsergebnisse zum Baden-Württembergischen Pilotprojekt P4. Freiburg im Breisgau.
- Gluba, Alexander (2014):** Predictive Policing – eine Bestandsaufnahme. Historie, theoretische Grundlagen, Anwendungsgebiete und Wirkung. LKA Niedersachsen, https://netzpolitik.org/wp-upload/LKA_NRW_Predictive_Policing.pdf, 06.08.2020.
- Heitmüller, Ulrike (2017):** Predictive Policing: Die deutsche Polizei zwischen Cyber-CSI und Minority Report, 17.04.2017, <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Predictive-Policing-Die-deutsche-Polizei-zwischen-Cyber-CSI-und-Minority-Report-3685873.html>, 06.08.2020.
- Holzinger, Andreas (2018):** Explainable AI (ex-AI). In: Informatik-Spektrum, 41 (2), S. 138–143.
- Leanza, Matthias (2017):** Die Zeit der Prävention. Eine Genealogie. Weilerswist.
- Lum, Kristian/William, Isaac (2016):** To predict and serve? In: Significance, 13 (5), S. 14–19.
- Monroy, Matthias (2018):** Blick in die Glaskugel: Bundeswehr will politische Ereignisse vorhersehen, 07.06.2018, <https://netzpolitik.org/2018/blick-in-die-glaskugel-bundeswehr-will-politische-ereignisse-vorhersehen>, 06.08.2020.
- Morozov, Evgeny (2013):** To Save Everything, Click Here. Technology, Solutionism and the Urge to Fix Problems That Don't Exist. London.
- Nowotny, Helga (1993):** Eigenzeit. Entstehung und Strukturierung eines Zeitgefühls. Frankfurt a. M.

- O'Malley, Pat (1992):** Risk, power and crime prevention. In: *Economy and Society*, 21 (3), S. 252–275.
- O'Malley, Pat (2000):** Uncertain subjects: risks, liberalism and contract. In: *Economy and Society*, 29 (4), S.460–484.
- O'Malley, Pat (2004):** *Risk, Uncertainty and Government*. London.
- Perry, Walter L./McInnis, Brian/Price, Carter C./Smith, Susan C./Hollywood, John S. (2013):** *Predictive Policing. The Role of Crime Forecasting in Law Enforcement Operations*. Santa Monica.
- Sarasin, Philipp (2001):** *Reizbare Maschinen. Eine Geschichte des Körpers 1765–1914*. Frankfurt a. M.
- Tag24 (2017):** Die Linken beschließen: Terroristen dürfen bleiben!, 07.12.2017, <https://www.tag24.de/nachrichten/beschluss-die-linke-berlin-gegen-abschiebung-terroristen-bekaempfung-praevention-haltung-politik-zuendstoff-393807>, 06.08.2020.
- Voosen, Paul (2017):** How AI detectives are cracking open the black box of deep learning, 09.07.2017, <https://www.sciencemag.org/news/2017/07/how-ai-detectives-are-cracking-open-black-box-deep-learning>, 06.08.2020.
- Wang, Danding/Yang, Qian/Abdul, Ashraf/Lim, Brian Y. (2019):** Designing Theory-Driven User-Centric Explainable AI. In: *CHI*, May 4–9, S. 1–15.

»ICH WÜNSCHE MIR, DASS UNS DIE ZIVILGESELLSCHAFT NICHT ALS INTEGRATIONS-PROJEKT VERSTEHT, SONDERN ERKENNT, DASS WIR SELBST TEIL DIESER GESELLSCHAFT SIND«

Der autoritäre Sog beeinflusst auch die Arbeit marginalisierter Gruppen wie Migrant:innen. Welches Engagement setzen Migrant:innen dem entgegen?

IM INTERVIEW VON JOHANNES RICHTER MIT HAMIDA TAAMIRI, KOORDINATORIN VON KOMMIT IN BAUTZEN, werden diese Fragen diskutiert.

Johannes Richter: Der Landkreis und die Stadt Bautzen machen bundesweit immer wieder Schlagzeilen mit neonazistischen sowie rechten oder verschwörungs-ideologischen Vorfällen, Übergriffen und einer scheinbar sehr rechten Stimmung in der Region. Neben einer starken rechten Szene fällt aber auch die Verwaltung oft mit einer sehr autoritären Politik gegenüber Geflüchteten und Migrant:innen auf. Der Sächsische Flüchtlingsrat berichtet immer wieder von einer autoritären Rechtsauslegung und kritisiert Maßnahmen der Behörden scharf. Wie nimmst du die Stimmung in der Region wahr und wie bewertest du das Vorgehen der Behörden?

Hamida Taamiri: Ich denke, die Stimmung in der Gesellschaft ist gespalten. Auf der einen Seite gibt es Menschen, die sind hilfsbereit, freundlich und neugierig. Viele sind desinteressiert. Und es gibt Menschen, die beleidigen uns mit Blicken und Worten und diskriminieren uns rassistisch. Bei den Behörden gibt es natürlich Regeln und Verordnungen. Diese Bürokratie ist schwierig für uns. Wir wissen, dass es Regeln geben muss, aber der Ton macht die Musik. Daran halten sich leider nicht alle Mitarbeiter:innen in der Verwaltung.

Die Verwaltung ist ein Spiegel dieser Gesellschaft. Manchmal höflich und hilfsbereit, oft auch streng, ab und zu von oben herab, diskriminierend und beleidigend. Dann sind wir froh, dass wir Unterstützung vom Sächsischen Flüchtlingsrat und anderen haben. Insgesamt habe ich den Eindruck, dass Behördenmitarbeiter:innen häufig ihre Menschlichkeit hinter Paragraphen verbergen.

In einem Vortrag über die Gründung einer Migrantenselbstorganisation (MSO) in Bautzen meinst du einmal sinngemäß, »Bautzen ist nicht braun, Bautzen ist bunt«. Tatsächlich gibt es in der Region Ostsachsen zahlreiche MSOs und deren erste landkreisweite Vernetzung in Sachsen. Bautzen scheint tatsächlich nicht nur eine starke rechte Szene zu haben, sondern auch viele organisierte Migrant:innen. Wie wichtig sind diese MSOs für dich in dieser politischen Stimmung?

Zuerst möchte ich auf das oben genannte Zitat eingehen (Bautzen ist nicht braun). In meiner Heimat habe ich gelernt: Wenn ein Baum nicht genug Wasser hat, gibt es für ihn Strategien, um zu überleben. Er bildet tiefere Wurzeln, um Wasser zu finden, dadurch wird er stärker und niemand kann ihn stürzen. Diese Metapher übertrage ich auf Bautzen. Ich sehe viele unterschiedliche Menschen, die sich unterstützen, ein buntes Netzwerk bilden und neue Wege finden, um sich den Nazis entgegenzustellen.

Die Gruppe der MSOs ist so bunt wie die Gesellschaft, aus der sie hervorgegangen ist; nicht alle sind an politischen Themen interessiert, manche ungeübt oder ängstlich, aber in der Auseinandersetzung mit Alltagsthemen politisieren sich immer wieder Einzelne und das treibt mich an.

56

Warum sind für uns MSOs und der Austausch unter anderen Migrant:innen wichtig? Das neue Leben hier ist für Migrant:innen oft sehr schwierig. Es gibt starke rechte Strukturen, die uns nicht hier haben wollen und bedrohen und wir erleben täglich Ablehnung von Mitbürger:innen, die uns im Alltag Schwierigkeiten bereiten. Wir suchen nach Orten, Plattformen, um (auch über schlechte Erfahrungen) miteinander zu reden und auch um Lösungen zu entwickeln, weil wir hier für uns, unsere Familien, unsere Freund:innen ein friedvolles Leben haben möchten. Viele Migrant:innen leben in der Angst, dass die Gesellschaft sie nicht als Mitmenschen akzeptiert – dieses Gefühl bedeutet, dass sie keinen inneren Frieden, keine innere Stabilität zu finden. Natürlich sind wir in der Arbeit untereinander auch nicht immer einig, jeder, der sich engagiert, wird wissen, dass dies überall so läuft. Doch egal, wie uneins sich Migrant:innen vielleicht auch unterschiedlicher Herkunft manchmal sein mögen, wir wissen, wovon wir sprechen, wenn wir einander von unserem Alltag und den Abweisungen erzählen, die wir erleben.

Was haben diese MSOs und Migrant:innentreffen mit der Metapher des Baumes gemeinsam? Wir sind wie dieser Baum – es gibt nicht genug Wasser, deshalb versuchen wir gemeinsam mit anderen Menschen (die dieselben Schwierigkeiten erleben), uns zu vernetzen, um stärker zu werden. Menschen, die diese alltägliche Ablehnung nicht kennen, werden es vielleicht nicht gleich verstehen, aber: Es geht in der Metapher und auch in unserer Arbeit schlicht ums Überleben (*survive*). Der Baum

sucht nach Wasser, weil er es muss. Es ist kein einfacher Prozess für den Baum, aber er muss es tun. Genauso müssen wir Wege finden, um psychisch und mental gesund zu bleiben. Wir erleben die Schwierigkeiten und wissen, was es bedeutet, sich immer wieder darum bemühen zu müssen, ein Recht zu haben, Teil dieser (lokalen) Gesellschaft zu sein – ein Recht, das viele Bürger und Bürgerinnen als selbstverständlich ansehen können.

Du erwähnst in Gesprächen immer wieder, wie wichtig dir Politik ist und dass sich MSOs als politische Akteure verstehen sollen. Was bedeutet für dich Politik und wo liegt das politische Handeln von Organisationen wie dem KOMMIT Bautzen¹ oder dem Frauenverein Nissaa e. V.² in deinen Augen?

Wie viele Menschen unterscheide auch ich zwischen Staatspolitik und der Graswurzelbewegung von unten. Realistisch gesehen berücksichtigt die Staatspolitik immer das Kräfteverhältnis in der Welt und dient den Interessen der politischen Eliten, was häufig den Interessen der normalen Bevölkerung widerspricht. Zum Beispiel hat eine bekannte deutsche Politikerin 2015 für eine Million Geflüchtete die Grenze geöffnet, aber später mit Erdoğan und an der EU-Außengrenze einen Deal vereinbart, um Geflüchtete festzusetzen. Damit hat sich Europa erpressbar gemacht. Nur wenn es ein starkes politisches Engagement von unten gibt, kann diesem Verhalten Einhalt geboten werden. Mein Ziel ist die Entwicklung solcher Bewegungen von unten – wie Nissaa e. V. und KOMMIT.

57

Welche Visionen und Utopien hast du für die Region Ostsachsen? Was treibt dich in deinem Engagement an und woher nimmst du die Kraft, diese zahlreichen Projekte umzusetzen?

Meine Vision ist eine Gesellschaft, in der wir alle ohne Rassismus und Diskriminierung friedlich leben können. Je schlimmer die Ungleichheit und je häufiger ich Situationen erlebe, in denen sich ein Machtgefälle zeigt, desto mehr Kraft schöpfe ich. Es

-
- 1 KOMMIT: Das Netzwerk Komitee wurde 2019 von und für MSOs gegründet. KOMMIT ist überparteilich und religionsübergreifend tätig und versteht sich als starke Stimme aller im Landkreis Bautzen lebender Migrant:innen. Beteiligt an dem Komitee ist eine Vielzahl von Vereinen, Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen. Diese Art von landkreisweiter Vernetzung, die von den MSOs selbst gestaltet wird und basisdemokratisch agiert, ist in Sachsen bisher einzigartig.
 - 2 Nissaa e.V.: Der Frauenverein Nissaa in Bautzen wurde 2017 gegründet von Arabisch sprechenden Frauen. Zweck des Vereins ist die Förderung der Jugendhilfe, Förderung von Kunst und Kultur, Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung, Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens sowie die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

gibt aber auch Momente, in denen ich nicht weiß, wie ich weitermachen kann. Ich habe manchmal Angst um meine Kinder. Auch die Finanzierung von unseren Projekten ist immer unsicher. Das gehört auch mit zur Wahrheit – wir arbeiten in einem Arbeitsfeld, das politisch gern gesehen ist, aber oft prekäre Verhältnisse hat. Einerseits habe ich viele Ideen und lerne auch durch die angespannte Lage viel dazu, ich treffe tolle und clevere Menschen, mit denen ich Neues ausprobieren (und bin auch dankbar, dass dies meistens umgesetzt werden kann). Andererseits bin ich auch manchmal müde, die Arbeit als Koordinatorin ist herausfordernd und die ständige Frage, wie auch kleine Ideen finanziert werden können, zehren auch oft an meinen Nerven und rauben mir den Schlaf. Meine Utopie ist eine Welt ohne Rassismus, auch in Ostsachsen.

Immer wieder sprichst du davon, dass auch Migrant:innen selbstbewusst und bestimmt klare Forderungen und Ansagen gegenüber Stadtverwaltung und politischen Entscheidungsträger:innen formulieren sollten. Tatsächlich ist es dir in Kooperation mit anderen Aktiven gelungen, im Frühjahr 2020 ein großes Vernetzungstreffen im Stadtratssaal von Bautzen zu veranstalten, bei dem Vertreterinnen der Stadt Bautzen Grußworte gesprochen haben. Was bedeutet für dich selbstbewusstes und bestimmtes politisches Auftreten? Was zeichnet für dich eine klare Forderung aus?

58

Ich und andere aktive Migrant:innen möchten als ebenbürtige und gleichwertige Partner:innen im Dialog mit Vertreter:innen von Parteien, von Verwaltung, anderen Organisationen, schlicht der Mehrheitsgesellschaft, wahrgenommen und behandelt werden. Kurz gesagt setze ich mich für gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein.

Wir Migrant:innen wünschen uns Unabhängigkeit, um nicht nur benutzt zu werden. Viele sehen sich als Bürger:innen zweiter Klasse, weil sie trotz ihrer Stärken als solche behandelt werden. Die Migrant:innen selber sollten diese Situationen der Minderwertigkeit überwinden und selbstbewusster werden. Denn sie sind mit ihren Erfahrungen ein Teil dieser neuen Gesellschaft. Doch dazu braucht es mehr Möglichkeiten zur gleichberechtigten Teilhabe an vielen Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens. Migrant:innen dürfen und machen in meinen Augen nicht nur Integrationsarbeit, sondern bearbeiten Themen, die alle Menschen betreffen und die ganze Gesellschaft bewegen. Aus diesem Grund sollten sie in allen Bereichen als gleichberechtigte Partner:innen betrachtet werden und ihr Engagement sowie Politik nicht auf das Thema Integration beschränkt sein. Als Beispiel möchte ich eine Aktion am 17. September 2020 in Bautzen nennen. Die Aktion sollte an die Versprechen der UN erinnern, an die Agenda 2030 und die entsprechenden Nachhaltigkeitsziele. Sie warf die Frage auf: Ist es bisher gelungen, dass niemand auf

dem Weg zu Bildung, Klimaschutz, finanzieller Sicherheit und Gerechtigkeit zurückgelassen wurde? Es gab insgesamt 17 Versprechen der UN und somit 17 Stationen, die symbolisch jeweils von einer Person vertreten wurden. Teilnehmende waren Privatpersonen, ehrenamtliche Vereine und Organisationen sowie öffentliche Institutionen. Unsere Aktion war keine Aktion von Migrant:innen, sondern eine Aktion der Gesellschaft, der Bürger:innen des Landkreises. Migrant:innen sind ein Teil dieser Gesellschaft.

Welche Rolle spielen in deinem politischen Aktivismus Verbündete und welche Wünsche und Erwartungen hast du an eine kritische Zivilgesellschaft? Wie können Aktivist:innen wie du vor Ort und aus der Ferne unterstützt werden?

Allianzen innerhalb einer kritischen Zivilgesellschaft sind eine Notwendigkeit, besonders seit der Erstarkung der Rechten. Nur wenn wir viele Akteur:innen sind, können wir unseren Anliegen Gehör verschaffen. Daher entstand auch die Idee, KOMMIT zu gründen, was uns helfen könnte, das schon erwähnte Machtgefälle zu verschieben, besonders in politischer Hinsicht.

Ich wünsche mir, dass uns die Zivilgesellschaft nicht als Integrationsprojekt versteht, sondern erkennt, dass wir selbst Teil dieser Gesellschaft sind. Integration ist kein Angebot oder eine Einladung. Sie ist ein Grundbedürfnis beider Gesellschaften. Wir alle sollten versuchen, der anderen Seite Türen zu öffnen und ein friedliches Zusammenleben möglich zu machen.

Keine Integrationspolitik, sondern Gesellschaftspolitik für alle – MSOs sind mehr als nur Integrationsprojekte. Dazu ist es auch notwendig, dass Teile der Zivilgesellschaft ihre Perspektive ändern und ihre politische Rolle besser verstehen und sich Fragen stellen zur Demokratie und wie es um sie bestellt ist. In unserer Arbeit hilft uns Solidarität, Medienaufmerksamkeit und nicht zuletzt natürlich finanzielle Unterstützung.

2019 fand eine Tagung zum Thema »Politisches Handeln im autoritären Sog« statt. Eine Anschluss-tagung sollte sich mit dem Thema »Ziviler Ungehorsam« beschäftigen. Wenn du als politische Aktivistin diese Themen hörst, was sind deine ersten Assoziationen?

Ich komme aus einem Land, das nicht demokratisch regiert wird, deshalb bedeuten diese Themen viel für mich. Seit fünf Jahren lebe ich in einem demokratischen Land und nach wie vor stellen sich mir zu diesem Thema viele Fragen. Ich denke, dass Demokratie vom Ungehorsam lebt. Ich frage mich immer wieder, wie viel Ungehorsam die Demokratie braucht.

In demokratischen Ländern birgt der Ungehorsam viele Möglichkeiten für neue Ideen und politische Veränderungen. Bedauerlicherweise habe ich entdeckt, dass hier politische Initiativen und Zivilgesellschaft unter Druck stehen von den Forderungen und Parolen rechtspopulistischer und neofaschistischer Bewegungen zum Beispiel. Sogar das Retten von Menschenleben im Mittelmeer kann eine Form des Ungehorsams sein. Hier genau möchte ich ein paar Fragen an uns alle stellen:

1. Ist die Demokratie hier in Ordnung?
2. Was bedeutet Demokratie für die oder den Einzelne:n?
3. Gibt es Gründe von außen, die zu einer Zunahme von neonazistischen und rechten Tendenzen geführt haben?

Nach meinen Erfahrungen in dieser Gesellschaft möchte ich einige Ideen als ersten Eindruck äußern: Wir brauchen eine Analyse der Geschichte der Demokratie insbesondere unter der Frage: Welche Bedeutung hat der Ungehorsam in der Entstehung und in den Grundlagen der Demokratie?

Ich erinnere mich an ein Zitat von George Bernard Shaw, der sagte: »Demokratie ist ein Verfahren, dass garantiert, das wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.«

Ich denke, dass wir politische Weiterbildung zum Thema Demokratie brauchen.

Hamida Taamiri ist in Syrien geboren und arbeitet als Projektkoordinatorin bei POKUBI Sachsen. Dort koordiniert sie das KOMMIT Bautzen, ein Zusammenschluss verschiedener MSOs und Partnerorganisationen. Darüber hinaus hat sie in Bautzen den syrischen Frauenverein Nissaa e. V. gegründet und ist Mitglied im Vorstand von Willkommen in Bautzen e. V. In der Region Ostsachsen ist sie eine der wichtigsten Ansprechpartner:innen für MSOs und begleitet immer wieder Migrant:innen auf dem Weg, sich zu organisieren. Regelmäßig organisiert sie Jugendcamps und schafft Räume des politischen Empowerments für Migrant:innen in Ostsachsen.

RADIKALE OFFENHEIT: DIE STADT FÜR ALLE, DIE DA SIND

Auf der Suche nach Antworten auf den »autoritären Sog«¹ gibt es unterschiedliche Ansätze und Praxen. Es geht darum, rassistischen Positionen zu widersprechen, entgegenzutreten und darüber aufzuklären. Aktivist:innen versuchen, autoritäre Politiken zu sabotieren oder rechte Demonstrationen zu blockieren. Neben diesen eher reagierenden Ansätzen gibt es häufig den Wunsch, eigene Inhalte und Visionen einer solidarischen Gesellschaft in den Mittelpunkt des eigenen Handelns zu stellen. Solidarische Beziehungen in einer urbanen Gesellschaft zum Fokus zu machen, ist ein solcher Ansatz und das »Recht auf die Stadt« ein Beispiel dafür, dem sich dieser Text widmet.

Unter dem Motto »Recht auf Stadt« versammelt sich eine Bandbreite Initiativen und Organisierungen zu sozialen und ökologischen Themen wie Wohnen und Verdrängung, Wasserversorgung, Verkehrswende, Gesundheit und Erholung. Genauso werden antirassistische und demokratische Felder wie Bleiberecht, Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten, Antidiskriminierung und Mitbestimmung als Rechte auf Stadt verhandelt.

Bei der Frage danach, wie politisches Handeln im autoritären Sog möglich ist, kommt das Recht auf Stadt in den Sinn. Es verbindet progressive Kämpfe, die nicht nur den autoritären Sog – oder landläufig Rechtsruck – beantworten. Mit politischen

Das Recht auf Stadt stellt die Beziehungsweisen der Konkurrenz und Ungleichheit infrage, weil es andere Beziehungen zwischen den Stadtbewohner:innen vorschlägt: Beziehungen der Solidarität

Tätigkeiten für ein Recht auf Stadt werden eigene Inhalte, Ziele und Ideen gesetzt. Dennoch geraten dabei weder die neoliberalen Verhältnisse aus dem Blick noch die rechtsautoritären Angriffe und Maßnahmen gegen Demokratie und Neoliberalismus.

1 Siehe Einleitung dieses Bandes.

Denn das Recht auf Stadt versammelt nicht nur Kampagnen von verschiedenen Themenfeldern und Aktivist:innen. Es stellt die Beziehungsweisen der Konkurrenz und Ungleichheit infrage, weil es andere Beziehungen zwischen den Stadtbewohner:innen vorschlägt: Beziehungen der Solidarität.²

Es ist eine andere Idee als die der liberalen Ich-AG, die vereinzelt mit den anderen Städter:innen konkurriert (um Wohnraum, im Straßenverkehr, um Durchsetzung der Interessen). Sie ist gleichzeitig keine völkisch-autoritäre Zwangsgemeinschaft. Mit dem Recht auf Stadt lässt sich Gemeinsames und kollektives Handeln denken und gleichzeitig radikale Offenheit. Denn die Stadt sind alle, die da sind, egal wie verschieden sie sind.

Die Stadt sind alle, die da sind,
egal wie verschieden sie sind.

62

Ich werde die Bandbreite von Initiativen und Kämpfen auffächern und dann die Idee eines Rechts auf Stadt skizzieren. Warum ist das Recht auf die Stadt angesichts autoritärer Verschiebungen so verlockend – als Parole, Praxis und Idee? Das Konzept ermöglicht einen Perspektivwechsel und drängende Fragen anders zu denken, als es die immer stärkere Diskursverschiebung ins Autoritäre erlaubt, so meine These.

WOFÜR KÄMPFEN BEWEGUNGEN FÜR DAS RECHT AUF STADT?

Das Recht auf die Stadt ist zugleich Idee wie Parole, es wird in wissenschaftlichen Debatten genutzt wie von stadtpolitischen Bewegungen weltweit; entsprechend unterschiedlich sind die Verständnisse und Praxen.³ Ich will beispielhaft einige Praxen aufzeigen, bevor es um das Konzept gehen soll.

Bewohner:innen einiger Stadtteile Rio de Janeiros beriefen sich auf ihr Recht auf Stadt, als sie wegen der Bauprojekte für die Fußballweltmeisterschaft der Männer (2014) und die Olympischen Spiele (2016) zwangsweise aus ihren Vierteln verdrängt wurden.⁴ Für den Erhalt des Gezi-Parks in Istanbul besetzten teilweise Hundert-

2 Zur Idee, Gesellschaft zu verändern, indem Beziehungen verändert und neue geknüpft werden, siehe Adamczak (2018a).

3 Vgl. Mullis (2013).

4 Vgl. Bello/Queiroz (2018).

tausende den Park; dabei ging es unter anderem um den Erhalt einer der wenigen grünen Erholungsflächen in der Stadt.⁵ Proteste gegen Verdrängung, Gentrifizierung, Kommerzialisierung und Segregation finden weltweit statt. Teure Mieten, Immobilienspekulation und vermehrte Wohnungsarmut und Wohnungslosigkeit machen auch vor Städten in Deutschland nicht halt; auch in Dresden und Leipzig engagieren sich Mieter:innen für ihre Rechte.⁶

In Chile demonstrierten zum Weltfrauentag 2020 Hunderttausende, zuvor hatten Feminist:innen Denkmäler, Plätze und Parks nach Frauen umbenannt, um im städtischen Raum sichtbar zu werden.⁷ Die Black Lives Matter-Bewegung hat in den letzten Jahren auch für das Recht auf Stadt gekämpft: Bewegungsfreiheit in der Stadt ohne Polizeikontrollen, Selbstorganisation Schwarzer Nachbarschaften, gegen Verdrängung der Schwarzen Bevölkerung an die Stadtränder und nicht zuletzt für Sicherheit – nicht die repressive Sicherheit rassistischer Polizeigewalt, sondern Sicherheit für die (Schwarzen) Städter:innen und ihr Zusammenleben.⁸ Das Recht auf Stadt kann nicht nur ökonomisch verstanden werden: Fragen um Zugehörigkeit, Zugang, Mitbestimmung und Verdrängung sind verknüpft mit dem strukturellen Rassismus und Sexismus der Städte.

Das betrifft nicht nur die USA: Kampagnen gegen Racial Profiling kämpfen für den freien Zugang zu öffentlichen Orten wie Bahnhöfen oder Plätzen. Polizeiliche »Gefahrengebiete« oder »Waffenverbotszonen« wie die Leipziger Eisenbahnstraße schränken bestimmte Gruppen besonders ein oder schließen sie aus, vor allem Arme, People of Color oder Menschen, die als unangepasst wahrgenommen werden.⁹

Für hiesige Recht auf Stadt-Bewegungen ist auch das Bleiberecht für Geflüchtete und Migrant:innen ein zentraler Punkt: Die Bewegung Seebrücke hat sich gegründet, um für sichere Fluchtwege und die Aufnahme von Geflüchteten einzustehen. Grundlage hierfür ist, dass sich viele Städte längst bereit erklärt haben, Geflüchtete aufzunehmen, die auf Rettungsschiffen im Mittelmeer oder in Lagern ausharren müssen, weil nationale Regierungen ihnen die Einreise verweigern.¹⁰ Eine Solidarität der Städte soll der Abschottungspolitik auf nationalstaatlicher Ebene entgegenstehen. Fast 170 große und kleine Städte haben sich in der Folge zum »sicheren Hafen« erklärt (in Sachsen ausschließlich Leipzig). Jedoch muss erwähnt werden, dass dies

5 Vgl. Schmitz (2014).

6 Etwa in den Bündnissen Mietenwahnsinn stoppen! in Leipzig und Dresden.

7 Vgl. Peters (2020).

8 Vgl. Moore (o. J.).

9 Vgl. Högele/Kücüük (2020).

10 Vgl. Seebrücke (o. J.).

gegenüber der Bundesregierung kaum durchgesetzt werden kann. So verkünden Städte ihre Aufnahmebereitschaft, doch die Bundesregierung entscheidet letztlich über die Einreise.

Zum Recht auf Stadt gehören neben der Aufnahme auch die Rechte auf Wohnen, Zugang zu städtischen Gütern und Selbstbestimmung. Viele Ehrenamtliche haben sich den Forderungen von Geflüchteten nach dezentraler, selbstbestimmter Unterbringung in eigenen Wohnungen statt in fremdbestimmten Lagern an den Stadträndern angeschlossen. Das Recht auf Stadt soll für alle gelten, ist die Forderung.

Ideen des Recht auf Stadt werden teilweise auch von der städtischen Administration aufgenommen: In New York gibt es eine »City ID«, einen Stadtausweis, der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken ermöglicht und von der Polizei als gültiges Ausweispapier anerkannt werden soll.¹¹ Nachbarschaftsorganisationen sind es, die den Stadtausweis verbreiten. Die City ID richtet sich auch an New Yorker:innen ohne Aufenthaltstitel. Auch wenn der Stadtausweis seine Grenzen hat, wird er von marginalisierten New Yorker:innen offenbar wertgeschätzt.¹² Wer die ID hat, ist New Yorker:in – gehört also zur Stadt, unabhängig von der Herkunft.

WAS HEISST RECHT AUF STADT?

Es beinhaltet viele Formen von Organisationen, Kämpfen und Themen. Die inhaltlichen Facetten lassen sich auf drei grundlegende Bereiche gruppieren: das Recht auf Zentralität, auf Differenz sowie auf Selbstverwaltung. Unter dem Recht auf Zentralität kann man »den Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens«¹³ verstehen, also zum Beispiel Fragen des Wohnens, der Gesundheit, des Verkehrs, der Kunst, der öffentlichen Plätze. Das Recht auf Differenz steht »für eine Stadt als Ort des Zusammentreffens, des Sich-Erkennens und Anerkennens und der Auseinandersetzung«.¹⁴ Die dritte Säule ist Selbstverwaltung, also über die eigenen Belange zu verfügen und die Gestaltung der zukünftigen Stadt gemeinsam zu entscheiden. Damit ist »tatsächliche, aktive Mitwirkung« gemeint und nicht Zustimmung »zum niedrigsten Preis«, die als Teilhabe kurz die politische Passivität unterbricht.¹⁵ Die meisten Theorien beziehen sich auf Schriften des marxistischen Soziologen Henri Lefebvre, werden aber immer wieder aktualisiert und erweitert.¹⁶

11 Vgl. City of New York (2019).

12 Vgl. Lebuhn (2016).

13 Gebhardt/Holm (2011): 8.

14 Ebd.

15 Lefebvre (2016): 124.

16 Vgl. ebd.; Aktualisierung und kritische Diskussion bei Mullis (2013), für eine Kritik aus postkolonialer Perspektive siehe Ha (2017), für eine feministische Interpretation siehe Vogelpohl (2018).

Das Recht auf Stadt ist allerdings nicht als Idealisierung, sondern als Kritik unserer heutigen Städte zu verstehen:

»Das ›Recht auf (die) Stadt‹ war bei [Lefebvre] nicht das Recht auf bessere Wohnungen, niedrige Mieten usw. im Kontext der kapitalistischen Stadt (für ihn übrigens eine ›Nicht-Stadt‹), sondern das Recht auf ein ganz anderes Leben im Rahmen einer gerechten Gesellschaft.«¹⁷

Die heutigen Städte seien »Orte der Entfremdung und der Entpolitisierung«.¹⁸ Das Recht auf Stadt würde eine andere Gesellschaft und andere Beziehungen bedeuten, »das Recht aller auf den Genuss städtischer Infrastruktur, Kultur und Schönheit, dies alles auf der Basis der autogestion« (Selbstbestimmung).¹⁹

In der neoliberalen Stadt werden zudem mehr und mehr Orte privatisiert und sind nur zugänglich für jene, die konsumieren können. Bettelverbote etwa verdrängen Arme aus der Sichtbarkeit der Innenstädte.²⁰ Zudem gelten nicht alle gleichermaßen

In der neoliberalen Stadt werden mehr und mehr
Orte privatisiert und sind nur zugänglich
für jene, die konsumieren können.

als Stadtbürger:innen, sondern Zugehörigkeit wird weiterhin an Fragen der Nationalität, Herkunft oder Migrationserfahrung festgelegt. Den erwünschten, mehrheitlich weißen Stadtbürger:innen werden »die Anderen« gegenübergestellt: als Gäste, Bittsteller:innen, Störenfriede oder Kriminelle – diese sind von manchen städtischen Orten ganz ausgeschlossen oder werden durch polizeiliche Maßnahmen diskriminiert. Die Stadt ist von Kolonialismus und Rassismus geprägt.²¹ Im Neoliberalismus ist das Urbane einem stetigen Verwertungsprozess unterzogen:

»Die Stadt ist zu sehr Beute, als dass die Besitzenden ruhen könnten: Man macht nicht mehr Geschäfte in der Stadt, man macht Geschäfte mit der Stadt [...]; auch und gerade den ›immateriellen‹ Werten der Stadt wird eine Kapitalisierung zuteil.

17 Lopes de Souza (2010).

18 Ebd.

19 Ebd.

20 Vgl. gruppe polar (2017).

21 Vgl. Ha (2017).

Urbanität soll selbst eine Ware und ein Privileg werden. [...] Das Einzige, was in der neoliberalen Stadt ganz und gar keinen Wert hat, ist das Leben ihrer Bewohnerinnen und Bewohner.«²²

Doch Städte sind widersprüchliche Orte, die nicht nur durch Ausschluss, sondern auch durch Zusammenschluss geprägt werden:

»Der städtische Raum im postkolonialen Europa ist nicht nur Wohnraum metropolitaner Gesellschaften, die zwischen sich und Anderen unterscheiden; ist nicht nur deutender Repräsentationsraum europäischer Geschichte in nationalen Museen; ist nicht nur inwertsetzende Infrastruktur für global agierende Unternehmen, die als Touristifizierung und Gentrifizierung identifiziert werden können – der städtische Raum im postkolonialen Europa ist vor allem auch ein Raum der Selbstorganisation, der Selbstbestimmung und des Widerstandes gegen institutionelle Diskriminierung, staatliche Gewalt und kapitalistische Ausbeutung, die koloniale Verhältnisse reproduzieren.«²³

Das Recht auf Stadt kritisiert die »Antistädte«, beschreibt jedoch auch einen Weg hin zu veränderten, solidarischen Beziehungen: Durch solidarische Praxen und das Knüpfen von neuen Beziehungen²⁴ verändert sich das Verhältnis der Bewohner:innen zueinander und zur Stadt.

WARUM IST DAS RECHT AUF STADT EINE ANTWORT AUF DEN RECHTSRUCK?

Das Recht auf Stadt ist der Gedanke eines solidarischen Zusammenlebens und Gestaltens der Stadt und hat damit utopischen Gehalt. Es geht mir nicht darum, dieses Recht zu einer Lösung der rechten Verschiebung zu instrumentalisieren, denn es muss gelebte Praxis sein. Dennoch denke ich, dass die Idee auch eine Möglichkeit sein kann, sich dem autoritären Nationalismus zu stellen (und dem autoritären Neoliberalismus). Denn meines Erachtens kommt ein Recht auf Stadt dem Politikverständnis Hannah Arendts nahe. Sie hat das gemeinsame politische Handeln in Freiheit zum Mittelpunkt ihres Denkens gemacht hat – Politik ohne Herrschaft und Gehorsam. Dieses Denken betont die Beziehungen, die kollektiven Handlungen und die Initiative und schafft damit einen Wechsel in Perspektiven und dem Verständnis davon, wie Politik ist.

22 Seeßlen (2020). Er will seinen Text jedoch nicht als Kulturpessimismus verstanden wissen, sondern als einen Aufruf zu widerständigem Handeln.

23 Ha (2017): 82.

24 Vgl. Adamczak (2018a): 265f.

Durch solidarische Praxen und das Knüpfen von neuen Beziehungen verändert sich das Verhältnis der Bewohner:innen zueinander und zur Stadt.

1. Das Recht auf Stadt stiftet Gemeinschaft, ohne dabei ausschließend oder endgültig zu sein. Zur Stadt gehören alle, die sie bewohnen. Die städtische Gemeinschaft ist also einerseits konkret, denn es gibt die gemeinsam bewohnte Stadt (im Gegensatz zur abstrakten Gemeinschaftsvorstellung der Nation oder Heimat²⁵). Andererseits ist diese Gemeinschaft offen, es braucht keine Staatsangehörigkeit oder gar ethnisch-nationale Zugehörigkeit. Geteilt werden nicht Eigenschaften oder individuelle Interessen, sondern der Bezug zur Stadt.

Hannah Arendt beschreibt die Beziehung zwischen Bürger:innen mit dem Begriff Freundschaft: Die Freund:innen sind sich nicht gleich und einig. Was sie teilen, ist das Sprechen und die Auseinandersetzung um die Stadt bzw. die gemeinsame Welt.²⁶ Diese Freundschaft ist der Welt zugewandt und somit politisch, nicht vordergründig intim oder privat. Die gemeinsame Sorge umeinander und um die Stadt stiftet Verbindungen zwischen den Bewohner:innen. Solche solidarischen Beziehungen sind für ein Recht auf Stadt für alle zu knüpfen.²⁷

Auf die Stadt bezogen könnte man sagen: Manche mögen es laut, andere leise, das ist nicht zu ändern. Aber die Stadt muss so eingerichtet sein, dass es alle aushalten können. Das Problem sind dann nicht die »störenden Jugendlichen«, sondern der fehlende Raum. Ohne alle dasselbe wollen zu müssen, können Fragen und Antworten bezogen auf das Gemeinsame diskutiert werden – bezogen auf die Stadt – und nicht ausschließlich im Gegeneinander individueller Interessen.

2. Das Recht auf Stadt verbindet Fragen von Anerkennung und von Ökonomie – die derzeit oft als identitätspolitische und sozialpolitische Kämpfe gegeneinander ausgespielt werden. Konservative bis völkische Rechte behaupten gar eine heimliche Kulturrevolution oder fundamentale Linksverschiebung, gepaart mit der Anschuldigung, eine linke Elite hätte diese Verschiebung im Verborgenen durchgeführt, anstatt

25 Siehe den Beitrag von Thorsten Mense in diesem Band.

26 Vgl. Arendt (2018a): 76ff.

27 Hannah Arendt nutzt den Begriff der Solidarität nicht und grenzt ihr Konzept von Freundschaft explizit ab von Ideen der Brüderlichkeit, die die Menschen zu eng zueinander bringen – wie in Familienbände. Ich würde aber sagen, ihr Freundschaftsbegriff entspricht einer politischen Form von Solidarität.

die Kämpfe und Aushandlungen für Gleichbehandlung, Repräsentation und Vielfalt anzuerkennen. Gegen gleiche Rechte für Queers und Frauen wird immer wieder ein beleidigter »kleiner Mann« in Stellung gebracht. Dieser würde nun gegen die überhebliche und unnötige »Political Correctness« protestieren, um derentwillen er links liegen gelassen worden sei.²⁸

Tatsächlich ist das Recht auf Verschiedenheit ein zentraler Aspekt des Rechts auf Stadt. Es geht dabei aber nicht um ein neoliberales Zurschaustellen beliebiger Vielfalt bei gleichzeitiger Ungleichheit. Das Recht auf die Ressourcen der Stadt (so unterschiedliche wie Wasser, Wohnen, Gesundheit, Wissen) ist ebenso zentral wie das Recht auf kollektive demokratische Aushandlung. Wichtig ist: Sie stehen in Zusammenhang. Die Ressourcen der Stadt – die Stadt selbst – gibt es nicht ohne die vielen Stadtbewohner:innen und ihre Unterschiedlichkeit.

Das Recht auf Differenz ist außerdem nicht nur ein Recht von Minderheiten und Diskriminierten, quasi entsprechend der gängigen Vorstellung von Toleranz, bei der die Mehrheitsgesellschaft die Anderen aushält. Alle gemeinsam *genießen* das Recht auf Differenz. Man tritt sich auf die Füße, aber man hält sich aus. Man lernt Dinge kennen, die man sich selbst nicht gesucht hätte. Es ist kein individuelles Recht – meins gegen deins –, sondern ein gemeinsames, das zwischen einander existiert. Ich kann kein Recht auf Differenz haben ohne die Anderen, die von mir verschieden sind.²⁹

Alle gemeinsam *genießen* das Recht auf Differenz.

3. Der autoritäre Sog betrifft nicht nur extrem rechte Bewegungen, sondern Gesellschaft und Staat insgesamt.³⁰ Während das Bedürfnis nach Sicherheit grundsätzlich legitim ist, fällt auf, dass es in der öffentlichen Debatte in der Regel nur eine Form gibt, nämlich eine über Staat und Polizei vermittelte repressive Sicherheit, die die Einen vor den Anderen schützen soll bzw. die Ordnung vor Unruhe, die Innere Sicherheit.³¹

28 Vgl. Eitel (2019): 157ff. Die »kleinen Leute« können demnach gemäß ihrer sozialen Situation kein Interesse an emanzipatorischen Veränderungen haben, sondern werden als notwendig konservativ dargestellt.

29 Das ist eine andere Rechtsvorstellung als die der liberalen Rechte, die als Rechte gegeneinander kritisiert werden, die voneinander entfremden (Kritik z. B. von Karl Marx) und der Souveränität bedürfen (Kritik z. B. von Arendt), vgl. Loick (2012): 160ff., 172–178.

30 Vgl. Eitel (2018). So war etwa auch das neue Sächsische Polizeigesetz Thema auf der Demokratie-Tagung im Jahr 2018, vgl. Weiterdenken (2018).

31 Vgl. Busch (2018).

Das Recht auf Stadt stellt Fragen nach Sicherheit, die nicht mit autoritären Law-and-Order-Maßnahmen zu beantworten sind, denn es sind Fragen nach sozialer Sicherheit. Es verändert also die Rahmung. Verkehrssicherheit ist vor allem eine Frage guter Infrastruktur, nicht von Überwachung und Kontrolle. Leistbarer Wohnraum stiftet Sicherheit. Zugang zu medizinischer Versorgung schafft Sicherheit. Städtische Sicherheit kann unter der Perspektive des Rechts auf Stadt anders diskutiert werden, ohne das Thema autoritären Rechten zu überlassen oder ihr Framing zu bedienen.

4. Das Recht auf Stadt schafft einen Perspektivwechsel von der Abwehr des autoritären Sogs zum Gestalten der Migrationsgesellschaft. Es lädt dabei weder dazu ein, die Rechten einfach zu ignorieren, noch sich an ihnen abzuarbeiten. Pegida Dresden wuchs nicht etwa, weil der antirassistische und antifaschistische Gegenprotest die Teilnehmenden als Reibungsfläche angelockt hätte.³² Sondern Pegida Dresden entwickelte angesichts des deutlich kleineren Gegenprotests ein Gefühl der Überlegenheit, Bewegungseuphorie und eine Vorstellung, ihnen gehöre die ganze Stadt, was sich andernorts gar nicht erst einstellen konnte.³³ Appelle, sich um die Rechten »einfach nicht zu kümmern«, sind sicher keine gute Strategie, schon gar nicht, wenn rechte Angriffe Alltag bedeuten.

Doch das Recht auf Stadt ist mehr, als den Rechtsruck zu verneinen. Es stellt eigene Forderungen und Visionen in den Mittelpunkt. Es rückt die Realität einer von Migration geprägten Gesellschaft ins Zentrum, gemeinsam mit sozialen Fragen, strukturellem Rassismus sowie konkreter Nachbarschaft und Räumen in der Stadt. Das sind Fragen auch für sächsische Städte und lange nicht nur für Dresden und Leipzig.³⁴

Das Recht auf Stadt lässt über das Bestehende hinausdenken, es lässt Veränderung denken. Es ist keine Seifenblase, weil es konkret ist, denn die Stadt, ihre Räume und Beziehungen sind da. Es bietet einen Ausgangspunkt.

5. Das Recht auf Stadt entspricht einer ganz anderen Weise, Politik zu begreifen als in der neoliberalen Demokratie; der Politikauffassung der autoritären Rechten steht das Konzept diametral gegenüber. Um Autoritarismus zu überwinden, braucht es eine Vorstellung davon, wie die Welt nichtautoritär eingerichtet werden kann.

32 Das mag auf Einzelpersonen zutreffen, ist jedoch vor allem gängiges Deutungsmuster innerhalb der Extremismustheorie, die Rassismus dadurch verharmlost, dass sie ihn mit Antifaschismus gleichsetzt oder sogar als Reaktion von ihm ableitet, vgl. epd (2012).

33 Vgl. Zeit Online (2014).

34 Siehe das Interview von Johannes Richter mit Hamida Taamiri aus Bautzen in diesem Band.

Das Volk will es, die Politik macht es und setzt es durch – souverän, unmittelbar und notfalls mit harter Hand. Das meinen völkische Autoritäre, wenn sie von Demokratie sprechen: autoritäre Volksherrschaft.³⁵ Daher rührt etwa die Vorstellung, der Staat könne Migration einfach »verbieten«, obwohl es sich um einen komplexen, globalen gesellschaftlichen Prozess handelt. Wenn solche Forderungen nicht umgesetzt werden, greifen Verschwörungsmythen von Politiker:innen als Marionetten oder der BRD als unfreier GmbH statt als souveräner Staat. Gemäß der autoritären Vorstellung ist Politik gleich Souveränität, ist Beherrschung von Welt. Das Versprechen der Souveränität des liberal-demokratischen Staates wird hier beim Wort genommen. Dieses Versprechen kann jedoch nie eingehalten werden, denn kein Staat ist im globalen Kapitalismus souverän und kann über gesellschaftliche Prozesse so verfügen, dass sie unmittelbar beherrschbar wären.

Souveränität ist zudem kein erstrebenswerter Zustand, weder für Staaten noch für Subjekte. Hannah Arendt hat eine grundsätzliche Kritik am modernen Souveränitätsdenken formuliert. Denn Souveränität bedeutet die Beherrschung von Mitteln und Zielen. Das widerspricht dem gemeinsamen Handeln aus einer Beziehung heraus: »Der Handelnde bleibt immer im Bezug zu anderen Handelnden und von ihnen abhängig; souverän ist er gerade nie.«³⁶ Man könnte unterscheiden zwischen Beherrschen und Gestalten der Welt.

70

Das politische Handeln muss für Hannah Arendt immer ergebnisoffen sein, um frei zu sein. Es darf nicht über andere herrschen oder stur Zwecklogiken verfolgen. Ich interpretiere das nicht als inhaltliche Beliebigkeit, sondern als Betonung des kollektiven Aushandlungsprozesses, in dem nicht über vorgegebene Fragen abgestimmt wird wie bei einem Plebiszit, sondern gemeinsam besprochen wird, was die Belange, Fragen und Perspektiven sind. Die Form »der Gleichzeitigkeit, der Versammlung, des Zusammenwirkens der Begegnung«³⁷ macht für den Stadt-Theoretiker Lefebvre das Urbane überhaupt aus.

35 Für das Beispiel Pegida siehe etwa Eitel (2016).

36 Arendt (2020): 295; ebenso widerspricht der Gedanke des Gehorsams Arendts Verständnis des Politischen als gemeinsames Handeln, vgl. Arendt (2018b): 50ff.; siehe den Beitrag von Julia Schulze Wessel in diesem Band.

37 Lefebvre (2016): 124.

SOLIDARISCHE ALLIANZEN

Dieses Verständnis von Politik als ein Handeln in Beziehungen hat auch Einfluss auf die Frage nach kollektivem Handeln unter ungleichen Verhältnissen, auf die Frage nach Allianzen in einer postmigrantischen, kapitalistischen, strukturell rassistischen und patriarchalen Gesellschaft.

»Die Enttäuschung darüber, daß sich in unseren Anfängen alte Unrechtsrealitäten vererben, entlarvt eine Ideologie der Sauberkeit, die von den Anfangenden ein ›autonomes‹ und unbeflecktes, also beziehungsloses Handeln und von den Anfängen eine unheiltilgende, sozialhygienische Wirkung erwartet.«³⁸

Kollektives Handeln ist möglich, auch wenn sich
Biografien und Machtpositionen
unterscheiden.

Das Recht auf Stadt ist keine Idee, die zu Paternalismus und Charity einlädt. So kämpfen nicht Staatsbürger:innen für die Rechte von Geflüchteten, sondern bestenfalls Stadtbewohner:innen und Nachbar:innen gemeinsam um Rechte – ein völlig anderes Selbstverständnis, das Selbstbestimmung und die gemeinsame Nachbarschaft, die Migrationsgesellschaft und Solidarität zum Bezugspunkt macht, anstatt die individuelle Nettigkeit der Helfer:innen. Das soll die Ungleichheit in Rechtsstatus und Prekarität nicht einfach unsichtbar machen. Doch es kann solidarische Beziehungen stiften und Raum für Allianzen³⁹ eröffnen. Kollektives Handeln ist möglich, auch wenn sich Biografien und Machtpositionen unterscheiden.⁴⁰ »Solidarität hat Gleichheit nicht zur Voraussetzung, sondern zum Ziel«⁴¹ – auf dass wir irgendwann einfach Nachbar:innen sein können.

38 Thürmer-Rohr (1997): 19.

39 Zur Idee der Allianz als postmigrantische Form der Solidarität siehe Stjepandić/Karakayalı (2018).

40 Vgl. ebd.

41 Adamczak, zitiert nach Arps (2018).

LITERATUR

- Adamczak, Bini (2018a):** Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende. Berlin.
- Adamczak, Bini (2018b):** Gretchenfrage: Wer ist Deine Lieblingsklassenfeind*in? In: Prager Frühling. Magazin für Freiheit und Sozialismus, März, <https://www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1417.gretchenfrage-wer-ist-deine-liebingsklassenfeind-in.html>, 13.08.2020.
- Arendt, Hannah (2018a):** Freundschaft in finsternen Zeiten. Berlin.
- Arendt, Hannah (2018b):** Was heißt persönliche Verantwortung in einer Diktatur? München.
- Arendt, Hannah (2020):** Kultur und Politik. In: Zwischen Vergangenheit und Zukunft, München, S. 277–304.
- Arps, Jan Ole (2018):** Wovon wir reden, wenn wir von Solidarität reden. Bini Adamczak über die schönste Beziehung der Welt, 18.09.2018, https://archiv.akweb.de/ak_s/ak641/35.htm, 13.08.2020.
- Bello, Enzo/Queiroz, Marcelo (2018):** O direito à cidade como prática de resistência a políticas de gentrificação e remoções forçadas: O caso da comunidade Metrô-Mangureira (Rio de Janeiro). In: Revista de Direito da Cidade 10 (3), S. 1911–1940.
- Busch, Heiner (2018):** Der Staat als Gefährder. In: Politik im autoritären Sog. Dossier zu Grundrechten in Zeiten des Rechtsrucks, hg. v. Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Dresden, S. 11–18.
- City of New York (2019):** ID NYC. Ihre Vorteile, <https://www1.nyc.gov/assets/idnyc/downloads/2019-pdfs/2019-IDNYC-Benefits-Guide-German.pdf>, 13.08.2020.
- Eitel, Hannah (2016):** Volk, Wille, Herrschaft. Demokratievorstellungen bei Pegida Dresden, 01.07.2016, <https://weiterdenken.de/de/2016/07/02/volk-wille-herrschaft>, 13.08.2020.
- Eitel, Hannah (2018):** Was heißt autoritärer Sog? In: Politik im autoritären Sog. Dossier zu Grundrechten in Zeiten des Rechtsrucks, hg. v. Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Dresden, S. 7–10.
- Eitel, Hannah (2019):** Sorgen auf sächsisch. In: Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen, hg. v. Barbara Dunkel/Christoph Gollasch/Kai Padberg, Berlin, S. 141–164.
- epd (2012):** »Ahnungslos« über »Döner-Morde«, 29.11.2012, www.taz.de/BBP-ueberarbeitet-Extremismus-Video/!5078354/, 13.08.2020.
- Gebhardt, Dirk/Holm, Andrej (2011):** Initiativen für ein Recht auf Stadt. In: Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen, hg. v. Dirk Gebhardt/Andrej Holm, Hamburg, S. 7–23.
- gruppe polar (2017):** Wir fordern das Betteln zu tolerieren, 29.08.2017, <https://gruppe-polar.org/2017/08/29/wir-fordern-das-betteln-zu-tolerieren>, 13.08.2020.
- Ha, Noa K. (2017):** Zur Kolonialität des Städtischen. In: Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt. Gespräche, Aushandlungen, Perspektiven, hg. v. Zwischenraum Kollektiv, Münster, S. 75–87.

- Högele, Tessa/Kücük, Elif (2020):** Racial Profiling und Rassismus: So sieht der Alltag auf der Leipziger Eisenbahnstraße aus, 01.03.2020, <https://ze.tt/racial-profiling-und-rassismus-so-sieht-der-alltag-auf-der-leipziger-eisenbahnstrasse-aus>, 13.08.2020.
- Lebuhn, Henrik (2016):** »Ich bin New York« Bilanz des kommunalen Personalausweises in New York City, <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/kommunaler-perso-new-york-city>, 13.08.2020.
- Lefebvre, Henri (2016):** Das Recht auf Stadt. Hamburg.
- Loick, Daniel (2012):** Kritik der Souveränität. Frankfurt a. M.
- Lopes de Souza, Marcelo (2010):** Welches Recht auf welche Stadt? Ein Plädoyer für politisch-strategische Klarheit, <https://phase-zwei.org/hefte/artikel/welches-recht-auf-welche-stadt-207>, 13.08.2020.
- Moore, Darnell L. (o. J.):** Urban Spaces and the Mattering of Black Lives, <https://www.rightzcity.org/news/urban-spaces-and-the-mattering-of-black-lives>, 13.08.2020.
- Mullis, Daniel (2013):** Recht auf die Stadt. Facetten und Möglichkeiten einer Parole. In: Emanzipation 3 (2), S. 57–70.
- Peters, Benedikt (2020):** Stadt der Frauen, 03.03.2020, <https://www.sueddeutsche.de/panorama/weltfrauentag-chile-feminismus-1.4830272>, 13.08.2020.
- Schmitz, Lilo (2014):** Die Gezi-Park-Proteste in Istanbul – vom Recht auf Stadt zum Recht auf einen liberalen Staat. In: sozialraum.de 6 (1), <https://www.sozialraum.de/die-gezi-park-proteste-in-istanbul.php>, 13.08.2020.
- Seebrücke (o. J.):** Hintergrund der Seebrücke, <https://seebruecke.org/wir/hintergrund>, 13.08.2020.
- Seeßlen, Georg (2020):** Die Entleerung der Stadt, 03.09.2020, <https://jungle.world/artikel/2020/36/die-entleerung-der-stadt>, 22.09.2020.
- Stjepandić, Katarina/Karakayalı, Serhat (2018):** Solidarität in postmigrantischen Allianzen: Die Suche nach dem Common Ground jenseits individueller Erfahrungskontexte. In: Postmigrantische Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik, hg. v. Naika Foroutan/Juliane Karakayalı/Riem Spielhaus, Frankfurt a. M., S. 237–252.
- Thürmer-Rohr, Christina (1997):** Übungen im politischen Denken – Hannah Arendt. In: Übungen im politischen Denken. Erinnern. Begreifen. Ankommen (?), hg. v. Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen und Frauenzentrum sowieso, Dresden, S. 5–22.
- Vogelpohl, Anne (2018):** Henri Lefebvres »Recht auf Stadt« feministisch denken. Eine stadttheoretische Querverbindung von 1968 bis heute. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung (2/3), S. 149–158.
- Weiterdenken (2018):** Standhalten im Sog, 01.09.2018, <https://weiterdenken.de/de/2018/09/01/standhalten-im-sog>, 13.08.2020.
- Zeit Online (2014):** Protest gegen Pegida-Bewegung wächst, 22.12.2014, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2014-12/pegida-dresden-muenchen-demonstration>, 13.08.2020.

»ES IST DER VERSUCH DER VERBINDUNG VON KÄMPFEN«

INTERVIEW VON MARA KNAUTHE MIT REBECCA RAHE
AUS DEM BÜNDNIS #UNTEILBAR

Mara Knauthe: #unteilbar ist in den letzten Jahren ein wichtiger, öffentlichkeitswirksamer Teil der deutschen Zivilgesellschaft geworden. Deswegen würde ich gern ein paar Fragen an dich stellen zu eurer Arbeit, die sich in diesen Zeiten des autoritären Sogs stellen. Zuerst einmal: Welche politischen Handlungsfelder sieht #unteilbar für sich?

Rebecca Rahe: Zuallererst darin, Demonstrationen zu organisieren, uns öffentlich zu äußern und für eine offene und solidarische Gesellschaft einzustehen. Ich würde aber sagen, dass das politische Handeln nicht erst beim Auf-die-Straße-Gehen und Demonstrieren anfängt, sondern bereits in der Organisation der Demonstration, im Aushandeln des Aufrufs und bei Fragen wie: Was ist der politische Anlass, worin besteht die Dringlichkeit zu handeln? Worauf einigen wir uns? Das ist schon elementarer Teil des politischen Prozesses. Ansonsten merken wir immer wieder, dass gemeinsame Handlungsfelder zu identifizieren schwierig ist, da wir ein breites Bündnis sind. Im allerersten Aufruf haben wir einen großen Rundumschlag gemacht. Wir haben die wahrzunehmende gesellschaftliche Verschiebung nach rechts als eine diskursive Verschiebung identifiziert, die aber auch auf anderen Ebenen stattfindet. Beispielsweise in Hinsicht auf die Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten, in dem Ausspielen von Flucht und Migration gegen Sozialstaatsleistungen, also Verteilungskämpfe, aber insbesondere in der Spaltung von verschiedenen Personengruppen. Und insofern ist immer die Frage: Wozu gilt es zu handeln? Gleichzeitig ist für mich auch immer die Frage wichtig: Wozu gibt es eigentlich andere politische Akteur:innen? Unteilbar kann natürlich für Klimagerechtigkeit sein. Das ist superwichtig. Aber dafür gibt es genuin Bewegungen wie Fridays for Future oder Ende Gelände. Für uns ist das übergreifende Anliegen eine solidarische Gesellschaft, also stehen die konkreten Themen nicht automatisch fest.

Worin würdest du sagen besteht denn der Mehrwert des Zusammenschlusses? Die verschiedenen Akteur:innen bestanden ja schon vorher und haben unabhängig davon gearbeitet. Was haben Initiativen davon, sich #unteilbar anzuschließen?

Es ist der Versuch der Verbindung von Kämpfen. Ich glaube, wir haben schon vorher, in den letzten Jahren gesehen, dass eine größere Bereitschaft und ein großer Be-

darf besteht, intersektional zu denken und zu handeln. Das geht viel von feministischen Bewegungen aus, aber auch von anderen. Es wurde der Blick geweitet für verschiedene Betroffenheiten und auch für die Notwendigkeit, Verschiedenheit zu benennen und sich trotzdem zusammen zu artikulieren. Und ich glaube, dies ist gerade auch ein Bewegungszyklus verbindender Kämpfe und darin ist #unteilbar eben eine große Akteurin, eine von mehreren Akteur:innen.

Für einzelne Initiativen und Organisationen bei #unteilbar ist es das Übergreifende, dieses »Wir stehen zusammen und wir sind gemeinsam unteilbar«. Ich kann nicht alleine unteilbar sein, sondern muss mich erstmal mit anderen assoziieren. Das macht diesen Mehrwert aus. Und trotzdem ist klar, #unteilbar ist mehr als die Summe seiner Teile. Es ist nicht nur additiv, in dem Sinne »wir machen irgendwie alle unser Eigenes zusammen«. Sondern wir formieren uns als etwas Neues, Anderes, was wir alleine nicht können. Und konkret ist es der Anreiz, dass wir mit #unteilbar Themen artikulieren können, die jeweils nicht in den Kernbereichen der einzelnen Organisationen liegen. Zum Beispiel, dass eine Organisation, die nicht explizit zu Flucht und Migration, Feminismus oder Klimagerechtigkeit arbeitet, sondern eigentlich im Bereich der sozialen Dienste tätig oder ein Wohlfahrtsverband ist, trotzdem sagen kann: Das sind alles Themen, die für uns wichtig sind, weil wir verbunden sind durch eine gesellschaftliche Ungleichheit und durch Ungerechtigkeit. Und nicht zuletzt haben wir mehrere spontane Demonstrationen organisiert, wie nach dem rechtsterroristischen Anschlag von Halle im letzten Jahr oder dem Dammbbruch in Thüringen zusammen mit Erfurter:innen im Februar dieses Jahres. Wir waren uns einig, dass wir reagieren müssen und eine klare Botschaft gegen Rechtsterrorismus und für Solidarität mit allen von Rechtsterrorismus Betroffenen zu zeigen und auch klarzumachen: Jegliche Kooperation mit der AfD widerspricht dem Grundkonsens einer solidarischen Gesellschaft. Solche spontanen Demos kann niemand alleine organisieren, im Bündnis ist es zusammen möglich.

Kannst du konkreter benennen, wie ihr es schafft, diese Kämpfe zu verbinden?

Unsere letzte größere Aktion war #SoGehtSolidarisch am 14. Juni 2020, die wir dezentral gemacht haben in zehn Städten, darunter Berlin, Leipzig, Hamburg, Plauen, Erfurt, Freiburg und Geislingen, also auch in kleineren Städten. Das war zu einem Zeitpunkt, an dem viel Unklarheit herrschte, aber wir erwarteten, dass eine massive wirtschaftliche Krise auf uns zukommt. Diese Erwartung haben wir immer noch und sehen trotzdem, dass es durch Regierungshandeln abgefedert und befriedet wurde. Aber an dem Zeitpunkt war auch gar nicht so klar: Wogegen müssen wir jetzt kämpfen, was wird sich zuspitzen? Es war klar, dass soziale und politische Ungleichheit zunimmt, die Chancengleichheit in der Bildung noch weiter abnimmt und dass häusliche Gewalt wiederum zunimmt. Auch die Sorge davor, dass Klima-

politik nochmal weiter ins Hintertreffen gerät, weil ja alles andere wichtiger ist, bestand berechtigterweise. Und in alldem konnten wir unsere Forderungen nicht mehr richtig auf die Straße tragen. Ich hab jetzt nochmal ausgeholt, weil es manchmal relativ klar auf dem Tisch liegt, was das Problem ist, auch wenn eine gewisse Komplexität besteht. Zum Beispiel wie es im Sommer 2018 oder auch vor den Landtagswahlen in Sachsen 2019 der Fall war. Jetzt sahen wir uns vor eine höchst unklare Situation gestellt. Und da haben wir schon darüber nachgedacht, was wir alles in unseren Aufruf aufnehmen. Dort haben wir das Bedürfnis, das Begehren nach Solidarität artikuliert. Der war zu Beginn der Coronapandemie in Deutschland nochmal ganz anders im öffentlichen Diskurs präsent, der Begriff der Solidarität. Insofern haben wir unser Motto #SoGehtSolidarisch mit der zukunftsweisenden Frage verbunden: Wie kommen wir jetzt in eine solidarische Gesellschaft und nicht in eine noch ungerechtere, noch ungleichere? Dabei wurde darum gerungen, welche Adjektive in dem Aufruf stehen und in unserer Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden sollen. Wir haben gesagt: antirassistisch, klimagerecht, geschlechtergerecht und sozial. Das waren die vier Stichworte, unter denen wir insgesamt diesen Aufruf gespannt haben. Aber andere hätten sicher gerne andere gesehen.

Du hast es gerade schon anklingen lassen: Solidarität ist ein wichtiges Stichwort bei euch, worauf ihr euch auch immer wieder beruft. Was bedeutet für euch Solidarität?

Solidarität ist meines Erachtens ein verbindender Begriff von Beziehungen, der im besten Fall entindividualisiert ist. Also nicht ein Almosen oder eine direkte Gabe nur an eine Person, sondern sehr wohl in einem Verhältnis von vielen, eben auch teilweise anonym und wobei man das Ganze im Blick behält. Solidarisch sein ist eine Form von Haltung, die sich immer wieder auf den Prüfstand stellen muss. Ich kann nicht permanent mit jemandem solidarisch sein, sondern das muss sich durch ein Handeln ausdrücken. Aber es muss immer wieder in der jeweiligen Situation überprüft werden, wo Solidarität gefordert ist. Praktische Akte der Solidarität sind, auf Unrecht hinzuweisen oder auch jemanden zu unterstützen, finanziell, im Persönlichen oder ähnliches. Aber der Kern von Solidarität ist, dass es nicht an Freundschaft oder Familienbeziehungen gebunden ist. Da klingt auch der Unterschied von Gesellschaft und Gemeinschaft an. Insofern ist es ein wichtiger Begriff, den #unteilbar wiederbelebt. Nicht zuletzt ist Solidarität ja auch ein ganz starker Begriff aus einer linken Bewegungs-, vor allem Arbeiter:innentradition, aber er hatte auch früher mal kirchliche Anklänge. Es ist ein Begriff, den ich für richtig halte zu rehabilitieren, denn Solidarität kann ein gesellschaftliches Begehren ausdrücken. Das ist auch eine der Grundfesten von #unteilbar: zu sagen, es gibt in der Gesellschaft dieses Begehren nach Solidarität und nach einem solidarischen Miteinander. Aber insbesondere durch Sozialabbau, dadurch, wie wir neoliberal und vereinzelt leben und wir sehr

stark um unser einzelnes Wohl kämpfen müssen, ist die Frage, was für Beziehungs- und Lebensweisen wir eigentlich miteinander führen können und wollen, stark ins Hintertreffen geraten. Insofern ist es natürlich ein übergreifender Wurf und immer wichtig deutlich zu machen: Unsere Solidarität kennt keine Grenzen, wir kämpfen auch für das Recht auf Asyl und – wie derzeit wieder besonders offenbar wird – gegen den menschenrechtswidrigen Umgang mit Geflüchteten an den EU-Außengrenzen. Solidarität bestimmen wir bei #unteilbar somit in unserer Arbeitsweise, als verschiedene Akteur:innen untereinander solidarisch in den verschiedenen politischen Anliegen zu sein. Ebenso ist Solidarität ein gesellschaftliches Verhältnis. Solidarität ist somit zugleich Praxis und Begehren, das wir artikulieren.

Solidarität bestimmen wir bei #unteilbar somit in unserer Arbeitsweise, als verschiedene Akteur:innen untereinander solidarisch in den verschiedenen politischen Anliegen zu sein. Ebenso ist Solidarität ein gesellschaftliches Verhältnis. Solidarität ist somit zugleich Praxis und Begehren, das wir artikulieren.

Merkt ihr, dass ihr dabei an Grenzen stoßt, weil man nur immer mit bestimmten Akteur:innen solidarisch sein kann und dabei teilweise wieder Ausschlüsse entstehen können? Wenn ja, wie geht ihr damit um?

Ja, wir stoßen an Grenzen dabei, was wir gemeinsam als Bündnis fordern oder unterstützen, wie wir Solidarität mit einzelnen Kämpfen zeigen. Denn obwohl ich benannt habe, dass #unteilbar mehr ist als die Summe seiner Teile, ist #unteilbar trotzdem ein Bündnis und damit nur bedingt eine eigenständige Akteurin. Wir haben schon auch immer die einzelnen Teile im Blick. Wir zeigen uns mit manchen Aktionen, die grundsätzlich zu unserem politischen Anspruch passen, nicht öffentlich solidarisch, weil unsere Politik eine andere ist oder unser gemeinsamer Konsens ein anderer ist. Vor allem was Aktionsformen betrifft, aber eben auch manchmal spezifische Forderungen, die weitgehender sind als in unserem Bündniskonsens. Das kommt schon vor und das ist auch schmerzhaft. Aber ich finde es wichtig, weil verschiedene Formen von politischem Handeln und Sich-Assoziieren verschiedene Zwecke erfüllen können und trotzdem in der Debatte darüber miteinander in Verbindung stehen. #unteilbar ist somit ein Modus, ein Prozess des Auslotens über das Gemeinsame. Und darauf kommt es an: Uns in polarisierten Momenten zu Wort zu melden, als Zusammenschluss.

Wie geht ihr dann intern mit Differenzen und Widersprüchen um, weil ihr ja ein sehr breites Bündnis seid mit sehr vielen verschiedenen Akteur:innen, die innerhalb schon sehr unterschiedliche Politiken verfolgen?

Auch dafür versuchen wir, in vielem Kompromisse zu finden. Ein Beispiel ist der DGB und Klimagerechtigkeitsgruppen wie Fridays for Future oder Ende Gelände. Letztere würden natürlich, um es plakativ zu machen, gerne sagen: »Wir sind unteilbar, indem wir die komplette fossile Industrie dichtmachen.« Das funktioniert dann halt nicht so gut zu Positionen, die die IG Metall innerhalb des DGB vertritt. Insofern sind unsere Aufgaben, verschiedene Themen zu verbinden, in einem übergreifenden Narrativ. Das Besondere ist, die einzelnen Themen zusammen zu äußern. Wir hatten das zum Beispiel im Juni 2020 bei der Frage nach den Wegen aus der Coronakrise. Wir haben einerseits gesagt: »Wir brauchen staatliche Investitionen und staatliche Programme, die arbeitnehmer:innenfreundlich sind und die aber auch Klimaziele im Blick haben.« Natürlich würden jeweils die einzelnen Akteur:innen weitergehende Forderungen dazu alleine äußern. Das zusammen zu sagen, mag im ersten Moment eher langweilig klingen. Aber es ist für die Einzelnen und auch das Bündnis insgesamt von Mehrwert, dass die Akteur:innen gemeinsam auf die Straße gehen und sagen: »Wir sind zusammen, weil wir für eine bessere Zukunft streiten, auch wenn wir sie uns teilweise unterschiedlich vorstellen.«

78

Aber es ist für die Einzelnen und auch das Bündnis insgesamt von Mehrwert, dass die Akteur:innen gemeinsam auf die Straße gehen und sagen:
»Wir sind zusammen, weil wir für eine bessere Zukunft streiten, auch wenn wir sie uns teilweise unterschiedlich vorstellen.«

Für Sachsen gibt es ein ganz konkretes Solidaritätsversprechen. Gab es schon mal die Notwendigkeit, sich darauf zu beziehen und wenn ja, wie hat das geklappt oder was habt ihr da gemacht?

Dieses Solidaritätsversprechen ist handlungsleitend für die Politik und den Umgang miteinander, insbesondere in Sachsen. Weil es die Frage so stark auf den Tisch bringt: Wie können wir solidarisch mit Projekten und Personen sein und wie können wir Unterstützungsarbeit leisten? In manchen Fällen war es so, dass wir einen Spendenaufruf geteilt haben für ein Projekt, was angegriffen wurde und Gelder brauchte.

Manchmal ist es auch eher ein persönliches Nachhorchern und schauen, wo Unterstützung gebraucht werden kann. Ein andermal besteht es auch darin, dass wir Bündnisintern auf Bedrohungen von Projekten oder Unterstützungsbedarf aufmerksam machen. Es wird auf verschiedenen Ebenen gebraucht. Aber wir nutzen es bisher eher als Versprechen und als Arbeitsgrundlage miteinander in Sachsen. Wir haben es öffentlich gemacht und wir sagen öffentlich, dass wir dieses Versprechen miteinander haben, aber in unserer Arbeit und unserer Auseinandersetzung wird es eher intern genutzt.

Im Winter 2019/2020 gab es zum Beispiel eine Organisation, die massiv angegriffen wurde durch AfD-Kommunalpolitik. Denen wären gegebenenfalls alle Gelder entzogen worden und da haben wir überlegt, ob wir eine größere öffentlichkeitswirksame Kampagne machen wollen. Da war dann aber der Wunsch dieses Vereins, das erstmal weiter auf kommunalpolitischer Ebene anzugehen, bevor man es in der Öffentlichkeit skandalisiert. Es war also ein Suchen nach Möglichkeiten und Angeboten, aber die Entscheidung liegt natürlich trotzdem bei den betroffenen Projekten und Organisationen.

Darüber hinaus ist auch unsere Vernetzung »Solidarischer Osten«, in dem Initiativen und Organisationen aus ganz Ostdeutschland zusammenkommen, um Herausforderungen und Möglichkeiten solidarischer Unterstützung und auch Sichtbarkeit zu diskutieren und Perspektiven zu entwickeln, von dem Solidaritätsversprechen getragen. Dafür bildet es auch eine Grundlage.

So ein langer Kampf und politische Arbeit frisst natürlich auch Energien. Wie stellt ihr Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit her in eurer politischen Arbeit? Ist das überhaupt ein Thema bei euch?

Ja, das ist immer mal wieder Thema, aber wenig systematisch, was sicher auch daran liegt, dass wir altersmäßig sehr gemischt sind: von Personen, die gerade erst ein paar Jahre aus der Schule raus sind, bis hin zu Personen, die dadurch, dass ihre Berufstätigkeit zu Ende geht, nochmal mehr Zeit haben. So sind durch die Bank Menschen in jedem Lebensalter zu finden. Insofern stellt sich die Frage nach nachhaltigem politischem Aktiv-Sein ganz unterschiedlich für die Einzelnen. Manche sind es gewohnt, jede Woche 60 bis 70 Stunden zu arbeiten, andere schaufeln sich explizit für #unteilbar sehr viel Zeit frei oder müssen schauen, wie sie es mit ihren Kindern und anderer Sorgearbeit vereinbaren. Was es eher nachhaltig macht, ist, dass innerhalb des Bündnisses politische Freundschaften, aber auch Vertrauen entstanden sind, die es für viele angenehm macht, miteinander zu arbeiten. Wir merken aber auch, dass die Arbeit nicht gleichmäßig verteilt ist und dass einige deswegen, weil der politische Modus für sie nicht mehr funktioniert oder politische Differenzen be-

stehen, pausieren oder nicht mehr aktiv mit dabei sind. Und ja, dieser Arbeitsmodus produziert auch Ausschlüsse. Es ist schon eine politische Arbeit, die extrem fordernd ist, in die die meisten Aktiven ehrenamtlich viel Zeit reinstecken und die trotz unseres Anspruchs, im Miteinander solidarisch zu sein und miteinander zu arbeiten, auch kräftezehrend ist. Man steckt es nicht einfach immer so weg. Auch weil wir dieses Jahr zwei sehr kurzfristig organisierte Aktionen gemacht haben. Aber das gemeinsame Arbeiten setzt ebenso wahnsinnig viel Energie frei und bestärkt uns. Und wir arbeiten definitiv daran, unsere politische Arbeit langfristig auszurichten.

Würdest du sagen, dass es generell ein wichtiges Thema bei euch ist: emotionale und arbeitstechnische Belastung und der Umgang damit?

In unserem Büroteam schon stärker, weil für uns die Trennung zwischen politischem Aktivismus und Lohnarbeit nicht so stark ist und dadurch nochmal ein anderes Thema der Abgrenzung entsteht. Insgesamt findet die Auseinandersetzung aber eher auf der persönlichen Ebene statt und in den Arbeitsstrukturen eher implizit oder in einer Auswertung, als dass es regelmäßig Thema ist.

Dann noch eine letzte Frage: Jenseits eines Abwehrkampfes, was ist denn dein positiver Entwurf von einer besseren Gesellschaft?

Ich denke, das ist das, was viele Einzelpersonen, aber auch Organisationen an #unteilbar interessant finden oder weshalb sie dabei sind. #unteilbar ist nicht nur ein Abwehrkampf. Sondern das Wort an sich, uns nicht teilen zu lassen in unseren Kämpfen, ist schon ein klarer Entwurf und eine positive Haltung: »Solidarität statt Ausgrenzung! Für eine offene und solidarische Gesellschaft«, das ist von Beginn an unser Motto. Das ist einerseits ein gesellschaftlicher Gegenentwurf zu dem, wie wir jetzt leben. Und trotzdem können wir sagen: »Sie scheint ja schon auf, die solidarische Gesellschaft.« In vielem, was verschiedenste Projekte, Organisationen und Initiativen tagtäglich realisieren und wie wir leben. Vorhin habe ich schon über Beziehungsweisen gesprochen. Wir leben ja nicht nur in der konservativen Imagination von Mutter-Vater-Kind-Beziehungen, das ist ja fernab der realen Pluralität von Lebensweisen. Es ist trotzdem noch ein Kampf notwendig dafür, dass wir alle selbstverständlich und selbstbestimmt so leben können, wie wir es wollen. Materiell ist das mit staatlichen Einschränkungen verbunden. Es hat aber auch damit zu tun, dass Homophobie weiterhin verbreitet ist. Das als ein Aspekt. Was wir als #unteilbar im Kern artikulieren ist: »Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden.« Wir bestehen auf dem Recht auf Asyl und

Dennoch ist das Einende wirklich, dass wir den Anspruch haben, eine Vision eines Anderen, einer solidarischen Gesellschaft, immer wieder zu formulieren.

transportieren insofern auch eine globalere Vorstellung von Gesellschaft, dass Menschen nicht an Grenzen sterben sollen müssen. Und wir wollen ein Zusammenleben, in dem Menschen nicht in Armut leben müssen. Das sind für mich persönlich drei Punkte, die aber alle, unterschiedlich, auch in #unteilbar-Aufrufen benannt werden. Unteilbar sein heißt, die Verschiedenheit von uns als Menschen anzuerkennen und die Freiheit, uns entfalten zu können. Es heißt die Freiheit von Einschränkung, die Freiheit von Diskriminierung und auch die Freiheit von rechten Angriffen, rechtem Gedankengut. Das ist grundlegend für unsere gemeinsame Politik und das kann und muss immer neu ausbuchstabiert werden, was es bedeutet. Dennoch ist das Einende wirklich, dass wir den Anspruch haben, eine Vision eines Anderen, einer solidarischen Gesellschaft, immer wieder zu formulieren.

Rebecca Rahe, 29, ist Soziologin, arbeitet in Berlin im #unteilbar-Büro und ist dort unter anderem für die Öffentlichkeitsarbeit tätig. Sie hat lange in Leipzig gelebt und war dort in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen aktiv.

BERICHTERSTATTUNG ÜBER PROTEST AKTIVISMUS IN DER MEDIALEN AUFMERKSAMKEITSÖKONOMIE

»Es ist unglaublich, was man mit einem gut gepflegten Katastrophengefühl alles anfangen kann. Man kann aus ihm viel billige Münze schlagen, die dann als Wechselgeld in allen Bereichen des täglichen Lebens umläuft.«¹

»Islam-« und »Coronakritiker«, »besorgte Bürger« und »Klimaskeptiker«: Ein ganzes Heer neuer Protestierender belagert 2020 die öffentlichen Räume und Diskussionen. Zumindest suggeriert das das von ihnen gezeichnete mediale Bild. Dabei wird auf der Straße und in den Kommentarspalten nur alter Wein in neuen Schläuchen gereicht: Diese Mischszene kam schon bei den »Montagsdemonstrationen« und dem »Friedenswinter« zusammen, wo vermeintlich Linke mit Reichsbürger:innen und anderen Völkischen eine Querfront bildeten. Verschwörungsmythen und Impfverweigerung geben dem aktuell einen grün-esoterischen und bildungsbürgerlichen Touch. Die gleiche Hydra hebt nur ein weiteres Haupt und doch ist ihre mediale Darstellung von Verwunderung und Aufschrecken geprägt. Währenddessen kommen emanzipatorische Projekte und Aktionen in der Berichterstattung häufig zu kurz, selbst wenn sie

Währenddessen kommen emanzipatorische Projekte
und Aktionen in der Berichterstattung häufig zu kurz,
selbst wenn sie mehr Menschen mobilisieren.

mehr Menschen mobilisieren. Warum das so ist, soll in diesem Beitrag knapp abgehandelt werden. Wie progressive Aktivist:innen versuchen können, die eigene Medienwahrnehmung positiv zu beeinflussen, soll hingegen ausführlicher diskutiert werden.

1 Sieburg (2010): 77.

ZEIGEN DIE MEDIEN, WAS IST? – ZUR SCHIEFLAGE DER MEDIALEN REPRÄSENTATION VON POLITISCHEN PROTESTEN

Die Veränderung begann 2014. Augenreißend musste man beobachten, wie sich Demonstrant:innen montags etwa in Leipzig für ein bisschen Frieden einfanden. »Wir sind keine Nazis, keine Antisemiten. Wir sind Menschen«, erklärten sie und: »Mit Politik will ich nichts zu tun haben!«² Neben solchen unterkomplexen Äußerungen dieser Besorgten wurden extrem rechte Forderungen laut, es wurden Reichsbürger:innen-Positionen vertreten, von Antisemitismus durchtränkte Tiraden richteten sich gegen Projektionen einer gelenkten Medienlandschaft und oligarchischen Globalisierung.

Während rasch Kritik von links kam, in Leipzig etwa riefen mehrere Gruppen zur »kritischen Begleitung« auf, reagierten Journalist:innen ziemlich distanzlos. Man wollte irgendwie ins Gespräch kommen, gerade mit denen, die sie beleidigten. Gegen-demonstrant:innen wurden oft genug nur als störend wahrgenommen.

Man schaut zu, hält das Mikrofon hin.

83

Grundlegend hat sich daran bis heute nichts geändert. Das Schema lief beim Auf-laufen von Pegida und seinen diffusen Ablegern ab, bei Auftritten der AfD genauso wie bei rassistischen Demonstrationen gegen die Flüchtlingspolitik. Man schaut zu, hält das Mikrofon hin. Erst, wenn offenkundig ist, dass sich nicht nur eine Hand-voll Rechte untergemischt hat, wird der Ton etwas kritischer. Auch bei den Demon-strationen gegen die Pandemiemaßnahmen 2020 ist das zu erleben, wobei zumin-dest überregionale Medien diesmal schneller waren mit der Einordnung. Dieses wiederkehrende Muster resultiert aus einem Bündel von Gründen – individuellen und strukturellen.

Neutralitätsmythos Das Ideal der distanzierten Journalist:innen ist naiv. Keine Erkenntnis ohne Interesse: Niemand ist frei von Vorurteilen, Neigungen, Überzeu-gungen. Der Platz in der Gesellschaft – Schicht/Milieu/Klasse – spielt eine Rolle; »männlich, weiß, heterosexuell« bildet auch bei der schreibenden Zunft den Normal-fall. Das kann politische Präferenzen prägen. Reflektieren Journalist:innen das nicht, blicken sie wohl oder übel mit Scheuklappen auf die Dinge.

2 Prüwer (2014a, 2014b).

Besorgte Bürgerlichkeit Aus ihrer bourgeoisen Perspektive mögen viele Journalist:innen kaum glauben, dass auch vermeintlich »normale« Bürger:innen extrem rechts sein können. Die Assoziation von Neonazis in Springerstiefeln beherrscht bis heute nicht nur das mediale Bild, sondern auch die Köpfe mancher Medienschaffenden. Das führt dazu, nazistische Äußerungen als Ausdruck von Unzufriedenheit zu interpretieren, statt die Sprechenden beim Wort zu nehmen. Im Osten kommt hinzu, dass es natürlich biografische Kränkungen gibt und gab und jede:r hier Lebende jemanden kennt, die/der sich vom Westen ungerecht behandelt fühlt. Daher haben Journalist:innen hier ein gewisses Grundverständnis für Unzufriedenheit aller Art.

Hufeisenmodell Die Extremismusformel von der neutralen Mitte und den extremen Rändern führt zu falsch verstandener Ausgewogenheit. Journalist:innen glauben, neutral zu sein, wenn sie Abstand zu beiden Seiten – oder was sie darunter verstehen – einhalten. Die imaginierte Mitteposition suggeriert ihnen, »für alles offen sein« zu können und den sorgenvollen »Normalbürger:innen« nah zu sein. Daher sah man bei der Leipziger Volkszeitung auch kein Problem, zum Streitgespräch über einen neurechten Kulturamtsleiter eine Buchhändlerin mit Nähe zu Pegida und dem Institut für Staatspolitik einzuladen.³

Die imaginierte Mitteposition suggeriert ihnen,
»für alles offen sein« zu können und den sorgenvollen
»Normalbürger:innen« nah zu sein.

Valenz Die vermutete Meinung der Leserschaft, jene vorgestellte Mitte, entscheidet über den Nachrichtenwert. Also darüber, ob und wie ein Thema aufgegriffen wird. Der kommunale Wille zur Aufnahme von Asylsuchenden ist dann höchstens eine Meldung wert; wer hält das schon für eine gute Botschaft? Ausführlich wird im Juni 2020 über rechte, lange jedoch als bürgerlich wahrgenommene Proteste entlang der Bundesstraße B96 berichtet, während die Gegenaktionen »Karawane der Vernunft« sofort zum Skandal wurde. Als in Altenburg 2016 eine mit Verschwörungstheorien gespickte Ausstellung über 2.000 Jahre deutsches Opfertum eröffnete, brachte erst Berichterstattung von außen Kritik – das Lokal des Verantwortlichen war im städtischen Tourismuskalender beworben.⁴

3 Mania-Schlegel (2020a).

4 Seyfarth (2016).

Stallgeruch Die räumliche Nähe der Regional- und Lokalmedien zur Politik kann abfärben. Lokaljournalist:innen sind Teil der kommunalen Gemeinschaft. Und die möchte bei Skandalösem wie rechter Gewalt nicht ins schlechte Licht gestellt werden. Das führt bei Lokalredakteur:innen zur Tendenz, Sachverhalte zu relativieren, oder erzeugt den Druck, als Nestbeschmutzer:in zu gelten. Zusätzlich herrschen in Regionen mit rechten Hegemonien andere Normalitäten, wird über Sachen als alltäglich berichtet, die man andernorts skandalisieren würde. Das erklärt, warum gerade in Sachsen lokale Medien und Politik erst reagieren, wenn überregionale Medien etwas vor Ort thematisieren. Dass Reichsbürger:innen etc. sich an der B96 aufreichten, fiel hier erst auf, als bundesweit Medien ihren Blick auf Ostsachsen richteten.

Zusätzlich herrschen in Regionen mit rechten Hegemonien andere Normalitäten

Distanz und Relevanz Getreu dem Motto »Sieh, das Gute liegt so nah« entsteht die mediale Bedeutsamkeit von Ereignissen auch aus räumlicher Nähe. Das erklärt, warum die zahlenmäßig mickrigen B96-Proteste oder »Hygiene-Demos« mit 80 Leuten in Pirna im Juni 2020 von den Lokalmedien so stark aufgegriffen und immer wieder beleuchtet wurden, während man über bundesweite Proteste wie Fridays for Future oder die Seebrücke, an denen sich auch Menschen aus der Region beteiligten, zwar berichtete, aber keinesfalls so intensiv.

Aufmerksamkeitsspirale Überregionale Berichterstattung ist notwendig, damit Dinge vor Ort überhaupt wahrgenommen werden. Allerdings steigert das auch den Resonanzraum. Lokale Medien berichten dann erneut über die Besorgt-Bürger:innen, aber zumeist unkritisch verharmlosend. So fragte die Leipziger Volkszeitung die Bürgermeister:innen von Gemeinden an der B96: »Verstehen Sie diese Leute?«. Die Politiker:innen hatten dann Gelegenheit, vom feinen Gespür der Sachsen für Gerechtigkeit zu schwärmen.⁵ Auf überregionale Medienpräsenz reagiert die Politik mit Relativierung. Meister darin ist Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, immer bereit zum Gespräch mit besorgten Bürger:innen, aber Gegenproteste meidend, weil er dort »Linksextremist:innen« vermutet. Sein Medienverständnis spiegelt auch die regionale Berichterstattung: Er wünscht sich, »dass überregionale Medien näher an den Osten heranrücken. [...] je weiter die Redaktionsstuben entfernt seien, desto unschärfer, aber härter würde deren Urteil ausfallen.«⁶

5 Mania-Schlegel (2020b).

6 MDR (2019).

Uninformiertheit Nicht alle Journalist:innen sind informiert – oder lassen zumindest in Artikeln keine Kenntnisse erkennen, wenn sie entsprechende Einordnungen unterlassen. So berichtet ein Journalist über Trauernde in Wurzten, ohne sie als einschlägige Neonazis zu beschreiben, die vielleicht eben nicht spontan Trauer bekunden.⁷ Ein anderer schreibt, die »Bewegung Leipzig« würde sich von Rassismus distanzieren, ohne zu erwähnen, dass dort der als extrem Rechter bekannte Stephane Simon (ehemals »Gohlis sagt nein«, Pegida) eine Rede hielt.⁸ Kannte ihn der Journalist nicht oder wollte er das nicht einordnen? Die Grenze zwischen Uninformiertheit, schlechtem Handwerk und bewusster Verweigerung ist fließend.

Fazit: Der Versuch, durch Einbinden von rechten Positionen Objektivität zu gewährleisten, ist naiv wie gefährlich. In Wirklichkeit machen sich solche Medien gemein mit dem, was sie als »Volkes Stimme« identifizieren. Sie erfüllen eine gesell-

Der Versuch, durch Einbinden von rechten Positionen
Objektivität zu gewährleisten, ist naiv wie gefährlich.

schaftliche Funktion, die mehr im Wegsehen als in Aufklärung besteht, wenn an der »Mitte« gerührt wird. Guter Journalismus ist engagiert, nicht teilnahmslos, kritisch, nicht diskriminierend. Demokratie ist kein neutraler Standpunkt, Journalismus kann darum nicht neutral sein. Zur Not muss man die Journalist:innen darauf hinweisen.

WAS TUN? DEN RECHTEN SPIN DURCHBRECHEN

Wie lässt sich also dem entgegenwirken, dass Medien ausufernd über rechte Aktivitäten berichten, rechte Erzählungen den Weg in den Mainstream finden und somit seit einigen Jahren schon den Diskurs permanent nach rechts verschieben? Die Auflistung zeigt, dass man mit einfachen Rezepten nicht weit kommt. Im Grunde braucht es einen langfristigen Mentalitätswandel. Aber immerhin kann man im jeweils konkreten Fall einiges tun, um den rechten Spin einzudämmen oder gar zu brechen.

7 Latchinian (2020).

8 Meine (2020), Freitag (2020), Prüwer (2014a).

Dazu gehört zuerst die Reiz- und Affektkontrolle. Denn nicht nur Medienvertreter:innen fallen auf rechte Inszenierungen rein, wenn sie kalkulierte Skandale und »Mausrutscher« von AfD&Co. aufgreifen, statt sie als Strategie zu verstehen. Über dieses Stöckchen springen ebenso Aktivist:innen, wenn sie über soziale Netzwerke jedes Detail über die Rechten verbreiten. Damit vergrößern sie deren Reichweite, stoßen schlimmstenfalls erst Journalist:innen darauf. Diese berichten dann, die Aufmerksamkeitsspirale kreiselt. Zurückhaltung ist auch auf aktivistischer Seite gefragt. Dokumentation und Aufklärung bleiben notwendig, aber man darf nicht das Geschäft rechter Social-Media-Redakteur:innen übernehmen. Ihnen Reichweite nehmen bedeutet auch, Screenshots anzufertigen, statt Originalbeiträge zu teilen. Darüber hinaus kann man mit folgenden Möglichkeiten auf Medienberichte reagieren.

Dokumentation und Aufklärung bleiben notwendig, aber man darf nicht das Geschäft rechter Social-Media-Redakteur:innen übernehmen.

Informieren Journalist:innen sind in der Regel dankbar über Hinweise und auch Korrekturen, wenn man sie sachlich über soziale Netzwerke, die Kommentarbereiche oder via Mail auf Fehler in der Berichterstattung hinweist. Diese passieren oft ungewollt, gerade wenn sie unkritisch allein auf der Polizeimitteilung beruhen. Die Silvesterereignisse in Connewitz 2019/20 sind ein Beispiel, wo es einer Öffentlichkeit in den sozialen Netzwerken zusammen mit gut recherchierenden Journalist:innen des Stadtmagazins kreuzer⁹ und der taz gelang, die bis dahin von Polizeimeldungen dominierte mediale Darstellung komplett zu drehen. Auf die erste Korrektur im Lokalmedium wurden andere Journalist:innen aufmerksam. Von Augenzeug:innen später zugespielte Videos halfen, die Recherchen zu unterfüttern.¹⁰ Die gezielte Weitergabe von Informationen an vertrauenswürdige Journalist:innen kann also Einiges bewirken.

Resonanzräume nutzen Es kann ermüdend sein, auf Social-Media-Kanälen, in Leser:innenforen oder in der direkten Kommunikation mit den Journalist:innen aktiv zu sein. Mit Trollen zu diskutieren lohnt nicht, aber eigene Kommentare zu verfassen,

9 Offenlegung: Der Autor dieses Textes ist ebenfalls beim Magazin kreuzer, im dortigen Kulturressort, tätig.

10 Kempen/Lischko (2020), Fuchs et al. (2020).

kann das Meinungsbild in den Kommentarspalten erweitern. Das kann Resonanz in den Redaktionen erwirken.

Widerstreit üben Bei sich eher verweigernden, nicht auf Kritik reagierenden Medien empfiehlt es sich, sie in die Diskussion zu holen und im positiven Sinne Streit zu suchen. Vielleicht kann man ein öffentliches Podium organisieren, wo sich Journalist:innen Fragen zu ihrer Berichterstattung stellen lassen müssen. Oder man bietet Gastbeiträge an, regt Pro-Contra-Artikel an.

Öffentliche Kritik stärkt progressiveren Kräften einer Redaktion bei internen Diskussionen über Kolleg:innen den Rücken.

Isolieren und Solidarisieren Fallen einzelne Journalist:innen mit rechten Positionen auf, sollten diese klar benannt werden. Redaktionen sind selten homogen. Öffentliche Kritik stärkt progressiveren Kräften einer Redaktion bei internen Diskussionen über Kolleg:innen den Rücken.

WAS BRAUCHT'S FÜR DIE SCHLAGZEILE VON MORGEN?

Der Einsatz für Grund- und Menschenrechte, die Stärkung demokratischer Kultur, die Akzeptanz von Vielfalt in unserer Gesellschaft: Viele Themen progressiver Aktivist:innen enthalten keinen Skandal, übertreten keine Grenzen und brechen keine gesellschaftlichen Tabus. Wie können sie es dennoch schaffen, Medienschaffende für ihre Aktionen zu interessieren? Bei zugänglichen Medien empfiehlt es sich, Journalist:innen einzubinden in Projekte. Persönliches Ansprechen, das Herstellen längerfristiger Kontakte kann helfen. Besonders Lokalredaktionen sollten Aktivist:innen etwas inhaltlich Konkretes anbieten, nicht »etwas mit Demokratie«, für das sie erst ihre Vorstellungskraft bemühen müssen. Sie stehen beim täglichen Seitenplanen unter Zeitdruck, weshalb zu Abstraktes leicht untergeht. »Zukunftswerkstatt« und »Demokratieworkshop« sind wichtig, klingen aber zu unsexy. »So krempeln wir die Gesellschaft um«, »Wir hauen auf den Putz« oder »Bahn frei für den Dreiradkonvoi!« wecken eher journalistisches Erstinteresse.

Abschließend folgt eine Liste mit Hinweisen, die die Berichterstattung über ein Projekt, eine Demonstration, eine Aktion begünstigen. Das ist kein Katalog mit Ge-

lingt-immer-Rezepten. Sich daran zu orientieren, erhöht aber die Chancen auf Berichterstattung. Und wenn man ein bisschen Verständnis für den Journalismus gewinnt, wird es leichter, an Journalist:innen heranzukommen und sie für eigene Anliegen zu interessieren.

Ansprechpartner:innen Das sollten nicht nur die Journalist:innen der Politik- und Lokalredaktionen sein. Gerade bei der Freien Presse, Sächsischen Zeitung und Leipziger Volkszeitung sitzen die offeneren und liberaleren Journalist:innen in den Kulturredaktionen. Deshalb ist es sinnvoll, zu überlegen, wie man einen Bogen schlagen kann, um sie mit Aktionen anzusprechen. Vielleicht baut man in eine Kundgebung theatrale Formen ein, macht Diskussionsformate mit Lesungen, Filmvorführungen etc.? Das wird in jedem speziellen Fall anders sein, teilweise unmöglich. Aber die progressiveren Kräfte in den Redaktionen sollten Aktivist:innen nicht ignorieren.

Nachrichtenwert Natürlich muss eine Aktion einen Nachrichtenwert haben, um es in die Berichterstattung zu schaffen. Das kann eine reine Information im Sinne einer Neuigkeit sein. Zusätzlich erzeugen Emotionen, Nähe und die Lokalisierung vor Ort gute Gründe, um über eine Aktion zu berichten. Auch Personalisierung und Überraschung (»Mann beißt Hund«) funktionieren gut. Gerade der emotionale Aspekt ist nicht zu unterschätzen. Man mag es traurig finden, dass Gefühliges – »Kinder und Tiere gehen immer« – besonders gern aufgegriffen wird. Vielleicht denken die Journalist:innen: »Das ist ja ungewöhnlich« oder »Da steckt eine Geschichte dahinter«. Ein gutes Projekt ohne damit verbundene Story wird oft nur zur Notiz reichen.

Ein gutes Projekt ohne damit verbundene Story
wird oft nur zur Notiz reichen.

Sparsamkeit Journalist:innen lieben schlanke Pressemitteilungen. Übersichtlich sollen diese als Informationsgrundlage Fakten liefern und zu Ideen verhelfen, aus denen Beiträge entstehen können. Seriöse Medien übernehmen Pressemitteilungen nicht im Wortlaut. Daher wirkt die Formulierung »Wir bitten um Abdruck« befremdlich. Die Mitteilung muss sofort begeistern, die Journalist:innen interessieren oder verwirren, jedenfalls ihre Aufmerksamkeit wecken (► Nachrichtenwert). Der Text gehört direkt in die Mail kopiert und nicht in den Anhang, denn Herunterladen ist ein Schritt mehr, und jeder Mehraufwand stört die Arbeitsroutine.

Verständlichkeit »Smash«, »fight« und »reclaim«, »BPoC«, »Heteronormativität« und »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« – Anglizismen wirken als Motto kämpferisch, Fachtermini sind für genaue Benennungen essentiell. Aber in Presseinformationen schrecken sie einfach viele Journalist:innen ab, weil sie die Worte nicht (richtig) verstehen und sich der Text für sie inhaltlich sperrt. Ebenso vermittelt er ihnen das Gefühl, sich nicht auszukennen oder das Thema erst aufwändig erschließen zu müssen. Daher sollten Aufrufe an die eigene Peer-Group nicht eins zu eins als Pressematerial verwendet werden.

Flexible Kommunikation Das starre Festhalten an eigenen Sprachregelungen gegenüber der Presse ist kontraproduktiv. Man muss es nicht verstehen, aber einsehen, dass die meisten Medien zum Beispiel nicht gendern. Gibt eine Gruppe ein Interview nur frei, wenn es mit »Innen« oder »*« erscheint, wird es eben nicht veröffentlicht. Gerechte Sprache ist eine eigene Baustelle, aber mit einer aktuellen Pressemitteilung über antirassistisches Engagement im Jugendparlament wird man da nicht abhelfen können.

Timing Frühzeitiges Informieren hilft Journalist:innen ungemein. Sie haben meist mehrere Themen gleichzeitig im Kopf und müssen diese zeitlich organisieren. Die Information muss noch nicht vollständig sein. Ein »Da kommt was« reicht schon für die Planungen. Man kann mit zugänglichen Journalist:innen auch Vorabsprachen treffen. Und will man nicht, dass die Presse zu früh über eine Aktion berichtet, setzt man eine Veröffentlichungssperre: »Sperrfrist: Bitte nicht vor dem T.M.JJ um XX:YY Uhr veröffentlichen.«

Nachhaken Man kann Journalist:innen nicht zu oft informieren. Höfliches Nachfragen, ob denn schon eine Berichterstattung geplant sei oder man mit weiteren Informationen helfen kann, schadet nicht.

Füllmaterial Termin und Anlass einer Aktion kann man sich als Skelett vorstellen. Fürs Publikum müssen Journalist:innen dieses mit Material füllen, damit es greifbar wird. Man kann sie dabei unterstützen, solch verwertbares und konkretes Material zu finden. Fernsehen braucht gute Bilder etwa von kreativen Aktionen, für Radio und Print sind zitierfähige Aussagen (O-Töne) notwendig.

Spontan gut vorbereitet Gerade bei spontanen Aktionen wie Flashmobs oder anderen Interventionen, die man vorher nicht ankündigen will, ist Vorbereitung wichtig. Menschen vor Ort sollten diese auf Twitter mit einer Bildberichterstattung (unter Creative Commons-Lizenz) begleiten und gezielt Journalist:innen via Erwähnung informieren. Eine möglichst rasch nachgeschobene Presseinformation sollte pointierte O-Töne und Fotomaterial enthalten.

Presseverantwortliche Muss man den/die Presseverantwortlichen nicht erst auf der Demonstration suchen, erleichtert das die journalistische Arbeit. Die Person sollte legitimiert sein, Zitierfähiges zu sagen, ohne sich erst mit der Gruppe absprechen zu müssen. Muss ein Interview erst noch einmal vom Kollektiv – schlimmstenfalls über E-Mail-Ping-Pong – abgesegnet werden, sprengt das nicht nur den zeitlichen Rahmen. Es verwässert auch die Aussagen zur Unleserlichkeit.

Pointiertheit Interviews und andere Statements an die Presse sind keine wissenschaftlichen Arbeiten, schon weil das Publikum breit ist. Man bekommt nicht alles unter, kann nicht jedes Detail erklären. Der Stil von Demoreden ist Menschen jenseits der eigenen Peer-Group zu anstrengend, ja zu langweilig. Also sollte man sich bemühen, die Sachverhalte verständlich und begreifbar zu erklären.

Sachverhalte verständlich und begreifbar erklären

Weiterführendes Informieren Zugängliche Medienvertreter:innen kann man zu Hintergrundgesprächen einladen oder mit kontinuierlichen Hinweisen zu Entwicklungen in der Region versorgen. Das ermöglicht ihnen, gerade langfristige Geschichten zu begleiten.

91

Ego-Streichler Gute Journalist:innen brennen genauso für ihre Arbeit wie Aktivist:innen für ihr Engagement. Und freuen sich genauso darüber, wenn ihre Arbeit wahrgenommen wird. Daher kann ein Lob, wenn sie berichtet haben, nicht schaden.

Viel Erfolg!

LITERATUR

- Freitag, Michael (2020):** Stephane Simon am 12. Mai 2020 am offenen Mikrofon bei der »Bewegung Leipzig«. Und einer der Mitorganisatoren applaudiert, 30.05.2020, <https://www.l-iz.de/politik/leipzig/2020/05/Die-ausgefallene-Revolution-Zeigt-uns-den-Virus-dann-zeigen-wir-unsere-Masken-333290/attachment/STephan>, 30.05.2020
- Fuchs, Christian/Kempen, Aiko/Lopez, Edgar (2020):** Das Video der Silvesternacht von Connewitz, 06.01.2020, <https://kreuzer-leipzig.de/2020/01/06/das-video-der-silvesternacht-von-connewitz>, 06.01.2020.

- Kempen, Aiko/Konrad Lischko (2020):** Eskalation mit Ansage, 02.01.2020, <https://taz.de/Gewalt-in-Leipzig-Connewitz-an-Silvester/!5650003>, 02.01.2020.
- Latchinian, Haig (2020):** 17-Jähriger stirbt nach Himmelfahrt: Wurzen ist geschockt, 25.05.2020, <https://www.lvz.de/Region/Wurzen/Toter-Mann-nach-Himmelfahrt-Wurzen-entsetzt>, 25.05.2020.
- Mania-Schlegel, Josa (2020a):** Streitgespräch zur Causa Bernig: »1933 gab es auch eine demokratische Wahl«, 13.06.2020, <https://www.lvz.de/Nachrichten/Kultur/Kultur-Regional/Streitgesprach-zur-Causa-Bernig-in-Radebeul-Darf-ein-Neurechter-ein-oeffentliches-Amt-ausueben>, 13.06.2020.
- Mania-Schlegel, Josa (2020b):** Corona-Leugner an der B96: Verstehen Sie diese Leute?, 06.07.2020, <https://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Was-wollen-die-Corona-Leugner-an-der-B96-Acht-Buergermeister-antworten>, 06.07.2020.
- Meine, Björn (2020):** Corona-Proteste: Rund 120 Teilnehmer auf dem Leuschner-Platz, 12.05.2020, <https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Corona-Proteste-Rund-120-Teilnehmer-auf-dem-Leuschner-Platz>, 12.05.2020.
- MDR (2019): Kretschmer:** Große Medienhäuser sollen näher an den Osten rücken, 29.05.2020, https://www.mdr.de/sachsen/politik/kretschmer-zu-medien-100_box--1929855116707950361_zc-66df1bb4.html, 29.05.2019.
- Prüwer, Tobias (2014a):** Ein bisschen Frieden, 22.04.2014, <https://www.kreuzer-leipzig.de/2014/04/22/ein-bisschen-frieden>, 22.04.2014.
- Prüwer, Tobias (2014b):** »Mit Politik will ich nichts zu tun haben!«, 13.05.2014, <https://www.kreuzer-leipzig.de/2014/05/13/mit-politik-will-ich-nichts-zu-tun-haben>, 13.05.2014.
- Seyfarth, René (2016):** Holocaust mit Soljanka, 02.03.2016, <https://kreuzer-leipzig.de/2016/03/02/holocaust-mit-soljanka>, 02.03.2016.
- Sieburg, Friedrich (2010):** Die Lust am Untergang. Frankfurt a. M.

TEIL II
UNGEHORSAM

BESTENS INFORMIERT IMMER SO WEITER MACHEN. DAS IST DAS PROBLEM! – UNTERLASSEN UND VERWEIGERN

Die Welt braucht mehr Verweigerung.

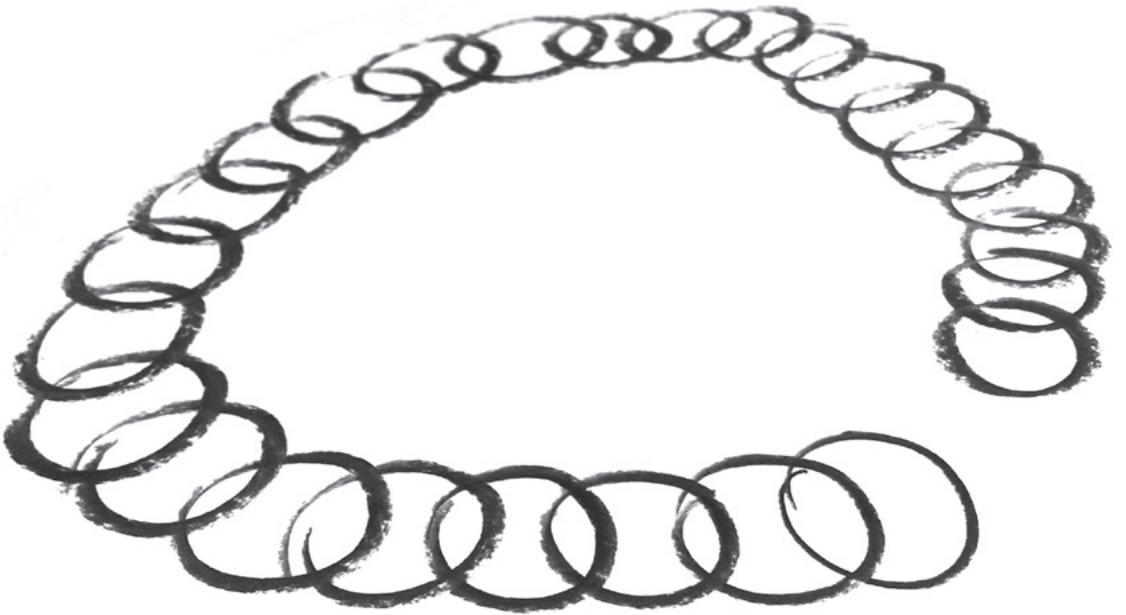
Der Beitrag nähert sich dem Verweigern als Praxis des zivilen Ungehorsams.
Unterlassen braucht Mut; denn Unterlassen ist kein Rückzug.

Wenn die Aushandlung gesellschaftlicher Verhältnisse immer stärker Sachzwängen unterliegt, ist dann unser Denken und Handeln davon noch frei? Liegt in der Unterlassung, im Nicht-Tun, im nicht Mittun oder dem Nichtteilnehmen eine brach liegende Ästhetik unseres Handelns?

Das gute Leben braucht neue Formen des Produzierens von Gegenwart und hat kein fleißiges Gesicht.

KATHRIN KRAHL & STEFANIE BUSCH

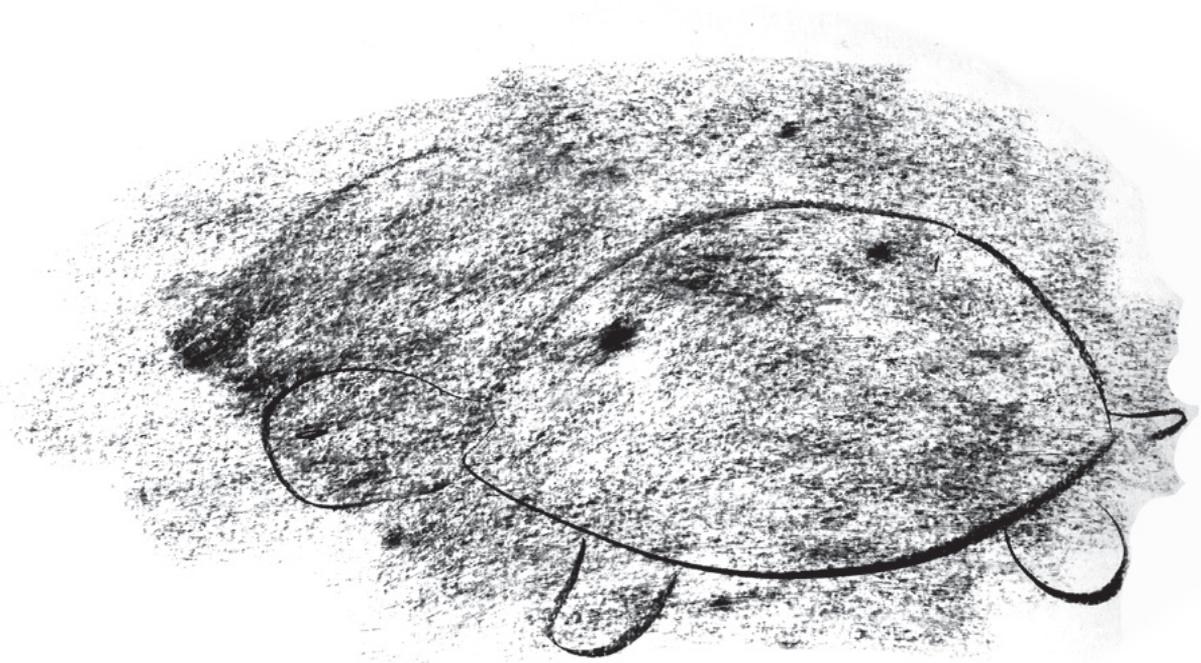




Unterlassen

ist

Handeln





_____ ist nicht
die regenerative
Seite der
kapitalistischen
Produktion

ZIVILER UNGEHORSAM: DEMOKRATIEN ALS RISKANTE ORDNUNGEN

»Wenn die erste Frau, die von Gott je geschaffen wurde, ganz allein das Oberste der Welt nach unten kehren konnte, dann dürfte es diesen Frauen gemeinsam wohl noch gelingen, die Welt wieder gerade zu rücken. Und jetzt sind sie da, um dies zu tun und die Männer tun gut daran, sie gewähren zu lassen.«¹

In ihrer Rede ruft Sojourner Truth als ehemalige Sklavin auf der Women's Convention in Akron, Ohio die versammelten Frauen zum gemeinsamen Handeln auf. Es ist ein Frontalangriff auf tradierte Selbstverständlichkeiten. Ein Angriff auf die Grenzziehung zwischen Herrschaftsausübenden und Herrschaftsunterworfenen, auf die Aufteilung der Gesellschaft in diejenigen, die ihre Welt gestalten können und diejenigen, die daraus ausgeschlossen sind, kurz: ein Angriff auf die Unterscheidung zwischen denen, die als politische Subjekte gelten und denen, die andere Räume jenseits von Politik bevölkern oder denen dieser Platz zugewiesen wurde.

102

Was Sojourner Truth hier unternimmt, ist die Unterbrechung der Tradition, die Konterkarierung eines tradierten Politikbegriffs, der auf Exklusion gegründet war. Diese Unterbrechung als den Ursprung und Ausgangspunkt von Politik zu verstehen,

Insofern kann politisches Handeln
auch als Form einer Grenzüberschreitung
verstanden werden

ist in der politischen Ideengeschichte vor allem mit einem Namen verbunden: Hannah Arendt. Neubeginn und das Unterbrechen von Routine zeichnen bei ihr das politische Handeln aus. Ganz in diesem Sinne ruft Truth zur Veränderung der Welt und zur Infragestellung etablierter Vorstellungen von Politik und politischen Subjekten. Sie stellt bereits mit ihrem Auftritt »die Welt auf den Kopf«, indem sie die Grenzen

¹ Rede von Sojourner Truth, zitiert nach Davis (1982): 62.

überschreitet, die bislang gezogen waren und für viele als selbstverständlich galten. Insofern kann politisches Handeln auch als Form einer Grenzüberschreitung verstanden werden, was an Arendts Überlegungen zum zivilen Ungehorsam deutlich gemacht werden soll. Um die Frage zu diskutieren, warum der Gehorsam apolitisch, der Ungehorsam jedoch als der Politik zugehörig gedacht werden kann, werde ich im ersten Teil das Verhältnis von Gehorsam und Politik untersuchen. Der zweite Abschnitt führt in den Begriff des zivilen Ungehorsams ein. Im dritten Teil wird die Frage des Ungehorsams in Demokratien zentral verhandelt. Im letzten Teil soll dann mit Hannah Arendt nach einem Ersatz für den Gehorsamsbegriff gesucht werden. Denn ohne eine Form der Befolgung von Gesetzen und Regeln würden Demokratien zu völlig instabilen Gebilden werden.

1. ÜBER GEHORSAM IN DER POLITIK

Hannah Arendt setzt sich in vollkommen unterschiedlichen Zusammenhängen mit Fragen des Gehorsams wie des Ungehorsams auseinander. Zugespitzt lässt sich sagen, dass der Gehorsam das Politische auf allen Ebenen verneint, während der

Mit Gehorsam lässt sich also keine Politik machen
oder, anders ausgedrückt:
Keine Politik lässt sich ohne Ungehorsam denken.

zivile Ungehorsam zentrale Charakteristika ihres Politikbegriffs verkörpert. Mit Gehorsam lässt sich also keine Politik machen oder, anders ausgedrückt: Keine Politik lässt sich ohne Ungehorsam denken. Das scheint zunächst einmal eine Provokation vor allem aus juristischer Perspektive zu sein. Denn wir müssen doch ganz offensichtlich Gesetzen gehorchen, Anweisungen befolgen und uns bestimmten Regeln des Zusammenlebens unterwerfen. Außerdem ist Stabilität einer Gesellschaft ohne Gehorsam gegenüber den allgemeinen Regeln des Zusammenlebens kaum denkbar. Warum also schließt Arendt Gehorsam aus dem Raum des Politischen aus und warum ist der zivile Ungehorsam mit Politik in Demokratien vereinbar? Um die Frage zu klären, müssen wir zunächst näher auf den Begriff des Gehorsams blicken.

Im Kontext der Auseinandersetzung um ihr Buch »Eichmann in Jerusalem«² setzt sich Arendt mit dem Begriffspaar von Befehl und Gehorsam auseinander. Wie viele andere angeklagte Nationalsozialist:innen versuchte auch Eichmann, sich der Verantwortung zu entziehen, indem er auf die Befehle verwies, denen er doch zu gehorchen gehabt habe. Er sei nichts weiter als ein Befehlsempfänger gewesen. Das nimmt Arendt zum Anlass, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, was Verantwortung unter den Bedingungen einer totalitären Herrschaft bedeutet. Sie beharrt darauf, dass alle für ihre Taten verantwortlich sind, selbst unter totalitären Bedingungen, und zieht daraus den Schluss: »Es wäre viel gewonnen, wenn wir das böartige Wort ›Gehorsam‹ aus dem Vokabular unseres moralischen und politischen Denkens streichen könnten.«³ Arendt bezieht sich hier nicht mehr nur auf die totale Herrschaft, sondern verweist auf Politik insgesamt. Für sie ist also der Begriff des Gehorsams ebenso falsch für nichttotalitäre, für freie Gesellschaften. Dafür lassen sich mehrere Gründe finden:

Der Gehorsam ist erstens dem Versprechen der Gleichheit entgegengesetzt. Arendt denkt Politik hierarchiefrei. Die wechselseitige Anerkennung als Gleiche ist für sie Voraussetzung, dass überhaupt politisch gehandelt werden kann. Freiheit, bei Arendt der Sinn von Politik, ist nur unter Gleichen möglich. In einem hierarchischen, die Ungleichheit betonenden Befehl-Gehorsam-Verhältnis sind weder die Befehlsgeber:innen noch diejenigen, die die Befehle ausführen, frei.

Gehorsam widerspricht zweitens Arendts grundlegender Überzeugung über das »Faktum der Pluralität«.⁴ Denn der Gehorsam schaltet die Alternativen aus. Im Gehorsam gibt es nur einen Weg und er leugnet, zumindest im Moment des Gehorsams, dass auch ein anderer Weg beschritten werden könnte. Auch gehört zur Plu-

Auch gehört zur Pluralität, der Verschiedenheit
der Menschen, dass es immer mindestens zwei
unterschiedliche Perspektiven auf den Gegenstand gibt,
dass die Welt auch ganz neu betrachtet werden kann,
dass alles anders sein könnte, als es eingerichtet ist.

2 Arendt (1964).

3 Arendt (1989 [1964]): 97.

4 Arendt (1981 [1967]): 17.

ralität, der Verschiedenheit der Menschen, dass es immer mindestens zwei unterschiedliche Perspektiven auf den Gegenstand gibt, dass die Welt auch ganz neu betrachtet werden kann, dass alles anders sein könnte, als es eingerichtet ist: »Das Handeln bedarf einer Pluralität, in der zwar alle dasselbe sind, nämlich Menschen, aber dies auf die merkwürdige Art und Weise, daß keiner dieser Menschen je einem anderen gleicht, der einmal gelebt hat oder lebt oder leben wird.«⁵ Der Gehorsam jedoch lässt die Welt, so wie sie ist, weil er nichts infrage stellt.

Drittens leugnet der Gehorsam die eigene Urteilsfähigkeit. Die Aussage Eichmanns »Ich habe nur Befehlen gehorcht« steht prototypisch für eine Welt, in der es kein »es ist auch anderes möglich« mehr gibt. Im Gehorsam ist das Moment des Innehaltens und der Reflexion verschwunden.

Mit der Leugnung der eigenen Urteilsfähigkeit geht viertens die Abgabe von Verantwortung einher. In einem Befehl-Gehorsam-Verhältnis liegt die Verantwortung bei demjenigen, der die Befehle gibt und nicht bei dem, der gehorcht. Zumindest sah Arendt diese Konsequenz in der Verteidigung Eichmanns. Die Verantwortung für die Entscheidung wird an die Befehlsgeber:innen abgegeben.

In all diesen Punkten wird deutlich, dass es um einen zentralen Begriff geht, der mit dem Gehorsam absolut unvereinbar ist: die menschliche Freiheit. Die besonderen Bedingungen der totalen Herrschaft leugnet Arendt nicht: »Die Angeklagten in den Kriegsverbrecherprozessen handelten unter Verhältnissen, in denen jede moralische Tat ungesetzlich und jede rechtmäßige Handlung ein Verbrechen war.«⁶ Wenn die ganze Umgebung entschieden hat, nach einem bestimmten Gebot zu leben, wie schaffe ich es dann, mich dagegen zu entscheiden? Arendts Beharren auf der Fähigkeit des Menschen, zu allen Zeiten und auch unter den Bedingungen der totalen Herrschaft das Böse zu erkennen und sich dagegen zu entscheiden und nicht mitzumachen, begründet bei ihr die menschliche Freiheit. Es ist für sie also möglich, immer und überall, auch wenn alle in ihrer Meinung von meiner Meinung abweichen, mich dagegen zu entscheiden. Über Freiheit können wir nur sprechen, wenn etwas anders sein kann als das Gegebene, wenn Irritation zugelassen wird, ein Innehalten möglich ist. Freiheit eröffnet sich mit den Alternativen, mit den neuen, unbekannteren Perspektiven und dem Unterbrechen von Routine.

5 Ebd.

6 Arendt (1989 [1964]): 89.

Freiheit scheint also zunächst der zentrale Gegenbegriff zum Gehorsam zu sein. Allerdings sind wir damit noch nicht viel weiter gekommen. Denn, um es paradox zu formulieren: Gehorchen zu dürfen, müsste dann auch im Freiheitsbegriff enthalten sein. Darüber hinaus bleibt auch die Frage offen, ob wir nicht den Gesetzen im demokratischen Rechtsstaat Folge leisten müssen. Und trotzdem würde Arendt den Gehorsamsbegriff als apolitisch und der Freiheit entgegengesetzt bezeichnen.

Freiheit eröffnet sich mit den Alternativen,
mit den neuen, unbekanntem Perspektiven
und dem Unterbrechen von Routine.

Im Folgenden nähern wir uns diesen Fragen von der anderen Seite her: Wenn Gehorsam aus der Politik gestrichen wird, wird dann umgekehrt Ungehorsam zur Pflicht?

2. WAS IST ZIVILER UNGEHORSAM?

In der politischen Literatur gibt es viele verschiedene Definitionen des zivilen Ungehorsams. Je nach politischer Grundüberzeugung kann er ganz anders konzipiert und ausgestaltet sein. Trotzdem gibt es Grundlagen, die von fast allen geteilt werden:

1. Ziviler Ungehorsam meint vorsätzlichen Rechtsbruch, die Übertretung eines Gesetzes. Jürgen Habermas spricht von einer kalkulierten Regelverletzung.⁷ Es liegt auf der Hand, dass dieser Gesetzesbruch nicht gesetzlich gerechtfertigt werden kann.
2. Die Rechtfertigung für den Gesetzesbruch ist damit zumeist außerhalb der Rechtsordnung zu finden bzw. in einer anderen Rechtsordnung oder auch in Verfassungsprinzipien. Der zivile Ungehorsam kann dann zum Beispiel auf eine Gesetzesänderung, die Implementierung eines Gesetzes oder auf die Rücknahme eines Gesetzes hinwirken.

7 Habermas (1985): 81.

3. Zentral für die Rechtfertigung ist, dass Gehorsamsverweigerung einem Gesetz gilt, das Ungerechtigkeit hervorbringt, dem ein:e Dritter: zum Opfer fällt.⁸ Das bedeutet, dass ein Problem vorliegen muss, das über den Interessenkreis der Handelnden hinausgeht.⁹ Im zivilen Ungehorsam geht es also nicht um egoistische Interessendurchsetzung, sondern um die Adressierung eines allgemeinen politischen Problems, einer Ungerechtigkeit einer ganzen Gruppe. Gesetzesbrüche aufgrund eigennütziger Beweggründe fallen damit nicht unter den Begriff des zivilen Ungehorsams.¹⁰
4. Der Rechtsbruch, die Verweigerung einer Anordnung, die Zuwiderhandlung gegen ein Gesetz finden in der Öffentlichkeit statt. Ziviler Ungehorsam schließt die Konspiration und das Handeln im Geheimen aus.
5. Dann gilt grundsätzlich, dass die allgemeine Rechtsordnung anerkannt wird. Ziviler Ungehorsam stellt nicht die Existenz und den Sinn der Rechtsordnung infrage.¹¹ Er grenzt sich hier ganz klar vom Widerstand ab, der die gesamte Ordnung überwinden will.
6. Zentrale Übereinstimmung liegt in der Gewaltlosigkeit des zivilen Ungehorsams. Auch hier kann ein grundlegender Unterschied zum Widerstand gemacht werden, der mit gewalttätigen Aktionen verbunden ist.

Zusammenfassend sei Habermas' berühmte Definition des zivilen Ungehorsams zitiert, die er in den 1980er Jahren anlässlich der Kontroverse um die Stationierung der Pershing-Raketen verfasst hat:

»Ziviler Ungehorsam ist ein moralisch begründeter Protest, dem nicht nur private Glaubensüberzeugungen oder Eigeninteressen zugrunde liegen dürfen; er ist ein öffentlicher Akt, der in der Regel angekündigt ist [...]; er schließt die vorsätzliche Verletzung einzelner Rechtsnormen ein, ohne den Gehorsam gegenüber der Rechtsordnung im ganzen zu affizieren; er verlangt die Bereitschaft, für die rechtlichen Folgen der Normverletzung einzustehen [...]; die] Begrenzung auf gewaltfreie Mittel des Protestes [wird vorausgesetzt].«¹²

Im Folgenden sollen kurz und idealtypisch zugespitzt Prototypen des zivilen Ungehorsams vorgestellt werden, um die Position Arendts verdeutlichen zu können.

8 Laker (1986): 136.

9 Habermas (1985): 83.

10 Laker (1986): 126ff.

11 Habermas (1985): 89.

12 Ebd.: 83f. Kursiv im Original.

3. ZIVILER UNGEHORSAM IN DER DEMOKRATIE

Ziviler Ungehorsam gehört nicht unwidersprochen und selbstverständlich zu den legitimen Mitteln demokratischer Rechtsstaaten. Der Staatsrechtler Martin Kriele hat über die Fragen von Revolution, Volkssouveränität und Verfassung geschrieben und in diesem Kontext den zivilen Ungehorsam als illegitimes Mittel des Protestes angesehen. Für ihn ist die Revolution der Ort der Volkssouveränität, eine ungebändigte Macht jenseits einer institutionellen Einhegung, jenseits der Rechtsordnung. Sie tritt nach der Gründung rechtsstaatlich verfasster Demokratien ab und ruht solange, wie die Verfassung nicht infrage gestellt wird. Für ihn gibt es jenseits der politischen und rechtlichen Institutionen keinen Ort der Volkssouveränität, weil niemand außerhalb der Rechtsordnung stehen darf. Aus Schutz vor ihr kann das Volk nur in geregelten Verfahren, zum Beispiel bei der Wahl, seine Kritik und seinen Protest äußern. Hier drückt sich die Sorge vor dem willkürlichen, unplanbaren Handeln des ›Volkes‹ aus, in dem eine Gefährdung für die Rechte des Einzelnen gesehen wird.¹³

Für Arendt war diese Position gefährlich. Sie kritisierte den Ausspruch eines der sogenannten Gründerväter der USA, Benjamin Rush, demzufolge »zwar alle Macht vom Volke stammt, das Volk aber diese Macht nur am Wahltag besitzt, wonach sie Eigentum der Regierenden wird.«¹⁴ Arendt widersprach: Das sei nichts anderes als eine Wahl, durch die sich die Wähler:innen ihrer eigenen Macht entledigen würden.¹⁵ In diesem Modell könnte der Begriff des Gehorsams durchaus sinnvoll angewendet werden. Allerdings wird diese Position von verschiedenen Seiten scharf angegriffen:

»Als einzige Alternative zum Störer und Unruhefister [...] erscheint der friedliche Demonstrant – ein Bürger, der aus Pflicht und Gewohnheit zur Wahlurne geht, vielleicht Versammlungen der eigenen Partei besucht und gelegentlich an einer Kundgebung [...] teilnimmt. Aus der Perspektive einer Obrigkeit, die für Ruhe und Ordnung zu sorgen hat, zeigt die demokratische Willensbildung des [...] Souveräns ein bleiches, eingeschüchternes, zahnloses Antlitz.«¹⁶

So hat Habermas das Bild des oder der Bürger:in beschrieben, das hinter der Position Krieles steht. Es ist das Bild einer Demokratie, so Günter Frankenberg, als einer »staatlich geregelte[n] Veranstaltung mit den Bürgern als ›Staatsteilnehmern‹«.¹⁷

13 Kriele (2003 [1980]).

14 Rush, zitiert nach Arendt (1994 [1963]): 303.

15 Arendt (1994 [1963]): 304.

16 Habermas (1985): 79.

17 Frankenberg (1984): 266.

Im Widerspruch zu Krielle kann der zivile Ungehorsam als Element einer reifen politischen Kultur verstanden werden.¹⁸ Aber wie hängen die beiden Ideen zusammen und wie kann ziviler Ungehorsam in einer Demokratie gerechtfertigt werden?

Im Widerspruch zu Krielle kann der zivile Ungehorsam als Element einer reifen politischen Kultur verstanden werden.

3.1 Ziviler Ungehorsam als der heroische Akt der oder des Einzelnen

Der Essay »Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat« von David Thoreau erschien 1849. Für Thoreau stand die Beziehung zwischen dem Bürger und seinem Gewissen im Vordergrund der Überlegungen. Er selbst weigerte sich, Steuern zu zahlen an eine Regierung, die die Sklaverei unterstützt: »Ich bin in diese Welt gekommen, um darin zu leben, ob nun schlecht oder recht, aber nicht unbedingt, um sie so zu verbessern, daß man gut darin lebt. Ein Mensch soll nicht alles tun, sondern etwas; und weil er nicht *alles* tun kann, soll er nicht ausgerechnet *etwas* Unrechtes tun.«¹⁹ Es sind die Einzelnen, die aufgerufen sind, sich zu entscheiden und sich der Ungerechtigkeit durch Ungehorsam zu entziehen:

»Wenn nun aber [...] der Steuereinnahmer oder irgendein anderer Beamter mich fragt: ›Was soll ich jetzt aber tun?‹, so ist meine Antwort: Wenn Du wirklich etwas tun willst, dann lege dein Amt nieder. Wenn einmal der Untertan den Gehorsam verweigert und der Beamte sein Amt niedergelegt hat, dann hat die Revolution ihr Ziel erreicht.«²⁰

Der einzelne Mensch steht bei Thoreau im Mittelpunkt der Betrachtung. Er ist der Akteur, der eine Gewissensentscheidung fällt und sich gegebenenfalls dem Gehorsam gegenüber einem Gesetz entzieht. Ist Ungerechtigkeit die Konsequenz aus der Befolgung eines Gesetzes, so ist es ihm überlassen, sich für den Ungehorsam zu entscheiden: »[W]enn aber das Gesetz so beschaffen ist, daß es dich zwingt, einem anderen Unrecht anzutun, dann, sage ich, brich das Gesetz. Mach dein Leben zu einem Gegengewicht, um die Maschine aufzuhalten.«²¹

18 Habermas (1985): 81.

19 Thoreau (2012 [1849]): 34.

20 Ebd.: 40.

21 Ebd.: 33.

Es gibt aktuelle Beispiele, die für diese Form des zivilen Ungehorsams stehen könnten, etwa Carola Rakete, die Kapitänin eines Rettungsschiffes, die trotz des ausdrücklichen Verbotes der italienischen Regierung Flüchtlinge in den Hafen von Lampedusa anlandete. Dieses Beispiel wird unten mit einer weiterführenden Perspektive noch einmal aufgenommen.

3.2 Die Macht der Vielen: Ziviler Ungehorsam als politischer Akt

Arendt hielt zwar die Forderung Thomas Jeffersons für unsinnig, dass es ein Recht geben müsse, »zu rebellieren und Revolutionen in die Wege zu leiten«,²² jedoch versteht sie den Grund für diese Forderung: Nach den Revolutionen wird mit der Verfassungsgebung zwar »dem Volk« die Freiheit gegeben. Allerdings enthält die neue Ordnung »keinen Raum, in dem diese Freiheit nun auch wirklich ausgeübt werden konnte«. Arendt spricht von der nachvollziehbaren »Empörung der Ungerechtigkeit«, dass es nur einer Generation vergönnt gewesen sein soll, »die Welt von Neuem zu beginnen«.²³ Hier verbirgt sich Arendts Kritik an der repräsentativen Demokratie, in der nur die gewählten Repräsentant:innen in Arendts Sinne politisch tätig und das heißt: frei sein konnten.²⁴ Die zentrale Frage für sie ist also die Frage nach dem Ort der Freiheit in einer Demokratie, die die Revolution mit der Verfassungsgebung stillgestellt hat. Sie ist auf der Suche danach, wie der revolutionäre Geist

Der zivile Ungehorsam ist eine Möglichkeit,
diesen revolutionären Geist aufrechtzuerhalten.

in die stabilen Ordnungen gerettet werden könnte. Der zivile Ungehorsam ist eine Möglichkeit, diesen revolutionären Geist aufrechtzuerhalten.

Allerdings fasst Arendt den Begriff des zivilen Ungehorsams anders als Thoreau. Sie hielt seine Überlegungen für politisch unüberzeugend. Etwas spöttisch schrieb sie, mit Verweis auf seine Gefängnisstrafe, über ihn: Sein »Verhalten ist eine reine Freude für Juristen, weil es anscheinend den Beweis dafür erbringt, daß Ungehorsam gegen das Gesetz sich nur dann rechtfertigen läßt, wenn der Rechtsbre-

22 Arendt (1994 [1963]): 299.

23 Ebd.: 302.

24 Ebd.

cher bereit oder gar darauf erpicht ist, die Strafe für seine Tat auf sich zu nehmen.«²⁵ Für Arendt ist der zivile Ungehorsam nicht so sehr eine juristische, sondern vielmehr eine politische Angelegenheit, weil in ihm die Möglichkeit eines Neuanfangs ausgedrückt werden kann.

Für Arendt ist der zivile Ungehorsam nicht so sehr eine juristische, sondern vielmehr eine politische Angelegenheit, weil in ihm die Möglichkeit eines Neuanfangs ausgedrückt werden kann.

Denn Politik zielt bei Arendt nie auf die Aktion eines Einzelnen und so ist auch ihre Perspektive auf den zivilen Ungehorsam eine andere als Thoreaus: Der zivile Ungehorsam tritt »niemals als Handlung eines einzelnen Individuums in Erscheinung. [...] Der Protagonist des zivilen Ungehorsams kann nur als Mitglied einer Gruppe auftreten und auch nur so sich behaupten.«²⁶

Es agiert nie eine einzelne Person, isoliert und losgelöst, sondern das Handeln findet bei Arendt immer in Bezügen zu anderen statt. Im zivilen Ungehorsam ist es zumeist eine organisierte Minderheit bzw. eine bislang ungehörte Gruppe, die durch geteilte Überzeugungen zusammengehalten wird und sich durch ihren Gesetzes- oder Regelbruch Gehör verschaffen will.²⁷ Die Gehorsamsverweigerung findet bei Arendt im »Namen und um einer Gruppe willen«²⁸ statt.

Insofern entsteht bei ihr der zivile Ungehorsam erst dann,

»wenn eine bedeutende Anzahl von Staatsbürgern zu der Überzeugung gelangt ist, daß entweder die herkömmlichen Wege der Veränderung nicht mehr offenstehen, bzw. auf Beschwerden nicht gehört und eingegangen wird oder daß im Gegenteil die Regierung dabei ist, ihrerseits Änderungen anzustreben, und dann beharrlich auf einem Kurs bleibt, dessen Gesetz- und Verfassungsmäßigkeit schwerwiegende Zweifel aufwirft.«²⁹

25 Arendt (1989 [1970]): 119.

26 Ebd.: 123.

27 Ebd.

28 Ebd.: 136.

29 Ebd.

Der zivile Ungehorsam bezieht sich immer auf den kollektiven Akt des politischen Widerspruchs. Arendt lenkt damit den Blick auf das Bezugsstiftende im Akt des zivilen Ungehorsams, der als »kollektive Praktik [...] der Machtkonstitution« verstanden werden kann. Es ist bei ihr also kein heroischer Akt einer unabhängigen und nur ihrem Gewissen verpflichteten Einzelnen, sondern vielmehr eine »Assoziation koordiniert Handelnder.«³⁰

Insofern kann mit einer anderen Perspektive auf die Seenotrettung Carola Raketes geblickt werden. Zwar handelte sie als verantwortliche Kapitänin. Aber sie handelte mit großer Unterstützung der verschiedenen Flüchtlingsgruppen, mit der Crew an Bord, mit den Passagier:innen und verschiedenen Politiker:innen. Es ist also kein einzelner heroischer Akt, sondern ein Handeln, das getragen ist von Vielen, die sich hier einig waren. Sie machen den Akt dadurch zum Teil eines demokratischen Streits, zur Sache der Aushandlung. Die Philosophin Donatella Di Cesare macht in Bezug auf Carola Rakete den zivilen Ungehorsam zu einem wichtigen Bestandteil demokratischer Staaten: »Die Pflicht zum Ungehorsam gilt nicht nur für tyrannische oder totalitäre Systeme. Sie ist das Salz der Demokratie. Die Bürger sind keine Untertanen. Sie brauchen ein Gesetz, das die verfassungsmäßigen Grenzen überschritten hat, nicht unterwürfig zu akzeptieren.«³¹ Der zivile Ungehorsam steht gegen die drohende Verkrustung politischen Handelns, die entsteht, wenn es sich nur in institutionellen Verfahren äußern kann. Er eröffnet einen politischen Raum jenseits der tradierten staatlichen Institutionen und verweist damit auf die Unfertigkeit von Demokratien. Insofern bleiben revolutionäre Momente, die als ziviler Ungehorsam gefasst werden können, in der Demokratie bestehen. Revolutionen werden mit der Verfassungsgebung nicht gänzlich stillgestellt und eröffnen die Möglichkeit für die

Der zivile Ungehorsam steht gegen die drohende Verkrustung politischen Handelns

Anfechtung nachrevolutionärer Grenzziehungen insbesondere durch marginalisierte Gruppen, wie sie in dem Eingangszitat von Sojourner Truth zum Ausdruck kommen. Der zivile Ungehorsam wird gerade für diese Gruppen zur Möglichkeit, sich in dieses Wir einzuschreiben und es zu verändern. Der Weg über anerkannte institutionelle Verfahren ist ihnen oftmals nicht möglich oder sie sind kaum effektiv. Sie haben

³⁰ Von Redecker (2014): 117, 127.

³¹ Di Cesare (2019).

keine Möglichkeit, die Stimme zu erheben und Gehör zu finden, um den politischen Streit zu initiieren. Was hier passiert, ist die Erweiterung des politischen Raums, nicht dessen Zerstörung: »Wer unfolgsame Minderheiten für Rebellen und Verräter hält, verstößt gegen Buchstaben und Geist der amerikanischen Verfassung, deren Schöpfer sich der Gefahr einer zügellosen Mehrheitsherrschaft besonders bewusst waren.«³² Das Stillstellen der Revolution durch die Verfassung darf für Arendt nicht darin münden, dass der »revolutionäre Geist« durch das »ungeheure Gewicht der Verfassung« erstickt werden würde. Das wäre ihre Antwort auf die »Gesetz ist Gesetz«-Mentalität gewesen.³³ Das Nachdenken über den zivilen Ungehorsam bedeutet damit auch, die grundlegende Konflikthaftigkeit von Politik in demokratischen Ordnungen anzuerkennen.

4. ÜBER ZIVILEN UNGEHORSAM ALS POLITIK

Während wir sagen können, dass Gehorsam und Politik nicht zusammengehören, haben wir eine Reihe an Argumenten, warum ziviler Ungehorsam zum politischen Handeln gehört. Ziviler Ungehorsam geht erstens bei Arendt aus der elementaren Idee des freiwilligen Zusammenschlusses von Gleichen hervor. Diejenigen, die den Gehorsam verweigern, sind Mitglieder einer Gruppe von Gleichen, die sich zusammengetan haben, um für eine bestimmte Sache zu kämpfen.

Zweitens gehören Ungehorsam und Pluralität unabdingbar zusammen. Im Akt des zivilen Ungehorsams wird der Dissens in die Öffentlichkeit gebracht. Ohne Dissens hätten wir eine homogene Totalität, die mit Demokratien nicht vereinbar ist. Aber auch die Handelnden selber sind durch diese Pluralität gekennzeichnet, weil vor dem Akt der Einigung immer auch die Verschiedenheit liegen muss: »Das Prinzip der Gleichheit, das den öffentlichen Bereich beherrscht, kann überhaupt nur von Ungleichen realisiert werden.«³⁴ Es braucht die vor dem und durch das Recht gleichgestellten Ungleichen, um immer auch das Andere in der Politik, die Unterbrechung und die Nichtübereinstimmung im politischen Bereich sichtbar machen zu können.

Ungehorsam setzt drittens das eigenständige Urteilen voraus. Der Prozess des Denkens hinterfragt und reflektiert das Gegebene. Bereits im Denken ist die Idee enthalten, dass alles auch immer anders sein kann. Es ist also kein besonderes Kenn-

32 Arendt (1989 [1970]): 137f.

33 Arendt (1994 [1963]): 306.

34 Arendt (1981 [1967]): 272.

zeichen des zivilen Ungehorsams: »Alles Denken unterminiert tatsächlich, was immer es an starren Regeln, allgemeinen Überzeugungen etc. gibt. Alles, was sich im Denken ereignet, ist einer kritischen Überprüfung dessen, was ist, unterworfen.« Insofern sei das Denken ein »gefährliches Unterfangen«.³⁵

Ohne Dissens hätten wir eine homogene Totalität, die mit Demokratien nicht vereinbar ist.

Viertens ist die Verantwortung unmittelbarer Bestandteil des zivilen Ungehorsams, denn die Beteiligten übernehmen die Verantwortung für die Regelverletzung und gehen das Risiko der Strafe ein.

Fünftens steht der zivile Ungehorsam für die Freiheit. Denn er schließt den potentiellen Neuanfang ein, er bezieht sich auf die Macht der Vielen, die im Zusammenhandeln entsteht und er verweist auf Alternativen, die es in der Politik immer geben muss.

114

5. WAS BLEIBT VOM GEHORSAM IN DER POLITIK?

Was aber bleibt vom Gehorsam in der Politik? Die Auseinandersetzung mit dem Begriff des zivilen Ungehorsams hält ein wichtiges Argument bereit. Arendt schreibt in ihrer Auseinandersetzung mit Adolf Eichmann: »Folglich sollten diejenigen, die mitmachten und Befehlen gehorchten, nie gefragt werden: ›Warum hast Du gehorcht?‹, sondern: ›Warum hast Du Unterstützung geleistet?‹«³⁶ Denn worauf es ihr ankommt, ist

»die Einsicht, daß kein noch so starker Mensch jemals irgendetwas Gutes oder Schlechtes ausführen kann ohne die Hilfe anderer, die das Vorhaben verwirklichen. [...] Diejenigen, die ihm zu gehorchen scheinen, unterstützen in Wirklichkeit ihn und sein Unternehmen. Ohne derartigen ›Gehorsam‹ wäre er hilflos.«³⁷

35 Arendt (1996 [1973]): 123.

36 Arendt (1989 [1964]): 97.

37 Ebd.: 96.

... bezieht sich auf die Macht der Vielen, die im Zusammenhandeln entsteht und er verweist auf Alternativen, die es in der Politik immer geben muss.

Befolge ich also ein Gesetz, dann gehorche ich nicht, sondern unterstütze es bzw. erkenne ich an, dass es durch ein legitimes Verfahren zustande gekommen ist. Arendt hebt hier die Verantwortung hervor, die aus der menschlichen Freiheit entsteht. Im Gegensatz zum Gehorsam verweist die Unterstützung auf das aktive Tun, das aktive Anerkennen einer Ordnung, einer Handlung: »Wenn ich den Gesetzen des Landes gehorche, dann unterstütze ich in Wirklichkeit dessen Verfassung. Rebellen und Revolutionäre, die nicht mehr gehorchen, weil sie ihr stillschweigendes Einverständnis aufgekündigt haben, machen diesen Sachverhalt ganz offenkundig.«³⁸

In den Akten des zivilen Ungehorsams entzieht eine Gruppe von Menschen diese Unterstützung und setzt in ihrem Handeln einen Prozess der Neukonstitution demokratischer Ordnungen in Gang, der als revolutionärer Geist Demokratien zu riskanten Ordnungen macht. Damit liegt die Bedeutung der Gehorsamsverweigerung, wie sie zum Beispiel durch Carola Rakete verkörpert worden ist, nicht nur im Bereich einer humanitären Aktion. Sondern sie tragen dazu bei, Demokratien in Bewegung zu halten.³⁹

LITERATUR

Arendt, Hannah (1964): Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. München.

Arendt, Hannah (1981 [1967]): Vita activa oder Vom tätigen Leben. München.

Arendt, Hannah (1989 [1964]): Was heißt persönliche Verantwortung unter einer Diktatur? In: Nach Auschwitz, Berlin, S. 81–98.

Arendt, Hannah (1989 [1970]): Ziviler Ungehorsam. In: Zur Zeit. Politische Essays, hg. von Marie Luise Knott, München, S. 119–178.

Arendt, Hannah (1994 [1963]): Über die Revolution. München.

Arendt, Hannah (1996 [1973]): Fernsehgespräch mit Roger Errera. In: Ich will verstehen. Selbstauskünfte zu Leben und Werk. Hg. von Ursula Lutz, München, S. 114–131.

³⁸ Ebd.

³⁹ Schulze Wessel (2018).

- Davis, Angela (1982):** Rassismus und Sexismus. Schwarze Frauen und Klassenkampf in den USA. Berlin.
- Di Cesare, Donatella (2019):** Antigone unserer Zeit. Wo die Verteidigung von Menschenrechten zur Straftat wird, ist ziviler Ungehorsam das Gebot der Stunde. In: Die Zeit, Nr. 28, S. 38.
- Frankenberg, Günter (1984):** Ziviler Ungehorsam und Rechtsstaatliche Demokratie. In: JuristenZeitung, 39, S. 266–275.
- Habermas, Jürgen (1985):** Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. In: Die Neue Unübersichtlichkeit, hg. v. Jürgen Habermas, Frankfurt a. M., S. 79–99.
- Kriele, Martin (2003 [1980]):** Einführung in die Staatslehre. Die geschichtlichen Legitimitätsgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates. Stuttgart.
- Laker, Thomas (1986):** Ziviler Ungehorsam. Geschichte – Begriff – Rechtfertigung. Baden-Baden.
- Redecker, Eva von (2014):** Vorgriff mit Nachdruck. Zu den queeren Bedingungen zivilen Ungehorsams. In: Ungehorsam! Disobedience! Theorie und Praxis kollektiver Regelverstöße, hg. v. Friedrich Burschel/Andreas Kahrs/Lea Steinert, Münster, S. 117–130.
- Schulze Wessel, Julia (2018):** Demokratien in Bewegung. Bonnie Honig und Julia Kristeva über die Ährenleserin Ruth. In: Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften vor den Herausforderungen von Flucht und Migration in Europa, hg. v. Oliver Hidalgo/Gert Pickel, Wiesbaden, S. 49–67.
- Thoreau, Henry David (2012 [1849]):** Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat. Civil Disobedience. Ein Essay. Zürich.

»WENN ES UM MACHT GEHT, BRAUCHT ES UNGEHORSAM FÜR VERÄNDERUNGEN«

INTERVIEW VON HANNAH EITEL
MIT JULIKA MÜCKE, KULTURWISSENSCHAFTLERIN

Viele politische Bewegungen nutzen Formen des zivilen Ungehorsams, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Julika Mücke forscht dazu, wie Medien Proteste und Aktionen darstellen. Wir haben mit ihr über zivilen Ungehorsam, Black Lives Matter und Castor? Schottern! gesprochen.

Hannah Eitel: Was verstehst du unter zivilem Ungehorsam?

Julika Mücke: Das ist für mich sehr stark abhängig davon, aus welcher Perspektive oder aus welcher Rolle heraus ich mich mit zivilem Ungehorsam beschäftige: Aus einer aktivistischen Perspektive ist ziviler Ungehorsam für mich ein Konzept, mit dem ich Protestanliegen und -inhalte mit spezifischen Protestformen in einer bestimmten gesellschaftlichen Situation verbinden und erklären kann. Ziviler Ungehorsam fungiert dann vor allem als Legitimationsressource für mein politisches Handeln gegen bestimmte unaushaltbare gesellschaftliche Zustände. Dabei verstehe ich Gesellschaft als prozesshaft und sich verändernd und würde entsprechend auch für ein offenes Verständnis von zivilem Ungehorsam plädieren. Als Forscherin, die mit einem wissenschaftlichen Blick auf Protest schaut, würde ich eher danach fragen, wie ziviler Ungehorsam als Konzept von wem und auf welche Art und Weise benutzt wird. Es gibt ja um zivilen Ungehorsam als Konzept auch unter Aktivist:innen viele Definitionskonflikte. Deshalb finde ich es wichtig, sich diesen Aushandlungsprozess anzuschauen. Mich interessiert dabei besonders, wie in diesen Aushandlungsprozessen um zivilen Ungehorsam welche Formen des Protestes in verschiedenen Öffentlichkeiten und Diskursen durch Ein- oder Ausschlüsse und Grenzziehungen legitimiert oder delegitimiert werden.

In deiner Forschung beschäftigst du dich damit, wie Proteste unter anderem in den Medien als berechtigt oder unberechtigt dargestellt werden. Welche Rolle spielen Formen des zivilen Ungehorsams und besonders Blockaden dabei? Kannst du Beispiele nennen?

In der Darstellung von Protesten in Medien spielt die Form der Proteste häufig eine große Rolle. Über die Art und Weise, wie Proteste, aber auch die daran beteiligten Menschen dargestellt und benannt werden, werden diese auch legitimiert oder delegitimiert. Hierbei ist beispielsweise entscheidend, ob und wie die Form der Proteste mit dem Protestanliegen und den Protestinhalten verknüpft wird. Grundsätzlich kann ziviler Ungehorsam als Konzept dabei eine Legitimationsressource bieten: Um auf unaushaltbare gesellschaftliche Zustände hinzuweisen, wie etwa rassistische Polizeigewalt, die menschenfeindliche Flüchtlingspolitik der EU oder einen zu langsamen Ausstieg aus der Kohlekraft, werden Protestformen angewendet, die zum Beispiel bestimmte gesellschaftliche Abläufe stören und zeitweise lahmlegen. Das kann eine Blockade von Verkehrswegen oder eines bestimmten Gebäudes sein, ein Bagger in einer Kohlegrube oder ein Check-in-Schalter am Flughafen, um eine Abschiebung zu verhindern. Wird ziviler Ungehorsam in den Medien als eine solche Verknüpfung von Form und Inhalt des Protestes dargestellt, wirkt das legitimierend. Allerdings ist das nicht zwangsläufig so: Bei spezifischen Formen, insbesondere Blockaden, kann es auch zu einer Reduktion auf die Darstellung der Form kommen; dann wird nur von »gewalttätigen Protesten« oder »Ausschreitungen« gesprochen. Zum Teil wird dabei auch darum gestritten, wann Proteste als ziviler Ungehorsam benannt werden »dürfen«. Dann kann das Konzept auch zum Delegitimieren fungieren, indem bestimmte Formen von Blockaden wie Straßenblockaden mit brennenden Autoreifen vom Konzept zivilen Ungehorsams im medialen Diskurs ausgeschlossen werden.

118

Welche Rolle spielt die Frage nach Gewalt im Zusammenhang mit der Legitimation von Protest?

Die Gewaltfrage ist entscheidend im Zusammenhang mit der Legitimation von Protest, insbesondere bei der Frage, wann etwas als ziviler Ungehorsam benannt werden darf oder nicht. Die Benennung und Darstellung von Protest als gewalttätig und friedlich geht im Diskurs immer mit Grenzziehungen einher. Entweder werden Protest und daran Beteiligte als friedlich und damit legitim dargestellt oder als gewalttätig und dabei überwiegend delegitimiert. Dabei sind direkte Gegenüberstellungen von friedlichem und gewalttätigem Protest häufig. Gewalt ist als Begriff so prak-

Entweder werden Protest und daran Beteiligte als friedlich und damit legitim dargestellt oder als gewalttätig und dabei überwiegend delegitimiert.

tisch, da er zunächst einmal ein Sammelbecken für alles Mögliche ist: von Sticker-Kleben und Beleidigungen bis hin zur Zerstörung von Gegenständen oder körperlichen Verletzungen. Im medialen Diskurs dient Gewalt dabei zunächst dazu, etwas zu skandalisieren oder zu moralisieren: Das können Blockaden sein, bei denen Gegenstände brennen, oder Protestformen, in deren Zuge etwas zerstört wird (z. B. ein Gleisbett), um es unbefahrbar oder unbenutzbar zu machen. Genauso kann aber auch ein zu hartes und brutales Vorgehen der Polizei mit dem Gewaltbegriff skandalisiert werden. Wenn in den Medien dabei eine Fokussierung auf als gewalttätig benannten Protest gesetzt wird und die Inhalte und das Protestanliegen davon entkoppelt werden, dann verdeckt die Auseinandersetzung um den Gewaltbegriff häufig den eigentlichen gesellschaftlichen Konflikt, beispielsweise um den Einsatz von Kohlekraft oder Atomkraft zur Energiegewinnung oder um das kapitalistische Gesellschaftssystem und um politische Machteliten im Kontext des G20-Gipfels.

Auch im aktivistischen Diskurs, also in der Auseinandersetzung unter Aktivist:innen, spielt die Frage nach Gewalt in der Wahl der Protestformen immer wieder eine große Rolle. Zum Teil wird diese Einteilung aber auch grundsätzlich abgelehnt: In Interviews, die ich mit überwiegend Schwarzen¹ US-amerikanischen Aktivist:innen der Black Lives Matter-Bewegung geführt habe,² kam immer wieder der Hinweis, wie konstruiert und auch spalterisch die Einteilung von Protesten in friedlich und gewalttätig sei. Dabei rückt die seit Jahrhunderten anhaltende gesellschaftliche rassistische Gewalt in den Hintergrund und damit der eigentliche Konflikt: *weiße* Privilegien und Macht sowie rassistische Gesellschaftsstrukturen, die Schwarze, Indigene und People of Color unterdrücken und physisch und psychisch verletzen oder töten.

1 Die Schreibweise Schwarz geht zurück auf die Selbstbenennung von rassistisch Diskriminierten und drückt eine selbstermächtigende Haltung aus (vgl. Hall (2012): 15). Die Benennung weiß macht deren Verwendung als Analysekategorie von rassistischen Strukturen und Kategorisierungen sichtbar. Durch diese Schreibweisen soll auf den Konstruktionscharakter der Begriffe sowie die damit verbundenen (De-)Privilegierungen, die auch immer entlang anderer Kategorien wie class oder gender verlaufen, hingewiesen werden (vgl. vertiefend dazu Eggers et al. (2009); Hornscheidt/Nduka-Agwu (2014)).

2 Veröffentlichung voraussichtlich 2021.

Dein derzeitiges Forschungsthema ist, wie Rioting nach dem Tod von Michael Brown in Ferguson im Jahr 2014 als Protest gegen Rassismus legitimiert bzw. delegitimiert wurde. Kannst du die Situation von damals und die Proteste kurz zusammenfassen?

Der Schwarze und unbewaffnete Jugendliche Michael Brown wurde im August 2014 von dem *weißen* Polizisten Darren Wilson in Ferguson/St. Louis mitten am Tag auf der Straße erschossen. Noch am gleichen Nachmittag versammelten sich Anwohner:innen in Ferguson, um gegen den Tod von Brown zu protestieren. In den folgenden Tagen und Wochen weitete sich der Protest immer weiter aus. Es gab lokale Proteste in Ferguson, aber auch große Demonstrationen in New York, Chicago oder San Francisco. Auch die Formen des Protests waren vielfältig: von geistlichen Gebetsmahnwachen, Blockaden des lokalen Highways, Die-ins³ in Shopping-Malls, die den Einkaufsbetrieb kurzfristig zum Erliegen brachten, bis hin zu Rioting, also verschiedenen Protestformen wie die Zerstörung von Gegenständen meist im öffentlichen Raum, Straßenblockaden, die Aneignung von Verkaufsgütern aus Läden (meist Plündern genannt), Auseinandersetzungen mit der Polizei oder das Anzünden zum Beispiel von Polizeiautos oder teils auch Gebäuden.

120

Neben diesen vielfältigen Formen des Protests fand auch eine bis heute andauernde Vernetzung verschiedener aktivistischer Gruppen und Einzelpersonen in der Region St. Louis, aber auch landesweit statt. In den Wochen und Monaten nach dem Tod von Michael Brown wurden größere Kampagnen, Konzerte und Veranstaltungen gegen rassistische Polizeigewalt und für die Anerkennung des Werts Schwarzen Lebens (Black Lives Matter) organisiert. »Black Lives Matter« heißt wörtlich übersetzt »Schwarze Leben zählen«.

Den Tod von Brown bezeichnen einige Schwarze Aktivist:innen und Intellektuelle als »Wake Up Call«, der gezeigt hat, dass der Rassismus in der US-amerikanischen Gesellschaft alles andere als überwunden war.

3 Bei einem Die-in legen sich Demonstrant:innen in der Öffentlichkeit wie tot auf den Boden; der Begriff lehnt sich an Sit-in an, was Sitzstreik bedeutet.

Der Tod von Michael Brown und die Proteste dagegen sind in die Zeit der Präsidentschaft Barack Obamas einzuordnen: Der Tod von Brown wird in diesem Kontext als historischer Wendepunkt in einem postrassistischen Diskurs gewertet. Das bedeutet, dass durch die Präsidentschaft Obamas als erstem Schwarzen Präsidenten der USA eine gesellschaftliche Meinung vorherrschte, nach der Rassismus überwunden zu sein schien. Den Tod von Brown bezeichnen einige Schwarze Aktivist:innen und Intellektuelle als »Wake Up Call«, der gezeigt hat, dass der Rassismus in der US-amerikanischen Gesellschaft alles andere als überwunden war. Mit der aufkommenden Black Lives Matter-Bewegung wurde es wieder möglich, Rassismus, aber auch Schwarzsein als positive Identität, zu thematisieren.

Warum sind 2014 hier in Deutschland kaum Black Lives Matter-Proteste sichtbar gewesen, im Sommer 2020 nach dem Tod von George Floyd aber schon?

Ich denke, dass verschiedene Gründe zu der erhöhten Sichtbarkeit der Black Lives Matter-Proteste im Sommer in Deutschland beigetragen haben. Als Gründungsmoment von Black Lives Matter in den USA wird meist ein Tweet von Alicia Garza im Jahr 2012 nach dem Tod des Teenagers Trayvon Martin genannt. Aus dem Tweet

Seitdem haben Proteste unter dem Motto »Black Lives Matter« in der ganzen Welt an mehr Sichtbarkeit gewonnen, Aktivist:innen haben sich global vernetzt und eine gesellschaftliche Sensibilisierung für das Thema Rassismus und den Wert Schwarzen Lebens hat stattgefunden.

entwickelten sich eine Kampagne und schließlich viele lokale Black Lives Matter-Gruppen in den ganzen USA. Der Tod von Michael Brown 2014 wirkte für diese junge Bewegung in den USA wie ein Katalysator. Seitdem haben Proteste unter dem Motto »Black Lives Matter« in der ganzen Welt an mehr Sichtbarkeit gewonnen, Aktivist:innen haben sich global vernetzt und eine gesellschaftliche Sensibilisierung für das Thema Rassismus und den Wert Schwarzen Lebens hat stattgefunden. Diese Prozesse der globalen Vernetzung und Sichtbarkeit der Proteste bzw. Bewegung waren meines Erachtens ein wesentlicher Bestandteil dafür, dass auch in Deutschland Proteste nach dem Tod von George Floyd zumindest kurzfristig verstärkt sichtbar waren. Durch diese jahrelange Arbeit haben sich Aktivist:innen eine Sprechposi-

tion und ein Aufmerksamkeitsfenster in Medien und öffentlichen Diskursen erkämpft. Ein anderer wichtiger Faktor ist aber sicherlich die Präsidentschaft von Donald Trump und seine rassistische und rechte Politik sowie die gesellschaftliche Situation durch Corona, vor allem in den USA.

Auch die Schwarze Bürgerrechtsbewegung ab den 1960er Jahren in den USA hat sich Formen des Ungehorsams bedient – prominent ist zum Beispiel Rosa Parks' Verweigerung, für einen Weißen im Bus aufzustehen. Das war damals gesetzeswidrig, weil das Gesetz rassistisch diskriminierend war. Kann so ein grundlegendes Unrecht wie institutioneller Rassismus – also Rassismus, der in allen gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen verankert ist und diese prägt – überhaupt ohne ungehorsames Handeln bekämpft und überwunden werden?

Ich denke, immer wenn es um gesellschaftliche Macht geht, braucht es Ungehorsam, um gesellschaftliche Veränderungen voranzubringen. Ungehorsam ist für mich eine Form des politischen Handelns und einer von mehreren Bausteinen, die im besten Fall zu einer emanzipatorischen Entwicklung der Gesellschaft beitragen. Rassismus hat immer etwas mit *weißer* Macht zu tun. Das heißt, *weiße* Menschen profitieren von Rassismus, etwa durch bestimmte gesellschaftliche Privilegien. Rassismus ist seit Jahrhunderten in der Gesellschaft, aber auch in Wahrnehmungsstrukturen und Sozialisationsprozessen tief verankert. Viele *weiße* Menschen wollen nicht rassistisch sein. Dennoch ist der Prozess, Privilegien abzugeben und Macht sozusagen umzuverteilen, ein Kampf, der niemals ohne Widerstand von *weißen* Menschen vonstat-

Ungehorsam ist für mich eine Form des politischen Handelns und einer von mehreren Bausteinen, die im besten Fall zu einer emanzipatorischen Entwicklung der Gesellschaft beitragen.

tgehen wird. Deswegen glaube ich, dass es (leider) noch sehr viel Ungehorsam und andere Formen des politischen Handelns und Arbeitens benötigt, um Rassismus und *weiße* Macht abzubauen. In Zeiten eines autoritären Sogs und ganz offener rassistischer Politik, wie sie durch Donald Trump verkörpert wird, umso mehr.

Du hast dich früher schon damit beschäftigt, wie ziviler Ungehorsam in den Medien verhandelt wird, und zwar am Beispiel Castor? Schottern!, also gezielten Blockaden des Castortransports. Wie wurden diese Umweltproteste besprochen, bei denen ziviler Ungehorsam auch eine zentrale Rolle spielte?

Es gab keine eindeutige Interpretation, die vorherrschend war im medialen Diskurs, sondern eher verschiedene Deutungen, die sich überschneiden haben oder in Konkurrenz zueinander standen. Dabei ist deutlich geworden, dass ziviler Ungehorsam ein umkämpfter Begriff ist: So wurde Castor? Schottern! einerseits als »neuer Ungehorsam« im medialen Diskurs bezeichnet und gemeinsam mit anderen Aktionen zivilen Ungehorsams wie Sitzblockaden als einzige Möglichkeit klassifiziert, um die Fehlentscheidung der Bundesregierung anzuprangern und möglichst zu kippen. In anderen Deutungen wurde Castor? Schottern!, aber auch andere Aktionen zivilen Ungehorsams gegen die Castortransporte, hingegen als falsches Rechtsverständnis, Gewalt und Gefahr für die Demokratie benannt und dadurch delegitimiert. In einer dritten Variante wurde Castor? Schottern! einerseits als Bedrohung für die (friedliche) Antiatombewegung und als Gewalteskalation delegitimiert, andererseits als Protestform für Fortgeschrittene dargestellt – dabei jedoch klar als legitime Protestform und Aktion zivilen Ungehorsams benannt. Hierbei wurde um die Deutungshoheit dieser verschiedenen Interpretationen sozusagen gestritten. Das macht deutlich, wie umkämpft der Begriff des zivilen Ungehorsams ist und wie damit verknüpfte Aushandlungsprozesse auch über die Darstellung in Medien ausgetragen werden. Andererseits wird sichtbar, wie sehr ziviler Ungehorsam und damit verbundene Ein- und Ausschlüsse spezifischer Protestformen und -aktionen als Legitimationsressource dienen. Gewalt ist dabei zentral, wie deutlich geworden ist: Je nachdem, ob das Schottern eher als Steigerung von Sitzblockaden bezeichnet wurde oder die Schotternden zum Teil der Bewegung gezählt werden, die als »gewalttätige Autonome« dargestellt wird, hat sich das auf die (De-)Legitimation von Castor? Schottern! ausgewirkt. Klassifikationen und damit verknüpfte Grenzziehungen anhand der Linie von Gewalt/Gewaltfreiheit waren sehr zentral bei Legitimationen im medialen Diskurs um Castor? Schottern!.

Was im medialen Diskurs jedoch nicht auftauchte, war die Darstellung von Castor? Schottern! als grundlose Gewalt und Zerstörungswut. Auch wenn die Form des Schotterns zum Teil delegitimiert wurde, wurde das Protestanliegen überwiegend als legitim dargestellt. Das ist anders bei Protestformen, die als Rioting benannt werden können. Rioting wird häufig als sinnlose Gewalt dargestellt und nicht als (möglicher) Ausdruck einer politischen Artikulation. Eine solche delegitimierende Darstellung von Castor? Schottern! konnte im medialen Diskurs nicht identifiziert werden.

Würdest du sagen, es gibt einen Unterschied in der medialen Berichterstattung, wenn Proteste als *weiß* wahrgenommen werden (wie die Klimaproteste) und wenn sie mehrheitlich von People of Color ausgehen oder entsprechend wahrgenommen werden?

... dass es bestimmte rassistische Stereotype gibt,
die in der medialen Darstellung
Schwarzer Protestierender auftauchen.

Spontan würde ich sagen: Auf jeden Fall. Dennoch finde ich es sehr schwer, diese Frage fundiert zu beantworten, weil ich da wenig Vergleich habe oder keine Forschungen dazu kenne. Was ich aber aus meiner eigenen Forschung sagen kann, ist, dass es bestimmte rassistische Stereotype gibt, die in der medialen Darstellung Schwarzer Protestierender auftauchen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Proteste als gewalttätig gelabelt werden. Dann kommt schnell das rassistische Stereotyp des »wütenden (kriminellen) Schwarzen« auf. Das geht zurück auf sehr alte rassistische Stereotype, in denen Schwarze Menschen als emotional und naturhaft dargestellt werden und der »*weißen* Vernunft und Rationalität« gegenübergestellt werden. In meinen Interviews mit US-amerikanischen Aktivist:innen geht es in diesem Zusammenhang auch viel um den Aspekt der rassistischen Einhegung von (Schwarzem) Protest, also darum, wie sich *weiße* Menschen vorstellen, dass Schwarze, Indigene oder People of Color zu protestieren haben. Spannend dabei finde ich den Hinweis auf Martin Luther King, eine Ikone des »gewaltfreien« Widerstands: Mehrere interviewte Aktivist:innen haben erwähnt, dass King »*weiß*gewaschen wurde« und als Folie dafür dient, wie Schwarze aus der Perspektive *weißer* Menschen bzw. *weißer* Medien zu protestieren hätten. Entlang dieser Vorstellungen und der Klassifikation als friedlicher oder gewalttätiger Protest finden dann auch entsprechende Legitimationen bzw. Delegitimationen verschiedener Protestformen, auch von Ungehorsam, statt.

Wie begreifst du deine Forschungsarbeit zu dem Thema? Wie wichtig ist dir Solidarität mit den antirassistischen Protesten?

Grundsätzlich versuche ich, einen selbstreflexiven Forschungsstil zu verfolgen. Für mich heißt das, dass ich mich auch auf einer Metaebene mit meiner Forschung beschäftige und zum Beispiel die eigene Verstrickung als Forscherin reflektiere, aber auch die Auswirkungen der Auswahl des Materials und der Methode auf die Ergebnisse. Ein Baustein davon ist es, meine grundsätzliche Solidarität zu den Protesten offenzulegen und auch transparent zu machen, dass ich mich selbst als Aktivistin verstehe und abseits der Promotion politisch aktiv bin. Für mein jetziges Forschungsthema ist außerdem die Auseinandersetzung mit meiner Position als *weiße* Forscherin unabdingbar. Die Tatsache, dass ich nicht von Rassismus betroffen bin, sondern von meinen *weißen* Privilegien profitiere, prägt entsprechend auch meine Forschung. Teil der selbstreflexiven Auseinandersetzung im Forschungsprozess war im Kontext der Interviews auch die Frage, was es den Aktivist:innen bringt, mit mir Interviews zu führen – dies ist für mich eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Frage, wem welches wissenschaftliches Arbeiten eigentlich nützt.

Julika Mücke forscht zur *Legitimation von Protest in Medien und anderen Öffentlichkeiten*. In ihrer Promotion beschäftigt sie sich mit *diskursiven Aushandlungsprozessen zur (De-)Legitimation von Rioting als Protest gegen Rassismus im Anschluss an den Tod von Michael Brown 2014 in den USA*. Sie lebt in Hamburg und ist dort derzeit politisch vor allem in *queerfeministischen Kontexten* aktiv.

125

LITERATUR

Eggers, Maureen Maisha/Kilomba, Grada/Piesche, Peggy/Arndt, Susan (Hg.) (2009):

Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland.
Münster.

Hall, Stuart (2012): Neue Ethnizitäten. In: Stuart Hall: Rassismus und kulturelle Identität, hg. v. Ulrich Mehlum, Britta Grell und Juha Koivisto, Hamburg, S. 15–24.

Hornscheidt, Lann/Nduka-Agwu, Adibeli (Hg.) (2014): Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen. Frankfurt a. M.

GEGEN DIE VEREINNAHMUNG ZIVILEN UNGEHORSAMS VON RECHTS – EINE IDEENGESCHICHTLICHE VERTEIDIGUNG

EINLEITUNG

Es ist unstrittig, dass Bürger:innen in Diktaturen oder Autokratien ein Recht auf Widerstand gegen den Staat und seine Vertreter:innen haben. Insbesondere die deutsche Geschichte lehrt mit Blick auf die Verbrechen des Nationalsozialismus, dass es weder eine Pflicht noch ein Recht der Bürger:innen auf Gehorsam geben kann. Die Theorie des zivilen Ungehorsams im demokratischen Rechtsstaat steht jedoch vor der Tatsache, dass es nachvollziehbare, transparente und einklagbare Verfahren gibt, um Ungerechtigkeiten auf legalem Wege zu beseitigen. Einzelne Theoretiker:innen sprechen von einer »Friedenspflicht«,¹ welche in jenem demokratischen Rechtsstaat existiere, der in seiner Verfassung die Menschenrechte deklariert.

126

Die zentrale Frage einer Theorie des zivilen Ungehorsams ist aus diesem Grund die nach seiner Rechtfertigung. Zahlreiche Denker:innen haben sich in den letzten Jahrzehnten dieser Frage gewidmet und ausgeführt, unter welchen Bedingungen, in welcher Funktion, mit welchen Inhalten und Zielen und mit welcher Praxis der kalkulierte Regelbruch im demokratischen Rechtsstaat denkbar ist und legitimiert werden kann.

Ausgehend von unterschiedlichen Bedeutungen und Bedingungen des zivilen Ungehorsams werden im vorliegenden Beitrag Legitimationsgrundlagen ausgearbeitet, anhand derer dargelegt wird, wie die Diskussionen um einen vermeintlichen zivilen Ungehorsam von rechts zu bewerten sind.

1 Isensee (2017 [1983]): 232ff.

Wenn in aktuellen Debatten darüber geredet wird, dass Akteur:innen des rechten politischen Spektrums den zivilen Ungehorsam für sich entdeckt haben, dann lohnt sich ein gründlicher Rückgriff auf ebendiese Rechtfertigungen des zivilen Ungehorsams im demokratischen Rechtsstaat. Ausgehend von unterschiedlichen Bedeutungen und Bedingungen des zivilen Ungehorsams werden im vorliegenden Beitrag Legitimationsgrundlagen ausgearbeitet, anhand derer dargelegt wird, wie die Diskussionen um einen vermeintlichen zivilen Ungehorsam von rechts zu bewerten sind. Die Autor:innen leiten mit Blick auf jüngste Aktivitäten der extremen Rechten daraus ab, wann von zivilem Ungehorsam im demokratischen Rechtsstaat gesprochen werden kann und wann nicht.

IDEEN DES ZIVILEN UNGEHORSAMS

Die ersten theoretischen Überlegungen zu zivilem Ungehorsam finden sich bereits bei dessen historischen Präzedenzfällen: Henry David Thoreaus Steuerboykott, Mahatma Gandhis Widerstand gegen die britische Kolonialmacht und Martin Luther King Jr. als Stimme der Bürgerrechtsbewegung in den USA. Darauf aufbauend haben sich zahlreiche Theoretiker:innen zivilem Ungehorsam konzeptionell angenähert.

Geprägt durch eine Phase US-amerikanischer Geschichte, in der die Bürgerrechtsbewegung und Proteste gegen den Vietnamkrieg den politischen Alltag aufwühlten, beschäftigte sich Hannah Arendt mit den Bedingungen des zivilen Ungehorsams. Ziviler Ungehorsam ist nach Arendt eine Form des politischen Handelns und damit

127

Bei zivilem Ungehorsam geht es somit weniger um individuelle Interessendurchsetzung, sondern vielmehr um »organisierte Minderheiten, die durch eine gemeinsame Meinung zusammengehalten werden«.

nur unter den Bedingungen von Pluralität von Menschen, also Gemeinschaft, und Öffentlichkeit möglich.² Verständlich wird dies durch die Abgrenzung von zivilem Ungehorsam zu Handlungen aus Gewissensgründen. Das Gewissen wird bei Arendt

2 Arendt (1989 [1970]): 122.

als subjektiv charakterisiert, da es sich aus dem reinen »Interesse am eigenen Selbst«³ speist und damit nicht zwangsläufig das Gemeinwohl im Blick hat. Zudem ist das Gewissen nicht politisch in dem Sinne, dass es unter Abwesenheit von Pluralität und öffentlicher Meinungsbildung entstanden ist. Bei zivilem Ungehorsam geht es somit weniger um individuelle Interessendurchsetzung, sondern vielmehr um »organisierte Minderheiten, die durch eine gemeinsame Meinung zusammengehalten werden«.⁴ Arendt spricht hier von Interessengemeinschaften, die sich in deliberativen Prozessen durch vorhergehende Abstimmungsprozesse und Übereinkünfte herausgebildet haben.⁵ Wo solche ungehorsamen Gruppen gehindert werden, als Handelnde aufzutreten, wird die soziale Ordnung gestört, was dem Beginn der Zerstörung des politischen Lebens gleichkäme.

Im Oktober 1983 führte die bundesdeutsche Friedensbewegung eine Aktionswoche gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen durch. Jürgen Habermas spricht in diesem Zusammenhang von der erstmals gegebenen Chance, dass die politische Öffentlichkeit einen »bisher tabuisierten Grenzbereich radikal-demokratischer Willensbildung«⁶ ungezwungen wahrnimmt. Bereits im Vorfeld dieser Aktionen veröffentlichte er einen Aufsatz,⁷ welcher diese Form des unkonventionellen Protestes zu einem notwendigen Bestandteil der politischen Kultur einer rechtsstaatlichen Demokratie erhebt. Habermas definiert den zivilen Ungehorsam zunächst in Anlehnung an die weit verbreitete Definition von John Rawls, wonach es sich um eine öffentliche, gewaltlose, aber gesetzwidrige Handlung handelt, die gewöhnlich eine Änderung der Gesetze oder Regierungspolitik herbeiführen soll. Auch Habermas legt, ähnlich wie Rawls, besonderen Wert darauf, dass die Protesthandlung des zivilen Ungehorsams in ausschließlich symbolischem Charakter, also gewaltfrei, zu begreifen ist und die Identifikation mit den Verfassungsgrundsätzen einer demokratischen Republik erhalten bleibt. Es geht lediglich um kalkulierte Regelverletzungen, um auf die Einsichtsfähigkeit und den Gerechtigkeitssinn der Mehrheit einzuwirken. Der Entschluss zu Widerstand in Form von zivilem Ungehorsam resultiert daraus, dass man sich nicht damit zufrieden geben will, dass institutionelle Revisionsmöglichkeiten⁸ einer für illegitim gehaltenen Regelung ausgeschöpft sind. Ziviler Ungehorsam beruht folglich auf Prinzipien, die in der Verfassung selbst verankert sind. Demnach ist für Habermas der zivile Ungehorsam ein moralisch begründeter, öffentli-

3 Ebd.: 128.

4 Ebd.: 123.

5 Ebd.: 122.

6 Habermas (1985): 270.

7 Habermas (1983).

8 Zu den in der Verfassung verankerten Möglichkeiten, politische Entscheidungen zu revidieren, gehören zum Beispiel die Teilnahme an Wahlen und das Recht auf Opposition.

cher Protest mit symbolischem Charakter, der eine vorsätzliche Verletzung von Rechtsnormen beinhaltet und die Anerkennung der rechtlichen Folgen mit einschließt.⁹

Demnach ist für Habermas der zivile Ungehorsam ein moralisch begründeter, öffentlicher Protest mit symbolischem Charakter, der eine vorsätzliche Verletzung von Rechtsnormen beinhaltet und die Anerkennung der rechtlichen Folgen mit einschließt.

Habermas' und Rawls' Ausführungen zu zivilem Ungehorsam werden oftmals als liberales oder konstitutionelles Modell¹⁰ rezipiert, in dessen Nähe sich auch Arendts Ideen verorten lassen. Kritik gegen diese kommt sowohl von Stimmen, die sich für die Wahrung der bürgerlichen Friedenspflicht aussprechen,¹¹ als auch von jenen, die zivilem Ungehorsam bewusst als politische Praxis außerhalb der bestehenden Rechts- und Verfassungsordnung definieren und daher das Festhalten am Status quo konstitutioneller Ansätze infrage stellen. So befindet Robin Celikates diese Ansätze als konzeptionell zu eng gefasst, wodurch die politische Praxis des zivilen Ungehorsams übermäßig eingeschränkt wird. Neben der Kritik an den einzelnen Elementen der Definition von Rawls und Habermas geht es Celikates besonders um die Öffnung des Konzepts des zivilen Ungehorsams. Er schlägt eine minimalistische Definition vor und sieht in zivilem Ungehorsam eine vorsätzlich rechtswidrige und prinzipienbasierte kollektive Protestaktion, mit der Bürger:innen (im weitesten Sinne) das politische Ziel verfolgen, bestimmte Gesetze, Politiken oder Institutionen zu ändern.¹² Die Fragen bezüglich der Öffentlichkeit des Protests, der Gewaltfreiheit, der Gewissensbestimmtheit usw. werden bewusst offen gelassen, weil es sich um normative Fragen handelt, die nicht auf der Ebene der Definition geklärt werden können. Celikates will mehr das radikaldemokratische und transformative Potential von zivilem Ungehorsam betonen, wonach dieser als »demokratische Praxis kollektiver Selbstbestimmung«¹³ betrachtet werden kann und so zur stetigen Neugründung von Demokratie führt.

9 Habermas (1983): 35.

10 Braune (2017).

11 Siehe Diskussion zu autoritärem Legalismus in Habermas (1987): 43.

12 Celikates (2016): 39.

13 Ebd.: 41.

LEGITIMATIONSGRUNDLAGEN DES ZIVILEN UNGEHORSAMS

Wie im letzten Abschnitt ersichtlich wurde, setzt die Idee des zivilen Ungehorsams auf eine Trennung von Legalität und Legitimität. Legitimationsgrundlagen spielen somit eine entscheidende Rolle in der Bewertung von Protest und Widerstand als zivilem Ungehorsam. Anhand der theoretischen Ausführungen im vorhergehenden Abschnitt lassen sich vier Legitimationsgrundlagen feststellen, die im Folgenden anhand weiterer Stimmen erläutert und kritisch beleuchtet werden sollen. Dadurch lassen sich die Grenzen, die dem Konzept inhärent sind, aufzeigen.

Orientierung an universellen moralischen Prinzipien

Nahezu alle Theoretiker:innen, die sich in den letzten Jahrzehnten zum zivilen Ungehorsam geäußert haben, legen ihren Ausführungen zugrunde, dass sich dieser an universellen moralischen Prinzipien orientieren muss. Ohne das Vorliegen eines triftigen Grundes, der sich im Bereich einer allgemeinen universalistischen Moral verorten lässt, wird der zivile Ungehorsam zu einer Regelüberschreitung, deren Legitimationsgrundlage ins Wanken gerät. Was allerdings diese universellen moralischen Prinzipien sein können, wird nur sehr selten explizit ausgeführt.

130

So stützt sich nach Rawls die Rechtfertigung zivilen Ungehorsams »nicht auf Grundsätze der persönlichen Moral oder auf religiöse Lehren [...]. Vielmehr beruft man sich auf die gemeinsame Gerechtigkeitsvorstellung, die der politischen Ordnung zugrunde liegt.«¹⁴ Ganz im Sinne seiner Gerechtigkeitstheorie muss sich ziviler Ungehorsam in der moralischen Ausrichtung also gegen die Verletzung der Gerechtigkeitsgrundsätze stellen.

Rechtsphilosophisch argumentiert, legitimieren jene Normen Ungehorsam, die ein »verallgemeinerungsfähiges Interesse« verfolgen – an dieser Stelle nennt Habermas die universellen Menschenrechte.

14 Rawls (2017 [1971]): 111.

Habermas greift diese Orientierung an universellen Prinzipien auf. In seinem Verständnis schließt die moralische Begründung von Ungehorsam, wie bei Arendt, reine Einzelinteressen und Glaubensüberzeugungen aus.¹⁵ Rechtsphilosophisch argumentiert, legitimieren jene Normen Ungehorsam, die ein »verallgemeinerungsfähiges Interesse«¹⁶ verfolgen – an dieser Stelle nennt Habermas die universellen Menschenrechte. Die Einhaltung von Gesetzen bietet also nicht automatisch einen Schutz vor der moralischen Entwurzelung eines Gemeinwesens, hält Habermas fest.¹⁷ Vielmehr ist eine kritische politische Kultur notwendig, das heißt die Bürger:innen müssen über Sensibilität sowie Urteilskraft und Risikobereitschaft verfügen, um legale Legitimitätsverletzungen zu erkennen und diese gegebenenfalls anzufechten.

Berücksichtigung von Minderheiten

Étienne Balibar führt ins Feld, dass es in Bezug auf den Widerstand im demokratischen Rechtsstaat immer um eine kommende Gemeinschaft geht, die neu zu erfinden ist, unvollendet bleibt, bestehende Identitäten infrage stellt und die es unter anderem durch Ungehorsam auszuhandeln gilt.¹⁸ Ein bereits bestehendes nationales Kollektiv als gegebene Ordnung kann demnach nie allein der Ursprung für politischen Widerstand sein, der eine demokratische Legitimationsgrundlage besitzt.

»Nicht nur ist die Demokratie eine immer wieder neu zu unternehmende Anstrengung, diejenigen in den politischen Raum miteinzubeziehen, die vorher davon ausgeschlossen waren [...], sondern man muss auch sagen, dass es in Wirklichkeit keinen Staat gibt, der für sich genommen bzw. allein durch seine institutionelle Form demokratisch wäre.«¹⁹

Die demokratische Gesellschaft ist abhängig von einer »Konfrontation mit ihren eigenen Mitgliedern«, ²⁰ um die Gemeinschaft und damit Gleichheit und Freiheit für alle Menschen über einen Dissens immer wieder neu zu erkämpfen. Balibar findet dafür den Begriff der Gleichfreiheit und ist sich dabei dem Widerspruch zwischen Freiheit und Gleichheit durchaus bewusst.²¹ Beim Ungehorsam geht es diesen Ausführungen folgend immer um den Kampf für die Rechte einer Minderheit und nicht

15 Habermas (1983): 35ff.

16 Ebd.: 36.

17 Ebd.: 39.

18 Balibar (2012): 245ff.

19 Ebd.: 242.

20 Ebd.: 236.

21 Balibar (2011): 279ff.

jene der herrschenden Klasse oder die Interessen der Vertreter:innen der Mehrheitsgesellschaft.

Beim Ungehorsam geht es diesen Ausführungen folgend immer um den Kampf für die Rechte einer Minderheit und nicht jene der herrschenden Klasse oder die Interessen der Vertreter:innen der Mehrheitsgesellschaft.

Einer ähnlichen Argumentation folgt auch Günter Frankenberg. Er sieht die Grenzen des bürgerlichen Rechtsgehorsams dort, wo Entscheidungen getroffen werden, »die entweder gegen den Willen der Minderheit und zu deren Lasten die Verfahrensregeln ändern oder die Offenheit der Entscheidungssituation beseitigen, weil sie irreversibel sind.«²² Ziviler Ungehorsam setzt sich in erster Linie für Minderheitenrechte ein oder für Rechte, die eine bestimmte Gruppe, die nicht die Mehrheitsgesellschaft ist, noch nicht oder nicht mehr besitzt.

132

Anerkennung der rechtlichen Folgen der Regelverletzung und der Legalität der demokratischen Ordnung

Dem konstitutionellen Modell zufolge stellt ziviler Ungehorsam eine legitime Handlungsform innerhalb des demokratischen Rechtsstaates dar oder anders ausgedrückt besteht er im »Ungehorsam gegenüber dem Gesetz innerhalb der Grenzen der Gesetzestreue«.²³

Diese Handlung äußert sich einerseits in der bewussten Gesetzesüberschreitung. Für Frankenberg ist unstrittig, dass ziviler Ungehorsam »grundsätzlich die Bereitschaft, für die rechtlichen Folgen der Regelverletzung einzustehen« beinhaltet.²⁴ Den sich anschließenden Prozess und die Annahme der Strafe sieht er als »ein zusätzliches Element der Dramatisierung des Protests«²⁵ und damit als Teil des Ganzen. Die Protestierenden sind sich dieser Regelverletzung und der Hinführung zu einer Strafe bewusst, um die Inszenierung in den zivilen Ungehorsam ein-

22 Frankenberg (1984): 274.

23 Rawls (2017 [1971]): 112.

24 Frankenberg (1984): 268.

25 Ebd.: 269.

zubauen. Diese Bedingung wird zum Teil kritisch hinterfragt. So wird die rechtliche Verfolgung moralisch begründeten Protests wiederum als moralisch zweifelhaft angesehen. Ungehorsame dürften nicht wie Kriminelle behandelt und verfolgt werden.²⁶

Ein weiterer Aspekt ist die grundlegende Vereinbarkeit mit der Verfassungsordnung. Ziviler Ungehorsam unterscheidet sich nach Auffassung von Ronald Dworkin von politischer Kriminalität, Egoismus oder Bürgerkrieg gerade dadurch, dass die grundlegenden Werte und die Verfasstheit der politischen Ordnung von den ungehorsam Handelnden nicht grundsätzlich abgelehnt werden. Protestierende erkennen die Regierung und Gemeinschaft grundsätzlich als legitim an, »sie wollen gerade ihre Pflicht als Bürger erfüllen, anstatt sich ihr zu entziehen«.²⁷

Symbolischer Protest mit normativer Begrenzung der Protestmittel

Das Prinzip der Gewaltlosigkeit wird als ein wichtiges – wenn nicht sogar das wichtigste – Element des zivilen Ungehorsams betont, sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch in den theoretischen Ausführungen zum Thema. Der Protest wirkt auf einer symbolischen Ebene und bedient sich folglich gewaltfreier Mittel.

133

Hannah Arendt sieht in dem Gewaltverzicht ein wichtiges Wesensmerkmal von zivilem Ungehorsam, das diesen von anderen Formen politischen Handelns wie der Revolution abgrenzt. Doch erkennt sie die Schwierigkeit in der Unterscheidung, was Gewaltverzicht umfasst und was nicht.

Celikates sieht das Problem bei der Legitimation von Protest durch Gewaltlosigkeit darin, dass der Gewaltbegriff unterschiedlichen sozialen, politischen und legalen Definitionen unterliegt und daher nur wenig Aussagekraft besitzt.²⁸ Ziviler Ungehorsam und Gewalt stehen in einem sehr komplexen und ambivalenten Verhältnis zueinander. Damit Handlungen des zivilen Ungehorsams nicht nur als reine Appelle bleiben und deren Wirkung allein von der Aufgeschlossenheit des demokratischen Systems abhängt, ersetzt Celikates das Kriterium der Gewaltlosigkeit durch »Momente der realen Konfrontation«.²⁹ Nur durch diese kann sich die eigentliche symbolische Wirkung entfalten.

26 Brownlee (2015).

27 Dworkin (2017 [1983]): 257.

28 Celikates (2016): 42.

29 Ebd.: 43.

AKTUELLE BEISPIELE

Anhand einiger Beispiele soll nachfolgend kurz skizziert werden, warum die Aufrufe oder das Handeln zu politisch motivierten Regelbrüchen von rechts keinen zivilen Ungehorsam darstellen. Die Argumentation beruft sich dabei auf die bisherigen Ausführungen, die sich auf diverse wissenschaftliche und philosophische Arbeiten zur Theorie des zivilen Ungehorsams beziehen.

Aufruf des Verschwörungsideologen Bodo Schiffmann zu zivilem Ungehorsam in Zusammenhang mit den Coronamaßnahmen

Auf einer Demonstration, die sich gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie richtete, hielt der Arzt Bodo Schiffmann im Juli 2020 in Heilbronn eine Rede und rief zum zivilen Ungehorsam auf. Bezugnehmend auf eine Situation, in welcher er in einem Geschäft etwas zu kaufen versuchte, ohne dabei einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, der zu diesem Zeitpunkt Pflicht war, sagte Schiffmann in seiner Ansprache:

134

»So werden Sie in Deutschland behandelt, wenn Sie sich gesetzeskonform verhalten. [...] Das muss aufhören! Und hier muss endlich mal ein bisschen ziviler Ungehorsam! Es macht sehr viel Spaß, ohne Attest und Maske darauf hinzuweisen, dass wir aus sonstigen Gründen darauf verzichten können. Unsere sonstigen Gründe sind auch meine politische Einstellung, weil ich bin Querdenker.«

Schiffmann ist sich dabei der Regelverletzung bewusst und es kann davon ausgegangen werden, dass er auch bereit ist, die rechtlichen Folgen zu tragen. Diese dürften bei diesem Regelverstoß darin liegen, dass er in einigen Geschäften nicht bedient wird oder ihm der Zutritt verweigert wird. Alle anderen Prinzipien, die der zivile Ungehorsam mit sich bringt, werden nicht erfüllt.

Was Schiffmann in seiner Rede als zivilen Ungehorsam bezeichnet, ist der Verzicht auf einen Mund-Nasen-Schutz in Bereichen, in denen ein solcher vorgeschrieben ist. Er möchte damit gegen ein Unrecht demonstrieren, dass er durch die Verpflichtung zum Mund-Nasen-Schutz empfindet. Zweifellos ist seine Handlung ein

symbolischer Protest und die Protestmittel sind begrenzt. Schiffmann ist sich dabei der Regelverletzung bewusst und es kann davon ausgegangen werden, dass er auch bereit ist, die rechtlichen Folgen zu tragen. Diese dürften bei diesem Regelverstoß darin liegen, dass er in einigen Geschäften nicht bedient wird oder ihm der Zutritt verweigert wird. Alle anderen Prinzipien, die der zivile Ungehorsam mit sich bringt, werden nicht erfüllt. Schiffmann orientiert sich nicht an universellen moralischen Prinzipien. Diese könnten in Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie ausschließlich die Gesundheit und das Leben von Menschen sein. Ebenso findet kein Einsatz für Minderheiten statt. Im Zusammenhang mit Covid-19 könnten zum Beispiel Menschen, die einer Risikogruppe angehören und dadurch besonders gefährdet sind, eine Minderheit sein, für deren Interessen sich die Mehrheit einsetzen könnte. Schiffmanns Aufruf ist ganz im Gegenteil dazu geeignet, dieser Minderheit zu schaden. Am Ende seiner Rede sagt Schiffmann: »Diese Regierung muss weg! Und diese Regierung muss zur Rechenschaft gezogen werden und muss Rechenschaft ablegen, wie sie dazu kamen, wie sie profitiert haben und wer davon alles profitiert!« Es kann also zumindest angezweifelt werden, dass die Legalität der demokratischen Ordnung von Schiffmann anerkannt wird. Es ist davon auszugehen, dass der Aufruf von Bodo Schiffmann keinen zivilen Ungehorsam darstellt.

Migrationsgegner:innen blockieren einen Bus mit Geflüchteten und hindern diesen an der Weiterfahrt

Anfang Februar 2016 versammelten sich im Dorf Clausnitz in Sachsen etwa 100 Bürger:innen, um die Zufahrtsstraße zu einer Unterkunft für Geflüchtete zu blockieren. In einem ankommenden Bus befanden sich etwa 20 Geflüchtete, darunter Familien mit Kindern. Die aufgebrauchte Menge stellte sich dem Bus in den Weg und skandierte dabei: »Wir sind das Volk!« Die Menschen im Bus wurden durch die Blockade so eingeschüchtert, dass sie ihn nicht verlassen wollten. Nur weil die anwesenden Polizeibeamt:innen die Geflüchteten aus dem Bus zerrten, sind diese in die Unterkunft gelangt. In rechten Medien wurde die Aktion später als ziviler Ungehorsam gefeiert. Alle Strafverfahren gegen die Teilnehmer:innen der Blockade wurden später gegen Zahlung einer Geldstrafe eingestellt. Mehrere Angeklagte betonten, dass die Zustimmung zur Zahlung der Geldstrafe kein Schuldeingeständnis sei.

Auf den ersten Blick bedienen sich die Beteiligten einer klassischen Aktionsform aus dem Repertoire des zivilen Ungehorsams – der Blockade. Fraglich ist, ob der Protest dennoch nur auf einer symbolischen Ebene Wirkung erzielte. Zwar gab es keine direkten Zusammenstöße zwischen den Blockierer:innen und den Menschen im Bus, jedoch mussten im Nachhinein mehrere Geflüchtete notärztlich behandelt

werden, weil sie durch die Protestierenden eingeschüchtert wurden und zusammengebrochen sind. Außerdem gibt es große Zweifel, dass die demokratische Ordnung anerkannt wird. Herleiten lässt sich dies durch die Missachtung der ersten beiden Legitimationsgrundlagen zivilen Ungehorsams, der Orientierung an universellen moralischen Prinzipien und der Beachtung der Schutzbedürftigkeit von Min-

Der Protest wendet sich gegen Geflüchtete, die in Clausnitz ihre Unterkunft beziehen wollten. Die Protestierenden sprechen den Menschen ihr Menschenrecht auf Asyl ab und stellen sich gegen universelle moralische Prinzipien.

derheiten. Der Protest wendet sich gegen Geflüchtete, die in Clausnitz ihre Unterkunft beziehen wollten. Die Protestierenden sprechen den Menschen ihr Menschenrecht auf Asyl ab und stellen sich gegen universelle moralische Prinzipien. Die Blockierer:innen handeln allein nach egoistischen Einzelinteressen, aber keinesfalls gemeinwohlorientiert. Die Minderheit sind in diesem Fall die Geflüchteten, deren Schutzbedürftigkeit bei der Blockade in Clausnitz nicht nur missachtet, sondern ihnen auch abgesprochen wird. Nur zutreffend sind die beiden Umstände, dass der Protest öffentlich war und die rechtlichen Folgen der Gesetzesübertretung in der Hinsicht anerkannt wurden, da die verhängten Geldstrafen gezahlt wurden. Zusammengefasst kann auch in diesem Fall nicht von zivilem Ungehorsam gesprochen werden.

FAZIT

An dieser Stelle lohnt ein Blick auf die Wortbedeutung von »zivil«. Entlehnt aus lateinisch *civilis* bedeutet das Wort so viel wie »den Bürger betreffend« und »gemeinnützig«. In Bezug auf zivilen Ungehorsam meint der Begriff nicht nur die zivile, das heißt nichtmilitärische und gewaltlose Wahl der Protestmittel und dass Bürger:innen als handelnde Subjekte auftreten. Vielmehr umschreibt er eine »Art ziviler Bindung an den Gegner [...], wie angespannt und umstritten diese auch sein mag, und ist unvereinbar mit dem Versuch, einen Feind zu zerstören oder ihn permanent aus der politischen Gemeinschaft auszuschließen«. ³⁰

30 Celikates (2019): 71.

In diesem Beitrag wurden die ideengeschichtlichen Ausführungen unterschiedlicher Denker:innen zu zivilem Ungehorsam diskutiert und Legitimationsgrundlagen herausgearbeitet, die anhand zweier Fälle geprüft worden sind. Konzeptionell ging es den Autor:innen dieses Beitrages darum, einen Dialog zwischen Theorie und Praxis herzustellen. Ziviler Ungehorsam ist eine politische Praxis, die im Kontext der Zeit aufgefasst wird. Regelbrüche, die gestern als antidemokratische Anmaßung empfunden wurden, gelten heute als mutiger Beitrag der Demokratisierung. Die Frage der Legitimierung des zivilen Ungehorsams ist somit eine fortwährende und nicht endende Auseinandersetzung über Definitionen, Macht und Deutungshoheiten. Ein weiteres Ziel dieses Beitrags ist daher die Abgrenzung des Konzepts des zivilen Ungehorsams von dem, was es nicht ist. Wenn Einzelne oder Protestgruppen demokratische Grundwerte angreifen, dann kann dies nicht unter der Bezeichnung des zivilen Ungehorsams passieren. Hinter diesem Begriff verbirgt sich seit jeher emanzipatorisches Potential. Es geht um nicht weniger als um das Aufleben und die Erneuerung von Demokratie.

LITERATUR

- Arendt, Hannah (1989 [1970]):** Ziviler Ungehorsam (1970). In: Zur Zeit. Politische Essays, hg. v. Marie Luise Knott, München, S. 119–160.
- Balibar, Étienne (2011):** »Menschenrechte« und »Bürgerrechte«. Zur modernen Dialektik von Freiheit und Gleichheit. In: Die Revolution der Menschenrechte. Grundlegende Texte zu einem neuen Begriff des Politischen, hg. v. Christoph Menke/Francesca Raimondi, Berlin, S. 279–305.
- Balibar, Étienne (2012):** Gleichfreiheit. Politische Essays. Berlin.
- Braune, Andreas (Hg.) (2017):** Ziviler Ungehorsam. Texte von Thoreau bis Occupy. Stuttgart.
- Brownlee, Kimberley (2015):** Conscience and Conviction: The Case for Civil Disobedience. Oxford.
- Celikates, Robin (2016):** Rethinking Civil Disobedience as a Practice of Contestation – Beyond the Liberal Paradigm. In: Constellations, 23, S. 37–45.
- Celikates, Robin (2019):** Constituent power beyond exceptionalism: Irregular migration, disobedience, and (re-)constitution. In: Journal of International Political Theory, 15, S. 67–81.
- Dworkin, Ronald (2017 [1983]):** Ethik und Pragmatik des zivilen Ungehorsams. In: Ziviler Ungehorsam. Texte von Thoreau bis Occupy, hg. v. Andreas Braune, Stuttgart, S. 249–278.
- Frankenberg, Günter (1984):** Ziviler Ungehorsam und Rechtsstaatliche Demokratie. In: JuristenZeitung 39, S. 266–275.

- Habermas, Jürgen (1983):** Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik. In: Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat, hg. v. Peter Glotz, Frankfurt a. M., S. 29–53.
- Habermas, Jürgen (1985):** Recht und Gewalt – ein deutsches Trauma. In: Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V, hg. v. Jürgen Habermas, Frankfurt a. M., S. 100–117.
- Habermas, Jürgen (1987):** Eine Art Schadensabwicklung. Kleine politische Schriften VI. Frankfurt a. M.
- Isensee, Josef (2017 [1983]):** Ein Grundrecht auf Ungehorsam gegen das demokratische Gesetz? Legitimation und Perversion des Widerstandsrechts. In: Ziviler Ungehorsam. Texte von Thoreau bis Occupy, hg. v. Andreas Braune, Stuttgart, S. 229–248.
- Rawls, John (2017 [1971]):** Eine Theorie der Gerechtigkeit. In: Ziviler Ungehorsam. Texte von Thoreau bis Occupy, hg. v. Andreas Braune, Stuttgart, S. 98–128.

AUTOR:INNENVERZEICHNIS

STEFANIE BUSCH ist Bildende Künstlerin und gibt rassismuskritische Workshops, außerdem lehrt sie an der Universität in Köln und ist Projektassistentin im EU Programm EU4ART an der Hochschule für Bildende Künste in Dresden.

HANNAH EITEL arbeitet als Bildungsreferentin bei Weiterdenken und für den Verbund der Heinrich-Böll-Stiftungen zu Strategien gegen Rechtspopulismus. Sie hat Politikwissenschaft in Dresden und New York studiert. Ihre Abschlussarbeit verfasste sie über die völkischen und autoritären Vorstellungen von Gemeinschaft und Demokratie bei Pegida. Davor forschte sie zu Antiromaismus und Schuldabwehr. Sie ist zum Thema Recht auf Stadt politisch aktiv.

DR. ROBERT FEUSTEL studierte Politikwissenschaft und Geschichte in Leipzig und Madrid, er beschäftigt sich mit politischer Theorie, Stadtsoziologie, Drogenforschung und Wissens- bzw. Wissenschaftsgeschichte. Aktuell arbeitet er im Fachbereich Wissenssoziologie und Gesellschaftstheorie am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen zählen »Am Anfang war die Information. Digitalisierung als Religion«, »Grenzgänge. Kulturen des Rauschs seit der Renaissance« und »Die Kunst des Verschiebens. Dekonstruktion für Einsteiger«.

SOLVEJG HÖPPNER ist Diplomhistorikerin. Seit 2001 arbeitet sie im Mobilien Beratungsteam (MBT) des Kulturbüro Sachsen e.V. Das MBT berät und unterstützt Menschen, die sich mit Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen in lokalen Kontexten auseinander- und für die Entwicklung und Stärkung einer demokratischen Alltagskultur einsetzen.

MARA KNAUTHE studiert im Bachelor Soziologie und Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden. Sie ist ehrenamtlich aktiv in der hochschulpolitischen Gleichstellungsarbeit und beim Netzwerk für Demokratie und Courage.

KATHRIN KRAHL ist Soziologin und geschäftsführende Bildungsreferentin bei Weiterdenken. Sie leitet das Projekt RomaRespekt. Sie forscht, publiziert und organisiert Ausstellungen, Bücher und andere Formate zu Rassismus, Shoah, Täterschaft im NS, Feminismus und Urbanität.

DR. THORSTEN MENSE ist freiberuflicher Soziologe und Journalist. Er lebt und arbeitet in Leipzig und ist dort Mitglied im Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (FKR) bei Engagierte Wissenschaft e.V. Er hat zahlreiche Texte zu Nationalismus, zur Neuen Rechten und zu sozialen Bewegungen veröffentlicht. 2016 erschien von ihm das Buch »Kritik des Nationalismus« (Schmetterling Verlag). Zusammen mit Thomas Ebermann hat er eine szenische Lesung zum Thema »Heimat« konzipiert und in über 50 Städten aufgeführt: heimatfeindschaft.de

MICHAEL NATTKE, Dipl.-Hdl., hat Politikwissenschaften, Soziologie, Wirtschaftspädagogik und Rechtswissenschaften in Frankfurt an der Oder und Dresden studiert. Seit 2009 arbeitet er als Fachreferent im Kulturbüro Sachsen e.V., dem Träger der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus und für Demokratieentwicklung in Sachsen. Er ist Mitglied des Expertengremiums im Demokratiezentrum Sachsen und ein gewählter Sprecher des Netzwerks Tolerantes Sachsen.

ANNEGRET ODE ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet beim Netzwerk Tolerantes Sachsen. Dort unterstützt sie Engagierte für Demokratie und gegen Rassismus in ganz Sachsen. »Wissen teilen – Engagement stärken« ist Ziel ihrer Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit.

TOBIAS PRÜWER studierte Philosophie und Geschichte in Leipzig und Aberdeen. Als freier Kulturjournalist schreibt er unter anderem für das Leipziger Stadtmagazin kreuzer, für Der Freitag, Jungle World, Nachtkritik und Jüdische Allgemeine. Als Autor beschäftigt er sich mit Kulturgeschichte und Bildungstheorie, zuletzt erschien »Welt aus Mauern. Eine Kulturgeschichte« (2018). Er ist zudem Mitverfasser des »Wörterbuchs des besorgten Bürgers«, einer bissigen Analyse des Sprachgebrauchs der Rechtspopulist:innen.

JOHANNES RICHTER ist Bildungsreferent im Kulturbüro Sachsen mit dem Schwerpunkt Flucht, Asyl und Migration. Im Rahmen seiner Arbeit war er immer wieder im Landkreis Bautzen unterwegs und begleitet mit seiner Kollegin Elisabeth Teubner den Sprecher*innenrat des KOMMIT.

FRANK SCHUBERT arbeitet in der Koordination des Netzwerks Tolerantes Sachsen. Er hat in Leipzig Philosophie, Politikwissenschaft und Journalistik studiert und ist Mitglied im Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (FKR) bei Engagierte Wissenschaft e.V.

PD DR. JULIA SCHULZE WESSEL hat in den letzten Jahren die Professuren für Politische Theorie und Ideengeschichte an den Universitäten Leipzig und Dresden vertreten. Seit 2019 ist sie Mitbegründerin und Vorstandsmitglied von anDemos – Institut für angewandte Demokratie- und Sozialforschung e.V. in Dresden. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Demokratietheorie, Grenzen der Demokratie, Partizipation, Flucht und Migration.

HUYEN VU studierte Politikwissenschaft und Philosophie in Dresden und hat ihr Masterstudium zu European Studies in Leipzig und Roskilde absolviert. Freiberuflich ist sie in den Bereichen Empowerment, Jugendbeteiligung und Demokratiebildung tätig. Außerdem engagiert sie sich ehrenamtlich in der feministischen Bildungsarbeit und setzt sich für die Aufarbeitung der Geschichte der DDR-Vertragsarbeiter:innen ein.



weiterdenken
HEINRICH BÖLL STIFTUNG SACHSEN



KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.

tolerantes sachsen



WIRTSCHAFTSBEREICH